



Michael Schwartz

Wenzel Jaksch (1896-1966)

**Biografische Schlaglichter auf einen
Sozialdemokraten aus Mitteleuropa**

Michael Schwartz

Wenzel Jaksch (1896–1966)

Biografische Schlaglichter auf einen
Sozialdemokraten aus Mitteleuropa

Beiträge aus dem
Archiv der sozialen Demokratie
Heft 19

Friedrich-Ebert-Stiftung
Archiv der sozialen Demokratie

IMPRESSUM

Beiträge aus dem **Archiv der sozialen Demokratie**

herausgegeben von Anja Kruke

Archiv der sozialen Demokratie

der Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

public.history@fes.de

<https://www.fes.de/bibliothek/fes-publikationen>

Der Text unterliegt der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfw Zwecke verwendet werden.

Redaktion:

PD Dr. Stefan Müller

Gestaltung und Satz:

PAPYRUS – Lektorat + Textdesign, Anja Rosenthal, Buxtehude

Umschlag:

Maya Hässig, Köln

Bildnachweis (Umschlag):

Vorderseite: Wenzel Jaksch auf der Tagung der SPD »Sozialdemokratie und Nation«, 26. Juni 1965. Quelle: AdSD, 6/FOTA007043; Rechte: J. H. Darching/Friedrich-Ebert-Stiftung.

Rückseite: Siegfried Taub (Generalsekretär der sudetendeutschen Sozialdemokraten), Wenzel Jaksch und Eugen de Witte (stellvertretender Vorsitzender der Sudetendeutschen Sozialdemokratischen Partei), etwa 1935. Quelle: AdSD, 6/FOTA185382; Rechteinhaber nicht ermittelbar.

Druck:

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Printed in Germany 2023

ISBN 978-3-98628-217-2

ISSN 1431-6080

Inhalt

Wenzel Jaksch als Herausforderung	5
Der Sozialdemokrat: Volkspartei statt Klassenkampf	8
Der k. u. k.-Sozialdemokrat: Nationalitäten und Föderalismus	24
Der Europäer: Nationalitätenföderalismus und wirtschaftliche Integration	41
Der Sudetendeutsche in der SPD: Vertriebenenpolitik und Neue Ostpolitik	54
Sudetendeutscher – Sozialdemokrat – BdV-Präsident: Zwischen Vertriebenenpolitik und NS- Vergangenheitspolitik	64
Ausblick	88
Der Autor	90

Wenzel Jaksch als Herausforderung

»Wenzel Jaksch (* 25. September 1896 in Langstrobnitz, Böhmen; † 27. November 1966 in Wiesbaden) war ein deutschböhmischer sozialdemokratischer Politiker.« So beginnt der biografische Artikel im Internet-Lexikon »Wikipedia«, die heute wohl wichtigste einer breiten Leserschaft zugängliche Quelle für rasche Information.¹ Das sind die unzweifelhaften Kerndaten. Vieles andere im Leben und Handeln von Wenzel Jaksch aber erweist sich als heftig umstritten und nicht selten von übelwollender Seite verzerrt.

Nicht nur sudetendeutsche und reichsdeutsche Nationalsozialisten haben den Antifaschisten Jaksch verfolgt, diffamiert und ins Exil vertrieben. Ähnliches erlebte er durch seine nationalistischen und kommunistischen Gegner in der Tschechoslowakei, die ihn nach 1945 nie mehr in seine Heimat zurückkehren ließen. Auf das Übelste stigmatisiert wurde dieser dezidierte sozialdemokratische Antikommunist auch seitens der SED-Diktatur in der DDR. Diese vielfältige Phalanx seiner Feinde entfachte gegen Jaksch eine bis heute nachwirkende »perfide Verleumdungskampagne«, wie sie der aus der Tschechoslowakei stammende Publizist Wolfgang Bretholz (der aus Brünn/Brno stammende Sohn des mährischen Historikers Berthold Bretholz) im Jahre 1966 hellsichtig nannte – eine Hetzkampagne, die Jaksch zum großdeutschen »Nationalisten«, zu einem auf Wiedergewinnung der Sudetengebiete für die deutschen Vertriebenen zielenden »Revanchisten« und sogar zum »Faschisten« abzustempeln versucht habe, obwohl Jaksch von alledem das Gegenteil gewesen sei.²

Laut Bretholz, der seiner jüdischen Wurzeln und seines demokratischen Engagements wegen 1933 selbst vor den Nazis ins Exil hatte flüchten müssen, war Jaksch keineswegs ein simpler Nationalist gewesen, sondern »ein typischer Vertreter jener föderalistischen Schule der österreichischen Sozialdemokratie, der jeder Na-

1 URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Wenzel_Jaksch [abgerufen am 25.10.2016].

2 Michael Schwartz, Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das »Dritte Reich«, München 2013, S. 164 f., mit Zitaten von Dr. W.[olfgang] Bretholz, Sind Vertriebene Scharfmacher?, in: Welt am Sonntag v. 15.5.1966.

tionalismus wesensfremd ist.«³ Er sei auch niemals Faschist gewesen, sondern habe »bis zuletzt und unter Lebensgefahr gegen Hitlers Unmenschlichkeit gekämpft.«⁴ Das alles hielt die Staatssicherheit der DDR nicht davon ab, Jaksch in den 1960er-Jahren vorzuwerfen, er habe als führender sudetendeutscher Sozialdemokrat in der Tschechoslowakei in den 1930er-Jahren ein »naz.[istisches] Konkurrenzprogramm« zur Henlein-Partei vertreten und den »rechten Flügel« seiner damaligen Partei »den Henlein-Faschisten zu[zuführen]« versucht.⁵ Den ergänzenden Vorwurf, Jaksch sei ein Revanchist, der die verlorenen Sudetengebiete für Deutschland zurückgewinnen wolle, konterte Bretholz mit dem Hinweis, Jaksch sei im Gegenteil ein Anwalt der »Verständigung [...] besonders zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn« gewesen.⁶ Dieses dritte Argument von Bretholz war nicht falsch, aber schwächer als die beiden historisch gut fundierten anderen: Denn Jaksch war zwar kein »Revanchist«, der auf einen Rache- und Eroberungskrieg abgezielt hätte, wie die diffamierende Nutzung des »Revanche«-Begriffs nahezulegen versuchte; aber er war zumindest ein *Revisionist*, der die zwischen 1945 und 1948 erfolgte Vertreibung, Enteignung und Ausbürgerung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei rückgängig machen (revidieren) wollte.

Wenzel Jaksch war seit den 1930er- und 1940er-Jahren nicht nur für tschechische Nationalisten, deutsche Nationalsozialisten und Kommunisten jeglicher Herkunft ein rotes Tuch. Gegen Ende seines Lebens wurde er in der Bundesrepublik der 1960er-Jahre als streitbarer Wortführer der Nachkriegsminderheit der Vertriebenen auch für linke und linksliberale Journalisten einer jüngeren Generation zum Ärgernis, wie wir noch sehen werden. All diese Kontroversen sind seit dem Tode Jakschs keineswegs völlig verstummt, sie prägen oft bis heute die Erinnerung an diese historische Persönlichkeit. Lässt man sich auf diese Debatten ein, ist man gelegentlich versucht, jenes klassische Wort, das Friedrich Schiller als Historiker einst auf einen noch berühmteren Böhmen – Wallenstein – münzte, auf Jaksch zu beziehen: »Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt sein Charak-

3 Vgl. Bretholz, Sind Vertriebene Scharfmacher?, 1966.

4 Ebd.

5 Ebd.

6 Ebd.

terbild in der Geschichte«.⁷ Zugleich zeigen diese in Ausläufern bis heute anhaltenden Kontroversen, dass Wenzel Jaksch uns immer noch angeht – dass er uns etwas zu sagen hat, und dass auch wir aus unserer heutigen Sicht Fragen an ihn zu stellen haben.

Vornehmste Aufgabe der Geschichtswissenschaft ist es allerdings, politisch motivierten Meinungsstreit nicht noch zu schüren, sondern nach Möglichkeit zu klären oder zu versachlichen. Zu diesem Zwecke sollen Schlaglichter auf vier zentrale Facetten des Lebens von Wenzel Jaksch geworfen werden: Erstens auf den *Sozialdemokraten*; zweitens auf den *österreichisch-böhmischen* Sozialdemokraten und reformorientierten Minderheitenpolitiker (der diesen Begriff vehement abgelehnt hätte!) in der Tschechoslowakei; drittens auf den überzeugten *europäischen Föderalisten*; und viertens auf den *Flüchtling in der Fremde*, den aus dem Exil in eine »neue Heimat« in Westdeutschland gelangten Nachkriegspolitiker, der dort hartnäckig versuchte, die Interessen der vertriebenen Bevölkerungsminderheit innerhalb einer alteingessenen Mehrheit zur Geltung zu bringen. Dabei geht es auch um eine kritische Würdigung von Jakschs Umgang mit der NS-Vergangenheit.

7 Dieses Schiller-Zitat aus dem Wallenstein-Prolog zitiert nach *Wolfgang Frühwald*, »Fürstenblut für Ochsenblut!« Formen der Biographie: Personencharakterisierung und anekdotische Verkürzung«, in: *Dieter Hein/Klaus Hildebrand/Andreas Schulz* (Hrsg.), *Historie und Leben. Der Historiker als Wissenschaftler und Zeitgenosse. Festschrift für Lothar Gall*, München 2006, S. 237–248, hier S. 247, Anm. 27.

Der Sozialdemokrat: Volkspartei statt Klassenkampf

Wie jede über einen großen Zeitraum existierende Institution hat auch die Sozialdemokratie, die bekanntlich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand, mit dem Phänomen tiefgreifender Veränderungen zu tun. Dasselbe galt und gilt für das Leben einzelner Menschen. Welche Wandlungen hat etwa eine Persönlichkeit wie Willy Brandt gestaltet oder erlebt – von den noch größeren Brüchen im Leben Herbert Wehners zu schweigen? Wie verhält es sich bei Wenzel Jaksch – hat er sich ähnlich gewandelt oder ist er sich, allen äußeren Brüchen zum Trotz, eher, über Jahrzehnte hinweg, gleich geblieben? Sein damaliger Parteichef, der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, der Antifaschismus, Antikommunismus und langjährige Exilerfahrung mit Jaksch teilte, betonte 1966 am Sarge des Verstorbenen: »Das war Wenzel Jaksch, und das wird er für uns bleiben: Patriot und Europäer, sozialer Demokrat und kämpferischer Humanist.«⁸ Während Brandt Jaksch trotz aller Differenzen als Sozialdemokraten vereinnahmte, gab es allerdings immer wieder auch Stimmen, die dies in Zweifel zogen und behaupteten, Jaksch habe sich früher oder später so weit nach rechts entwickelt, dass er nicht mehr als »genuiner Sozialdemokrat« betrachtet werden könne.⁹

8 Zitiert nach *Seliger-Gemeinde, Landesverband Hessen* (Hrsg.), Reden zum Gedenken an Wenzel Jaksch (1896–1966). Wegbereiter deutscher Ostpolitik, Fernwald 1998, S. 22.

9 Vgl. unlängst noch *Martin Bachstein*, Wer war Wenzel Jaksch? (2017), Thesenpapier, collegium-carolinum.de (pdf, 14.06.2022), worin dieser Historiker seine langjährigen differenzierten Forschungsergebnisse zu Jaksch (vgl. insb. *Martin Bachstein*, Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche Sozialdemokratie, München/Wien 1974) zugunsten einer unhaltbaren Verurteilung in der Tradition linkssozialistisch-kommunistischer Anti-Jaksch-Diskurse dementiert. Bachstein urteilte 2017 abschließend über Jaksch: »Sozialdemokraten und Historiker dürften mir zustimmen, dass [...] er im Grunde genommen schon seit den späten dreißiger Jahren nicht mehr als genuiner Sozialdemokrat bezeichnet werden kann.« (S. 6.). Dies kann man nur als verheerendes Fehlurteil betrachten und bedauern.



Willy Brandt bei der Beisetzung Wenzel Jakschs am 2. Dezember 1966.
Quelle: AdsD, 6/FOTA007048; Rechte: J. H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die Frage freilich, wer ein »genuiner«, echter Sozialdemokrat und wer Abweichler oder Verräter sei, prägt die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, seit sie existiert. Das kommunistische Schisma war das folgenreichste, aber beileibe nicht das einzige. Aus Sicht der verbleibenden Sozialdemokraten waren übrigens die kommunistischen Abspalter die Abweichler, die damit die Bewegung schwächten. Auch Willy Brandt, der langjährige Vorsitzende der SPD zwischen 1964 und 1987, hatte sich vor 1933 von dieser seiner Partei getrennt und einer linkssozialistischen Splitterpartei angeschlossen. Jaksch wurde in den letzten Lebensjahren eine ähnliche Trennungsbereitschaft von der SPD unterstellt – und zumindest mit dem Gedanken hat er offensichtlich gespielt. Was Jaksch und jene Parteien anging, in denen er aktiv war – vor allem die deutsch-böhmische (DSAP) und später die bundesdeutsche Sozialdemokratie (SPD) –, so war jedenfalls das Urteil der Mehrheit seiner damaligen Genossen auf die Frage, ob er ein »genuiner Sozialdemokrat« war oder nicht, trotz kritischer Gegenstimmen eindeutig: Wenzel

Jaksch gehörte lange den Parteivorständen beider Parteien an, und in der 1919 gegründeten bzw. aus der gesamtösterreichischen Sozialdemokratie ausgegliederten »Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik« (DSAP) brachte er es im Krisenjahr 1938 sogar zum Parteivorsitzenden.

Als der junge Wenzel Jaksch zur Sozialdemokratie stieß, war diese theoretisch eine marxistische Klassenkampfpartei, und nicht zufällig fand Jaksch durch Herkunft und frühe berufliche Tätigkeit – als Kind der ländlichen Unterschicht, als gelernter Maurer, als engagierter Landarbeitergewerkschafter – aus eigener »proletarischer« Perspektive zu seiner neuen politischen Heimat. In dieser seiner Parteiheimat sollte er dann die Chance erhalten und nutzen, als autodidaktischer Parteijournalist¹⁰ und Parlamentarier sozial und kulturell aufzusteigen. Die österreichische Sozialdemokratie der Kaiserzeit (bis 1918) stand trotz ihres marxistischen Klassenkampfes zugleich – ähnlich wie ihre SPD-Genossen in Deutschland – für die praktische Akzeptanz von Reformpolitik, wozu die Gewerkschaftsarbeit, aber auch die Integration in den bürgerlichen Parlamentarismus und dessen demokratische Spielregeln wesentlich beitrugen. All dies vertrug sich mit der verbal weiter beschworenen Weltrevolution des Proletariats nur sehr schlecht. Statt umstürzende Revolutionen zu organisieren (wie die Bolschewiki) oder mörderische Attentate auf Vertreter der alten Ordnung zu verüben (wie die Sozialrevolutionäre und Anarchisten), stellten sich die Sozialdemokraten im »bürgerlichen Klassenstaat« zur Wahl und verhielten sich im Wiener Parlament weit zivilisierter als etliche bürgerliche Nationalisten oder Antisemiten, die das Abgeordnetenhaus zuweilen in ein Schlachtfeld verwandelten.¹¹ Der vor dem Ersten Weltkrieg im österreichischen Exil lebende russische Revolutionär Leo Trotzki – einer der späteren Führer der Sowjetunion – empfand 1907 die »Blüte des österreichischen Vorkriegsmarxismus«, all die Abgeordneten, Schriftsteller und Journalisten der sozialdemokratischen Führungsschicht, die er dort kennenlernte, ganz und gar nicht als Gleichgesinnte, sondern in ihrer bildungsbürgerlichen

10 Vgl. eindrucksvoll *Wenzel Jaksch*, *Verlorene Dörfer, verlassene Menschen...* Reportagen 1924–1928, Kulmbach 2019.

11 Vgl. die Paraphrase des US-amerikanischen Besuchers Mark Twain über Krawalle im Wiener Abgeordnetenhaus 1897 bei *Sacha Zala* (Hrsg.), *Die Moderne und ihre Krisen. Studien von Marina Cattaruzza zur europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen 2012, S. 187.

»Selbstzufriedenheit« als absolut »fremde Menschen«, als »dem Typus des Revolutionärs« geradezu »entgegengesetzt«.¹²

Dieses »Philistertum«, das Trotzki an den intellektuellen Führern der Sozialdemokratie in Österreich beobachtete und von dem er lediglich den greisen Parteigründer Victor Adler ausnahm,¹³ drückte sich nicht zuletzt in der Hochachtung der Sozialdemokraten vor bürgerlich-akademischer Bildung aus. Die angestrebte Gleichheit innerhalb der Arbeiterbewegung, in der man »den anderen ebenbürtig« war, »Kamerad unter Kameraden, Genosse unter Genossen«,¹⁴ die sich duzten, wurde im Verkehr mit solchen akademischen Parteiführern ad absurdum geführt. Trotzki, der relegierte russische Gymnasiast, der die ihm verwehrt gebliebene Universitätsausbildung durch autodidaktische Lektüre in zaristischen Gefängnissen hatte ersetzen müssen, beobachtete diese österreichische Titelsucht wie ein staunender Anthropologe: »Im alten, kaiserlichen, hierarchischen, betrieb-samen und eitlen Wien titulierte die Marxisten einander wonnevoll mit ›Herr Doktor‹. Die Arbeiter redeten die Akademiker oft mit ›Genosse Herr Doktor‹ an.«¹⁵

Auch Wenzel Jaksch blieb darin altösterreichisch geprägt, dass er die damals führenden sozialdemokratischen Doktoren Victor und Friedrich Adler, Karl Renner und Otto Bauer in seinen Schriften zeitlebens nur mit respektvoller Nennung ihrer Dokortitel erwähnte.¹⁶ Ebenso wichtig wurde für den sozialdemokratischen Autodidakten Anfang der 1960er-Jahre die Verleihung des Ehrendokortitels durch ein US-amerikanisches College, denn seither firmierte Jaksch öffentlich stets als »Dr. h. c. Wenzel Jaksch«. Dahinter verbarg sich nicht nur eine persönliche biografische Prägung. Noch auf die Nachricht vom Unfalltod reagierte 1966

¹² *Leo Trotzki, Mein Leben. Versuch einer Autobiographie*, Berlin 1930, S. 198–200.

¹³ Ebd., S. 198 und S. 201 f.

¹⁴ *Karl Richard Kern, Heimat und Exil – von Böhmen nach Schweden. Erinnerungen und Bekenntnisse eines sudetendeutschen Sozialdemokraten*, Nürnberg 1980, S. 39, über seine Erfahrung, wie er in den frühen 1920er-Jahren »in der sozialistischen Jugendgemeinschaft [...] als Kind der Armut zu einem Eigenbewußtsein« gefunden habe.

¹⁵ *Trotzki, Mein Leben*, 1930, S. 200.

¹⁶ Vgl. Stichproben im Spätwerk »Europas Weg nach Potsdam«; in dessen Einleitung sprach Jaksch respektvoll von »Dr. Karl Renner«, während er im Falle seines langjährigen Weggefährten und späteren Feindes Edvard Beneš, der ebenfalls über einen Dokortitel verfügte, dessen Erwähnung unterließ. Seinen Vorgänger im DSAP-Vorsitz erwähnte er nur ein einziges Mal, aber wieder als »Dr. Ludwig Czech«; vgl. *Wenzel Jaksch, Europas Weg nach Potsdam. Schuld und Schicksal im Donaauraum*, Stuttgart 1958, S. 10 und S. 262.

der gesamte SPD-Parteivorstand mit einer Trauererklärung, in der selbstverständlich auch der Ehrendokortitel des Verstorbenen Erwähnung fand.¹⁷ In einer Welt, in der bürgerliche Eliten ihre akademischen Titel in Regierung und Parlament oder auch in gesellschaftlichen Verbänden wie dem Bund der Vertriebenen (BdV) ganz selbstverständlich nutzten, hatte der sozialdemokratische Außenseiter am Ende seines Lebens gleichziehen können. Nach Jakschs Wahl zum BdV-Präsidenten 1964 kommentierte die dem SPD-Milieu zugehörige »Neue Rheinzeitung«, der erste Sozialdemokrat im Vorsitz des Vertriebenenverbandes müsse vor allen Dingen versuchen, »die braunen Schatten der Vergangenheit, die sein Vorgänger Hans Krüger auf so peinliche Weise beschwor, endgültig zu bannen«. Dass Jaksch diese schwere Aufgabe würde meistern können, wurde zuallererst mit seinem »gute[n] Ruf im westlichen Ausland« begründet – denn »er erhielt die Ehrendoktorwürde des amerikanischen Parkville-College«. Erst an zweiter Stelle folgte der Hinweis auf Jakschs »integre Vergangenheit« als Gegner des Nationalsozialismus.¹⁸

Die revolutionär redenden, aber reformistisch handelnden Sozialdemokraten der Habsburgermonarchie hatten rasch die Erfahrung gemacht, dass die fortschreitende Demokratisierung des Wahlrechts ihnen nützte: Nach Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts im habsburgischen Österreich 1907 wurden die Sozialdemokraten zunächst zur zweitstärksten, 1911 gar zur stärksten Fraktion im Abgeordnetenhaus des Reichsrates – auch wenn sie angesichts der damals großen Parteienzersplitterung von der absoluten Mehrheit weit entfernt blieben.¹⁹ Ähnlich wie die SPD der Weimarer Republik blieben auch die deutsch-böhmischen Sozialdemokraten der DSAP in der 1918 errichteten Tschechoslowakischen Republik parlamentarisch orientiert – zuerst als Opposition, ab 1929 dann, inklusive des frisch gewählten Abgeordneten Jaksch, als kritisch-loyaler Koalitionspartner aller multinationalen Regierungskoalitionen in Prag bis zum Krisenjahr 1938.²⁰ Ebenso wie in Deutschland war auch in der Tschechoslowakei die Abspal-

17 Zitiert nach *Matthias Müller*, *Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949–1977*. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht, Berlin 2012, S. 289; in den Akten des BdV finden sich zahlreiche Beispiele.

18 Alter NS-Gegner, in: *Neue Rheinzeitung* v. 2.3.1964.

19 Vgl. *Karl-Martin Grass*, *Österreich*, in: *Dolf Sternberger/Bernhard Vogel* (Hrsg.), *Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane*. Ein Handbuch, Band I: Europa, 2. Halbband, Berlin 1969, S. 921–972, insb. S. 934 und 959.

20 Jaksch »billigte« 1929 den Regierungseintritt, »obwohl dieser Schritt ohne klar definierte Ziele gewagt wurde«, forderte aber die Erfüllung »nicht nur der ›dringendsten sozial- und wirtschafts-

tung des linken revolutionär gesonnenen Parteiflügels als Kommunistische Partei die zwangsläufige Folge dieser reformorientierten Mäßigung, die dadurch zugleich noch verstärkt wurde.

Wenzel Jaksch, der auf dem linken Flügel seiner Partei begonnen hatte,²¹ lernte den Parlamentarismus rasch zu akzeptieren und zu nutzen – wie umgekehrt die Parlamentsarbeit auf seine Entwicklung als Publizist und Versammlungsredner belebend zurückwirkte.²² 1934 erklärte Jaksch »als Deutscher« und »als Angehöriger der jüngeren Generation der sudetendeutschen Sozialisten«, die sich bekanntlich anfangs »sehr kritisch zu diesem [tschechoslowakischen] Staat eingestellt« hätten,²³ dass sich seine Partei »angesichts der Tragödie des deutschen Volkes« unter der Hitlerdiktatur seit 1933 »zu einem absolut positiven Verhältnis zur [Tschechoslowakischen] Republik durchgekämpft« habe.²⁴ Die sudetendeutschen Sozialdemokraten seien »nicht nur verstandes-, sondern auch gefühlsmäßig daran interessiert, daß diese letzte demokratische Insel im Meer des mitteleuropäischen Faschismus nicht überschwemmt wird«.²⁵ Nach dem erdrutschartigen Wahlsieg der NS-affinen »Sudetendeutschen Partei« (SdP) im Jahre 1935 arbeitete Jaksch folgerichtig zusammen mit christsozialen Gewerkschaftern und bäuerlichen Interessenvertretern an einer Einheitsfront der in die Defensive gedrängten staats-treuen sudetendeutschen Parteien, scheiterte damit jedoch am weiter aufsteigenden Nationalsozialismus, aber auch – so der frühe Jaksch-Biograf Martin Bachstein – »am Unverständnis der tschechoslowakischen Parteien, für die allmählich die meisten deutschen Bürger des Staates zu potentiellen Hochverrättern geworden waren«.²⁶ Als Jaksch im Frühjahr 1938 den verdienten, aber in Routine erstarrten Parteivorsitzenden Dr. Ludwig Czech ablöste, der auf die neue Bedrohung

politischen Notwendigkeiten der arbeitenden Bevölkerung« [...], sondern [...] auch die ›Lösung des Nationalitätenproblems«. Vgl. *Bachstein*, Wenzel Jaksch, 1974, S. 40.

21 Vgl. *Ernst Paul*, Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche Sozialdemokratie, in: *Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten* (Hrsg.), Ruhm und Tragik der sudetendeutschen Sozialdemokratie. Zum 50. Geburtstag von Wenzel Jaksch, Malmö 1946, S. 7–32, insb. S. 9.

22 Vgl. *Bachstein*, Wenzel Jaksch, 1974, S. 41.

23 So Jaksch 1934 in einem tschechisch-sprachigen Zeitschriftenbeitrag, zit. nach *Bachstein*, Wenzel Jaksch, 1974, S. 76.

24 Ebd., S. 77.

25 Ebd.; Bachstein hält dieses emphatische Bekenntnis nicht für bedingungslos, begründet diese Einschätzung jedoch nicht.

26 Ebd., S. 288.

von rechts keine wirksamen Antworten mehr fand, erfreute er sich nicht nur der Unterstützung der jüngeren Parteigeneration,²⁷ sondern auch »wohlwollender Billigung« seitens des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Beneš.²⁸ Selbst nach Abtrennung der Sudetengebiete durch das Münchner Abkommen im Herbst 1938 demonstrierte Jaksch mit seinem Verbleib als Abgeordneter für Pilsen im Parlament der nunmehr verkleinerten Tschecho-Slowakischen Republik seine Loyalität, bis Hitlers Einmarsch in Prag im März 1939 nicht nur diese Mitarbeit, sondern auch Jakschs Verbleib in seiner Heimat gewaltsam beendete. Dass Jaksch auf Skiern die Flucht nach Polen gelang, von wo er in ein sicheres Exil in Schweden und Großbritannien gelangte,²⁹ war Glück im Unglück, denn zur selben Zeit landeten – erst infolge der Annexion der Sudetengebiete im Oktober 1938, dann durch die Okkupation des gesamten restlichen Tschechien im März 1939 durch Hitlers Deutschland – etwa 30.000 deutsch-böhmische Sozialdemokraten in NS-Konzentrationslagern.³⁰ Zwanzig Jahre später konnte Jaksch mit Blick auf diese NS-Verfolgung deutsch-böhmischer Sozialdemokraten treffend feststellen: »Wir haben die Hitler-Gefahr nicht allein mit Worten bekämpft.«³¹ Viele Sozialdemokraten hatten wie Jaksch ihr Leben riskiert, und manche hatten es verloren.

Die praktische Orientierung an der parlamentarischen Demokratie hatte für Jaksch auch theoretische Folgen. Er suchte – zusätzlich gedrängt durch Hitler, der bei seinem Aufstieg zur Macht viele bäuerliche und mittelständische Hoffnungen hatte bündeln können³² – in den 1930er-Jahren eine Abkehr vom Klassenkampfdenken, einen Ausbruch aus der isolierten Milieufestung der linken Arbeiterschaft.

27 Kern, Heimat und Exil, 1980, S. 56 f.

28 Bachstein, Wenzel Jaksch, 1974, S. 288: Der greise Bachstein hingegen wollte 2017 in diesem Macht- und Generationswechsel – unter Berufung auf Johann Wolfgang Brügel, den einstigen Privatsekretär von Czech – eine Art feindlicher »Übernahme« der Partei erkennen, bei der Jaksch »sogar antisemitische Argumente gegen den nahezu siebzehnjährigen und kranken Parteivorsitzenden« benutzt habe. Im selben Atemzug räumte Bachstein freilich ein, dass es sich bei Czech 1938 um einen »inzwischen hilflos agierenden« Führer einer »erfolglosen« Partei gehandelt habe, was dessen Ablösung naheliegender erscheinen lässt. Vgl. Bachstein, Wer war Wenzel Jaksch?, 2017, S. 2 f.

29 Vgl. Willy Brandt, Links und frei. Mein Weg 1930–1950, Hamburg 1982, S. 209.

30 Diese Zahl bei Tobias Weger, »Volkstumskampf« ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen 1945–1955, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/Brüssel/New York/Oxford/Wien, 2008, S. 206.

31 Wenzel Jaksch, Unser geschichtlicher Auftrag, München 1956, S. 32.

32 Diese »Kräfte einer scheinsozialistischen Massenbewegung« waren aus Jakschs Sicht durch den NS-internen Machtkampf der Röh-Morde von 1934 endgültig entmachteter worden. Vgl. Wenzel Jaksch, Volk und Arbeiter. Deutschlands europäische Sendung, Bratislava 1936, S. 70.

Zu dieser Zeit erkannten auch weitblickende Kommunisten wie der ins Moskauer Exil geflüchtete KPD-Agrarexperte Edwin Hoernle die Notwendigkeit einer über das Industrieproletariat hinausgreifenden Gewinnung ländlicher Unter- und Mittelschichten.³³ Umso logischer erscheint diese Erkenntnis bei einem Sozialdemokraten wie Jaksch, der zwischen 1929 und 1939 ein Jahrzehnt lang im Prager Parlament mit bürgerlichen, bäuerlichen und christlich orientierten Koalitionspartnern gut zusammenarbeitete. Was bei den Kommunisten Europas damals »Volksfront« hieß und wesentlich taktisch blieb, suchte Jaksch unter dem Namen »Volkssozialismus« zu fassen. Ohne sozialistische Umgestaltungsziele völlig preiszugeben, ging es um die zielgerichtete Gewinnung zusätzlicher Wählerschichten jenseits der Arbeiterschaft: Jaksch versuchte die Krise seiner Gegenwart als essenziell nationales Problem neu zu verstehen; sein Lösungsversuch bestand darin, für eine stärkere politische Bindung zwischen Arbeitern, Bauern und Mittelschichten eines jeden Volkes zu arbeiten. Ohne den biologistischen Rassetheorien der faschistischen Konkurrenz zu verfallen, war dieser »Volkssozialismus« von Halblinks doch ein Echo des propagandistisch erfolgreichen NS-Konzepts der »Volksgemeinschaft«. Tatsächlich besteht – worauf Terence Renaud verwiesen hat – eine gewisse Nachbarschaft zwischen Jakschs »Volkssozialismus« und ähnlichen Syntheseversuchen wie Ernst Niekischs »Nationalbolschewismus« oder dem (Anfang der 1930er-Jahre abgespaltenen) linken Flügel der NS-Bewegung um Otto Strasser. Wer aber Jaksch umstandslos jener schillernden Gruppierung einer »populistischen Neuen Rechten« (»populist new right«) zuordnen will, ohne seinen Ansatz zu beachten, einen national akzentuierten Sozialismus mit demokratischer Staatsform und ausgleichenden Kooperationsstrukturen mit anderen Völkern in Einklang zu bringen, würde Jaksch am Ende dann doch eklatant missverstehen.³⁴

33 Vgl. *Edwin Hoernle*, *Deutsche Bauern unterm Hakenkreuz*, Paris 1939; Hoernle amtierte zwischen 1945 und 1949 als Präsident der »Deutschen Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft« in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und leitete die Umsetzung der als »Bodenreform« bezeichneten entschädigungslosen Enteignung größeren Landbesitzes zugunsten von Kleinbauern, Landarbeitern, Flüchtlingen und des KPD/SED-kontrollierten Staatsbesitzes. Vgl. *Arnd Bauerkämper*, *Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945–1963*, Köln 2002, S. 57, Anm. 10, und S. 60, Anm. 16.

34 Vgl. die anregende, aber Jaksch teilweise missverstehende Position bei *Terence Renaud*, *New Lefts. The Making of a Radical Tradition*, Princeton 2021, S. 99 f.

Der Versuch der Öffnung der Klassenkampfpartei zum breiten nationalen Bündnis von Unter- und Mittelschichten hatte seine Wurzeln in Jakschs ländlicher Herkunft, seinen politischen Anfängen als Gewerkschaftssekretär für Kleinbauern und Landarbeiter sowie in den teils industriellen, teils bäuerlichen Strukturen seines Pilsener Wahlkreises.³⁵ Jaksch sah sich selbst als Politiker, der zunächst die deutschen und tschechischen »Bauern und Maurer Südböhmens [...] von Jugend auf« kennengelernt habe, später »die Skodaarbeiter von Pilsen und die Bergleute von Nürschan« im Wahlkreis sowie diverse tschechische Politiker in der »Prager Parlamentsarbeit«.³⁶ Das war der biografische Hintergrund für seine Abkehr vom marxistischen Klassenkampfdenken.³⁷ 1934 stellte Jaksch nüchtern fest, »der Schrei nach der proletarischen Diktatur« habe zu einer »hoffnungslosen Isolierung des sozialistischen Lagers von den mittelständischen Schichten« führen und auch die freiheitlich-antifeudal gesinnte Bauernschaft verprellen müssen.³⁸ Stattdessen zielte Jaksch auf einen Wiederaufstieg der seit Abspaltung der Kommunisten geschwächten Sozialdemokratie durch eine grundlegende Neuorientierung. Die DSAP sollte sich als »eine nichtmarxistische, nationale und doch sozialistische Volkspartei« neu erfinden und viel breiter aufstellen als je zuvor.³⁹

Jaksch war sich der prekären Nähe seines »Volkssozialismus« zu Hitlers »Nationalsozialismus« wohl bewusst und sollte in der Folgezeit des Öfteren bitter erfahren müssen, wie leicht ihn politische Gegner unter Verweis darauf als »Halbnazi« diskreditieren konnten.⁴⁰ Doch ging es nicht um die Nachahmung Hitlers oder um eine links-nationalsozialistische Dissidenz von Hitler, wie Jakschs Freund-

35 Vgl. *Paul*, Wenzel Jaksch, 1946, S. 16f.

36 *Wenzel Jaksch*, Deutsch-Tschechische Partnerschaft in europäischer Sicht. Vortrag vor der Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Erzieher Pfingsten 1962, Frankfurt am Main, in: *Ders.*, Von der Vorherrschaft zur Partnerschaft. Zwei Vorträge zu den Volkstumsfragen in Ostmitteleuropa, Wiesbaden o. J. [1963], S. 3–20, hier S. 17.

37 1924 hatte Jaksch in Reaktion auf den Münchner Hitler-Putsch eine Schrift unter dem Titel »Marxismus oder Hakenkreuz?« veröffentlicht, die er später selbstkritisch bewertete, da der dort von ihm noch favorisierte Marxismus »keine brauchbare Gegenideologie gegen den Nationalsozialismus« habe darstellen können, habe doch die »Auflösung der alten Klassen« die gesellschaftlichen Voraussetzungen bereits grundlegend verändert. Vgl. *Wenzel Jaksch*, Klasse und Nation, in: *Seliger-Gemeinde*, Wenzel Jaksch, 1967, S. 57–61, hier S. 59.

38 Zitiert nach *Bachstein*, Wenzel Jaksch, 1974, S. 69.

39 Ebd., S. 287.

40 *Wenzel Jaksch*, Unser Weg nach Godesberg, in: *Seliger-Gemeinde*, Wenzel Jaksch, 1967, S. 76–80, hier S. 79.

schaft mit dem Ex-Nationalsozialisten Otto Strasser manche hat vermuten lassen.⁴¹ Es ging vielmehr um eine eigenständige, durch jahrzehntelange sozialdemokratische Politikerfahrungen geprägte Synthese von Sozialismus und klassenübergreifendem Nationalismus, den Jaksch nicht länger der extremen Rechten überlassen wollte. Jaksch wurde eben kein faschistischer Renegat wie der einstige italienische Sozialistenführer Benito Mussolini, auf den Lenin und dessen Schweizer Exilumfeld zeitweilig Hoffnungen gesetzt hatten.⁴² Aber Jaksch konnte und wollte nicht ignorieren, dass die »Sozialistische Internationale« 1914 zu Beginn des Ersten Weltkrieges schmählich versagt hatte, indem sie in ihre nationalen Bestandteile zerfallen war, statt den Krieg transnational zu verhindern.⁴³ Vor allem hatte der junge Jaksch miterleben müssen bzw. von älteren Genossen sehr nachdrücklich erfahren können, wie die ursprünglich übernational organisierte österreichische Sozialdemokratie schon kurz vor 1914 am nationalen Gegensatz zwischen Deutschen und Tschechen zerbrochen war.⁴⁴ Seither gab es – zuerst in der »cisleithanischen« Reichshälfte der Habsburgermonarchie, dann auch in der Tschechoslowakischen Republik – mehrere Jahrzehnte lang zwei national separierte Sozialdemokratien. Die Arbeiterbewegung integrierte nicht länger Deutschösterreicher bzw. Sudetendeutsche einerseits und Tschechen andererseits. Auch andere traditionell übernationale Institutionen – von der altehrwürdigen Prager Universität bis zur katholischen (»allumfassenden«) Kirche in Böhmen – spalteten sich damals formell oder faktisch entlang nationalistischer Spannungslinien.⁴⁵

Jakschs Syntheseversuch war weder ein Verrat an sozialdemokratischen Idealen, noch war er einzigartig: *Nationaler Sozialismus* statt des marxistischen Internationalismus – das war unter Sozialdemokraten vieler Völker in der Zwischenkriegszeit ein wichtiges Thema, nicht nur in Abgrenzung zu Mussolini und Hitler, son-

41 Vgl. zur Kritik des linken DSAP-Flügels an Jakschs Verbindung zu Otto Strasser in den 1930er-Jahren: *Weger*, »Volkstumskampf«, 2008, S. 205.

42 Vgl. dazu *R.J.B. Bosworth*, Mussolini, London 2002, S. 64 und 88.

43 Vgl. zur Haltung der deutschen SPD zum Weltkriegsbeginn: *Ernst Piper*, Nacht über Europa. Kulturgeschichte des Ersten Weltkriegs, Berlin 2013, S. 50–61.

44 Vgl. *Otto Urban*, Die tschechische Gesellschaft 1848–1918, 2 Bde., Wien/Köln/Weimar 1994, insb. Bd. 1, S. 808–817.

45 Vgl. *Michael Schwartz*, Kultur als Waffe – Kultur als Brücke. Die böhmischen Länder im Zeitalter der Nationalismen, in: *Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit (Koordinatoren: Matthias Stickler, Jaroslav Kucera e. a.)* (Hrsg.), Deutsche und Tschechen. Landsleute und Nachbarn in Europa, München 2017, S. 126–146.

dern auch zur »Kommunistischen Internationale« Stalins. Wenzel Jaksch hat selbst einmal daran erinnert, dass sein 1936 formuliertes Volkssozialismuskonzept für die Sudetendeutschen von den »Genossen vom jüdisch-sozialistischen ›Bund‹ in Polen [...] den meisten Beifall« erhalten habe, »weil sie sich ebenfalls in der Lage einer diskriminierten Minderheit befanden«. Und es sei der französische sozialistische Volksfrontpremier Leon Blum gewesen, der »die großartige Formel geprägt« habe, »daß die arbeitenden Menschen nicht frei werden können, solange sie in einem unfreien Volke leben« – eine *Maxime*, die Jaksch nach dem Zweiten Weltkrieg beim deutschen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher wiederzufinden meinte.⁴⁶ »Nationale Sozialisten« – das war nicht zuletzt der Name jener tschechoslowakischen Partei, die mit den ideologischen Versatzstücken Nationalismus, Sozialismus und auch Antisemitismus virtuos jonglierte.⁴⁷ Jakschs Koalitionspartner Edvard Beneš – der tschechoslowakische Außenminister und spätere Staatspräsident – fungierte ab 1923 als stellvertretender Vorsitzender dieser tschechischen Nationalen Sozialisten und diskutierte mit anderen Mitgliedern in deren Parteiführung in den Jahren um 1933 offen darüber, inwieweit man von Hitlers aggressivem Politikstil lernen könnte – zwecks Verteidigung der Prager Demokratie.⁴⁸ Mitte der 1930er-Jahre, als Jaksch seinen »Volkssozialismus« propagierte, war auch unter jüngeren tschechischen Sozialisten eine solche Synthese populär.⁴⁹ Jakschs häufige Bezugnahme auf das Denken Tomáš G. Masaryks hat sogar zu Mutmaßungen geführt, dass Jaksch sein Konzept des »Volkssozialismus« unmittelbar »den humanistisch fundierten Werken des von ihm verehrten tschechoslowakischen Staatspräsidenten« entlehnt haben könnte.⁵⁰

Davon abgesehen fällt eine weitere europäische Parallele ins Auge, die bei Debatten um Jakschs Volkssozialismuskonzept leicht übersehen wird: das *skandinavische*

46 Jaksch, *Klasse und Nation*, 1967, S. 60 f.

47 Vgl. Zbynek Zeman/Antonin Klimek, *The Life of Edvard Beneš 1884–1948*. Czechoslovakia in Peace and War, Oxford 1997, S. 41.

48 Ebd., S. 96 und 100 f.

49 Vgl. Václav Kural, *Konflikt anstatt Gemeinschaft? Tschechen und Deutsche im tschechoslowakischen Staat (1918–1938)*, Prag 2001, S. 189.

50 Vgl. Ursula Langkau-Alex, *Internationaler Sozialismus oder Volkssozialismus? Das Spannungsfeld antifaschistischer Konzeptionen in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale der dreißiger Jahre*, in: Bert Becker/Horst Lademacher (Hrsg.), *Geist und Gestalt im historischen Wandel. Facetten deutscher und europäischer Geschichte 1789–1989*. Festschrift für Siegfried Bahne, Münster/New York 2000, S. 347–368, hier S. 354.

sche Modell. Für alle Sozialdemokraten Europas war nach dem Untergang der bis dahin tonangebenden deutschen Sozialdemokratie 1933 Skandinavien eine Kraftquelle der Orientierung. Dorthin flüchteten nicht nur viele Hitlerverfolgte (darunter 1939 zeitweilig auch Jaksch), dort saßen vielmehr auch die Sozialdemokraten Schwedens, Norwegens oder Dänemarks sogar in dauerhafter Regierungsverantwortung. Die schwedischen Genossen entwarfen das verheißungsvolle Konzept vom »Volksheim« (»folkhemmet«), das neben wohlfahrtsstaatlichen und korporatistischen, d. h. auf Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften statt auf Klassenkampf setzenden Elementen⁵¹ zumindest ursprünglich auch eine klare nationalistische Komponente besaß. Diesen »Wohlfahrtsstaats-Nationalismus«⁵² spielte der schwedische Sozialistenführer und Premierminister Per Albin Hansson offensiv gegen die Attraktivität des Nationalsozialismus aus, indem er erklärte: »Es gibt nichts, das der Nationalsozialismus in Deutschland mittels Diktatur machen kann, was die Schwedische Sozialdemokratie nicht besser machen kann mit demokratischen Mitteln; kurz: Faschismus ist in einem Land wie Schweden nicht nötig.«⁵³ Als Wenzel Jaksch 1936 das damalige »Mitteleuropa als Depressionsherd« beschrieb, nahm er die »Küstenvölker Skandinaviens« von dieser Krisendiagnose ausdrücklich aus: Dort sei der Wohlstand nicht durch den Ersten Weltkrieg massiv geschädigt worden, und eben dort scheine sich auch »der Übergang zum Sozialismus durchaus organisch zu vollziehen«, während überall sonst die »demokratischen, freiheitlichen und sozialistischen Kräfte« zurückgedrängt würden durch einen »Kranz von Diktaturen von der Ost- und Nordsee bis zum Schwarzen und Mittelländischen Meer«.⁵⁴ Skandinavien und namentlich Schweden können als Reformvorbilder für Jaksch schwerlich überschätzt werden. Der Begriff »Volkssozialismus« mag »über Strasser zu Jaksch« gekommen sein, der ihn »als erster häufig verwendete«. Doch berief er sich zugleich auf »die schwe-

51 Vgl. *Kiran Klaus Patel*, *The New Deal. A Global History*, Princeton/Woodstock 2016, S. 228–233.

52 Diese Begriffsprägung bei *Lars Trägårdh*, »Crisis and the Politics of National Community: Germany and Sweden, 1933/1994«, in: *Nina Witaszek/Lars Trägårdh* (Hrsg.), *Culture and Crisis. The Case of Germany and Sweden*, New York/Oxford 2002, S. 75–109, hier S. 106, Anm. 12.

53 *Langkau-Alex*, *Internationaler Sozialismus oder Volkssozialismus?*, 2000, S. 360 f.; auch während seines Londoner Exils hielt Jaksch enge Verbindung zu im schwedischen Exil lebenden sudeten-deutschen Genossen; vgl. *Michael F. Scholz*, *Skandinavische Erfahrungen erwünscht? Nachexil und Remigration. Die ehemaligen KP-Emigranten in Skandinavien und ihr weiteres Schicksal in der SBZ/DDR*, Stuttgart 2000, S. 166.

54 *Jaksch*, *Volk und Arbeiter*, 1936, S. 28.

dische Sozialdemokratie [als] Vorbild, auf deren Plakaten, so Jaksch, »neben der roten Fahne auch die Landesfahne« zu sehen sei». ⁵⁵



Wenzel Jaksch, etwa 1936.
 Quelle: AdsD, 6/FOTA065723;
 Rechteinhaber nicht ermittelbar.

Vor diesem breiten europäischen Hintergrund der Synthesen von Sozialdemokratie und Nationalismus war die Tatsache, dass Jaksch in der Krise des Jahres 1938 eine Einheitsfront mit deutschnational-bürgerlichen Galionsfiguren bis hin zum Rechtsnationalisten Rudolf Lodgman von Auen nicht verschmähte, nicht allzu überraschend. Zum einen war dies eine Wiederauflage des deutsch-böhmischen Notbündnisses von 1918/19, das seinerzeit von dem sozialdemokratischen

⁵⁵ Vgl. dieses Zitat aus einem Zeitungsartikel Jakschs von 1936 bei *Bachstein*, Wenzel Jaksch, 1974, S. 28.

Parteichef Josef Seliger und Lodgman praktiziert worden war, um den selbstbestimmten Anschluss der deutsch besiedelten Sudetengebiete an Deutsch-Österreich und mit Österreich ans Deutsche Reich zu erreichen. Der neuerliche Bündnisversuch mit Lodgman, der sich gegen Henlein und Hitler richtete, folgte im September 1938 auch der Logik von Jakschs Volkssozialismuskonzept. Der Deutsche Lodgman war eine zwispältige Figur: Anders als Jaksch hatte Lodgman die Zugehörigkeit der Sudetendeutschen zum tschechoslowakischen Staat zeitlebens hartnäckig abgelehnt und sollte sich in der Folge zwischen 1938 und 1945 dem NS-Regime nicht nur bereitwillig anpassen, sondern von diesem sogar öffentlich ehren lassen; zugleich aber musste sich Lodgman von sudetendeutschen NS-Führern wie Gauleiter Hans Krebs vorwerfen lassen, der Familie des von ihm geschätzten, vom NS-Regime aber verfolgten früheren DSAP-Bürgermeisters von Aussig Unterstützung geleistet zu haben.⁵⁶ Die ephemere und letztlich gescheiterte »Einheitsfront« von Jaksch bis Lodgman vom September 1938 sollte Ende der 1950er-Jahre sowohl in der Sudetendeutschen Landsmannschaft als auch im Bund der Vertriebenen erneut aufleben – und durch etliche ehemalige Nationalsozialisten noch beträchtlich erweitert werden. Letzteres zeichnete sich schon 1943/44 ab, als sich Jaksch im Londoner Exil dafür entschied, nach dem Sieg über Hitler-Deutschland einen »sudetendeutschen Nationalausschuß auf breiter Grundlage zu organisieren« und dabei auch die »Einbeziehung von »gemäßigten« Nationalsozialisten« anzustreben.⁵⁷ Im Juni 1943 hoffte Jaksch auf einen möglichen »Seitenwechsel« von Hans Krebs, damals NS-Regierungspräsident von Aussig (Usti nad Labem) und ein Nazi der allerersten Stunde, den Jaksch aus gemeinsamer Prager Parlamentszugehörigkeit der Jahre bis 1933 kannte.⁵⁸ Krebs erfüllte die von Jaksch in ihn gesetzten Hoffnungen allerdings nicht und blieb ein Erfül-

56 Vgl. *Schwartz*, Funktionäre mit Vergangenheit, 2013, S. 219, S. 225 f. und S. 322; Krebs unterstellte Lodgman, er habe den früheren DSAP-Bürgermeister von Aussig, Leopold Pözl, vor dem Zugriff der NS-Verfolger verborgen, was Lodgman zurückwies. Hingegen gab er zu, Pözl bei dessen Verhaftung auf offener Straße, bei der er zufällig zugegen gewesen sei, ein öffentliches Zeichen seiner Solidarität gegeben zu haben, indem er auf dessen Bitte versprochen habe, sich um Pözls Familie zu kümmern.

57 Vgl. *Detlef Brandes*, Der Weg zur Vertreibung 1938–1945. Pläne und Entscheidungen zum »Transfer« der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen, München 2005, S. 236, auch Anm. 145; ferner auch *Schwartz*, Funktionäre mit Vergangenheit, 2013, S. 366.

58 Vgl. *Brandes*, Der Weg zur Vertreibung 1938–1945; *Schwartz*, Funktionäre mit Vergangenheit, 2013, S. 225 und 366 f.

lungsgelieferter NS-Diktatur. Anfang 1945 bezeichnete Jaksch Krebs daher öffentlich als einen jener NS-Kriegsverbrecher, gegen die die Sudetendeutschen einen antifaschistischen Aufstand wagen müssten.⁵⁹

Jakschs Versuch einer partiellen Bündnispolitik mit ehemaligen Nationalsozialisten war aus vergangenheitspolitischer Sicht ebenso problematisch, wie es, strategisch gesehen, womöglich bis zu einem gewissen Grade unumgänglich war. Wichtig und dauerhaft an seiner Grundentscheidung zum Verlassen der zu eng geratenen Milieufestung des Arbeiterbewegungsmilieus aber bleibt etwas anderes: Zusammen mit britischen und skandinavischen Exil-Einflüssen, die nach 1945 in Westdeutschland zur Entfaltung kamen, wurde auch die deutsch-böhmische Öffnungspolitik Wenzel Jakschs in Richtung »Volksozialismus«, die 1938/39 eigentlich gescheitert war, zu einem weiteren avantgardistischen Pfad auf dem Weg nach Godesberg – hin zur Transformation der westdeutschen Nachkriegs-SPD von einer sozial begrenzten Klassenpartei zu einer für breite Bevölkerungsschichten wählbaren *Volkspartei*.⁶⁰

Im Übrigen »wilderte« der Volksozialismus einer sozialdemokratischen Volkspartei, wie sie Jaksch vorschwebte, nicht nur in tendenziell rechten Wählerreservoirs der Bauernschaft oder der städtisch-kleinbürgerlichen Mittelschichten. Ein DDR-Historiker gab 1961 offen zu, dass sich in den 1930er-Jahren auch »die deutschen Kommunisten in den Randgebieten« der Tschechoslowakei »teilweise eine bestimmte Zeit lang Illusionen« hingegeben hätten – Illusionen »über eine angeblich ›linke Politik‹, die der DSAP-Führer Wenzel Jaksch gegen seinen Parteivor-

59 Vgl. R. M. Douglas, »Ordnungsgemäße Überführung«. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, München 2012, S. 55; ferner auch Schwartz, Funktionäre mit Vergangenheit, 2013, S. 367, Anm. 194; Krebs war von 1925 bis 1933 Abgeordneter der »Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei« (DNSAP) im Prager Parlament gewesen, bevor er 1933 unter Aufhebung seiner Immunität verhaftet wurde. Er floh nach Deutschland und wurde zwischen 1938 und 1945 zu einem wichtigen NS-Funktionär im annektierten Sudetenland (Regierungspräsident, Gauleiter-Rang, Mitglied des Reichstags); Krebs wurde 1947 in Prag zum Tode verurteilt und hingerichtet.

60 1962 konstatierte Jaksch, dass in das Godesberger Programm der SPD von 1959 »auch alle Ideenströmungen des Sudeten-Sozialismus« eingeflossen seien, namentlich die schon vom DSAP-Vorsitzenden Josef Seliger um 1920 vertretene Sicht auf »Heimat, Klasse und Volk als gleichwertige Größen«. Vgl. Jaksch, Unser Weg nach Godesberg, 1967, S. 77. Ferner aus kommunistischer Perspektive: Edmund Jaurnig, Sozialdemokratie und Revanchismus. Zur Geschichte und Politik Wenzel Jakschs und der Seliger-Gemeinde, Berlin [Ost] 1968, S. 49.

stand durchzusetzen bemüht sei.«⁶¹ Jakschs »Volkssozialismus« konnte somit auch als linksgerichtete Sammlungspolitik wahrgenommen werden. Der aus Hitler-Deutschland ins skandinavische Exil geflüchtete Willy Brandt, der 1931 die aus seiner Sicht zu wenig revolutionäre Weimarer SPD zugunsten der linken Splittergruppe »Sozialistische Arbeiterpartei« (SAP) verlassen hatte und damit zunächst einen ganz anderen Weg gegangen war als der an schichtenübergreifender Sammlungspolitik interessierte Wenzel Jaksch, erinnerte sich später, dass er von Norwegen aus »nicht ohne Sympathie beobachtete«, wie Jaksch der sudetendeutschen Sozialdemokratie neuen »kämpferischen Elan zu vermitteln« suchte.⁶² Als Bundeskanzler sollte Brandt die SPD durch seinen triumphalen Wahlsieg von 1972 erstmals zur stärksten Fraktion im Deutschen Bundestag und damit zu jener schichtenübergreifenden Volkspartei machen, an der auch Jaksch seit 1935 gearbeitet hatte. Freilich war zu diesem Zeitpunkt die von Jaksch als Kitt genutzte nationale Identität schon nicht mehr dieselbe: Weit mehr als der (seit 1945 in Deutschland hochproblematische) Nationalstaat integrierte um 1970 der auf beispiellosem wirtschaftlichen Erfolg gründende expandierende Sozialstaat.

61 *Gerhard Fuchs*, *Gegen Hitler und Henlein. Der solidarische Kampf tschechischer und deutscher Antifaschisten von 1933 bis 1938*, Berlin [Ost] 1961, S. 152 und 217.

62 *Brandt*, *Links und frei*, 1982, S. 209.

Der k. u. k.-Sozialdemokrat: Nationalitäten und Föderalismus

Wenzel Jaksch war nicht nur Sozialdemokrat, er war Sozialdemokrat mit einer sehr besonderen Erfahrung – dem einzigartigen böhmisch-österreichischen Hintergrund seiner Jugend. Ein wohlmeinender Journalist der 1960er-Jahre apostrophierte den frischgebackenen Präsidenten des Vertriebenenverbandes BdV einmal als »k. u. k.-Sozialdemokrat«,⁶³ womit er teilweise richtig lag, teilweise aber auch Missverständnissen Vorschub geleistet haben könnte. Zwar war Jaksch unter habsburgischer Herrschaft aufgewachsen und zweifellos dadurch geprägt; aber er war als österreichisch-böhmischer Sozialdemokrat nie ein nostalgischer Anhänger dieses monarchischen Staatswesens, er sah dessen Strukturprobleme ebenso wie die fatale Inkompetenz seiner aristokratischen Staatsmänner, die er einmal durch die Reihung »Berchtold, Stürgkh, Czernin« – anders als bei Doktoren ganz ohne Nennung der Grafen-Titel – abschätzig charakterisierte.⁶⁴ Im Falle des österreichischen Ministerpräsidenten Graf Stürgkh, der in der Julikrise 1914 die riskante Politik des Außenministers Graf Berchtold unterstützt und den österreichischen Parlamentarismus durch eine Kriegsdiktatur mittels kaiserlicher Notverordnungen ersetzt hatte,⁶⁵ hat Jaksch als damaliger Linkssozialist sogar dessen im Oktober 1916 verübte Ermordung durch den Sozialdemokraten Friedrich Adler gebilligt – »als einen verständlichen Akt der Auflehnung gegen die autori-

63 *Dietch Strothmann*, Der k. u. k. Sozialdemokrat. Wenzel Jaksch – neuer Präsident der Vertriebenen, in: *Die Zeit* v. 6.3.1964, S. 2.

64 So in einer im Frühjahr 1939 verfassten Schrift, in der er gegen im Volk kaum verwurzelte elitäre Pläne für eine Habsburger-Restauration in Österreich Stellung nahm. Vgl. *Wenzel Jaksch*, Was kommt nach Hitler? Eine Analyse und programmatische Skizze von Wenzel Jaksch, Frühjahr 1939, in: *Friedrich Prinz* (Hrsg.), *Wenzel Jaksch, Edvard Beneš. Briefe und Dokumente aus dem Londoner Exil 1939–1943*, Köln 1973, S. 55–79, hier S. 60. Graf Leopold Berchtold war der österreichisch-ungarische Außenminister der Jahre 1912–1915, Graf Ottokar Czernin war sein Amtsnachfolger zwischen 1916–1918, Graf Karl Stürgkh war von 1911–1916 Ministerpräsident der österreichischen Reichshälfte, zu der auch Jakschs böhmische Heimat gehörte.

65 Zur Mitwirkung Stürgkhs im für die Auslösung des Weltkriegs entscheidenden Wiener Regierungsgremium der Julikrise, dem gemeinsamen k. u. k. Ministerrat: *T. G. Otte*, *July Crisis. The World's Descent into War*, Cambridge 2014, S. 104–111; zu seiner jahrelangen Notverordnungsregierung unter Ausschaltung des Parlaments: *Manfried Rauchensteiner*, *Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918*, Wien/Köln 2013, S. 44.

täre und von der Armee unterstützte Regierung Stürgkhs, der durch die Ausschaltung des Parlaments die politische Wirksamkeit der Sozialdemokraten erheblich beeinträchtigt hatte.«⁶⁶ Dass Adlers demonstrativer Schritt zum politischen Mord an einem führenden Repräsentanten der Habsburgermonarchie und ihrer Kriegspolitik einherging mit wüsten Attacken dieses linken Sozialdemokraten gegen das staatsloyale Verhalten rechter Sozialdemokraten wie namentlich Karl Renner,⁶⁷ den schon Trotzki Jahre zuvor als »von der revolutionären Dialektik so weit entfernt [...] wie der konservativste der ägyptischen Pharaonen« beschrieben hatte,⁶⁸ dürfte den jungen Jaksch (noch) nicht gestört haben. Erst später entwickelte sich Jaksch selbst zu einem bedeutenden antimarxistischen »Pharao« der reformorientierten Sozialdemokratie, und seither sollten ihn zeitlebens kommunistische oder linkssozialistische Kritiker mit ähnlicher Schärfe attackieren wie Trotzki einst Renner. Der »Pharao« Jaksch blieb freilich seinen kommunistischen Feinden an antikommunistischer Polemik zeitlebens nichts schuldig.

In seinem Verhältnis zum Habsburgerreich war und blieb Jaksch somit Sozialdemokrat: »Wir sind ein Teil vom Kraftstrom des gesamtösterreichischen Sozialismus, der schon um die Jahrhundertwende eine Großmacht des europäischen Humanismus war«, erinnerte er Mitte der 1950er-Jahre – in dieser Hinsicht präziser als die bürgerliche Presse der Bundesrepublik mit ihrer missverständlichen Rede vom »k. u. k.-Sozialdemokraten«.«⁶⁹ Zu Recht wurde Jaksch von Wolfgang Bretholz – wie oben zitiert – als »ein typischer Vertreter jener föderalistischen Schule der österreichischen Sozialdemokratie« charakterisiert, »der jeder Nationalismus wesenfremd ist«⁷⁰ – womit (präziser gesagt) nicht nationale Identität an sich gemeint ist, sondern jener fanatisch-nationalistische »sacro egoismo«, der nur das eigene Volk gelten lässt und alle übrigen abwertet oder gar gewaltsam zu beherrschen sucht.

66 *Bachstein*, Wenzel Jaksch, 1974, S. 15; ferner *Paul*, Wenzel Jaksch, 1946, S. 9.

67 Vgl. *Mark E. Blum*, *The Austro-Marxists, 1890–1918. A Psychobiographical Study*, Lexington 1985, S. 175; ferner *Richard Saage*, *Der erste Präsident. Karl Renner – eine politische Biographie*, Wien 2016, S. 106–114.

68 Zitiert nach *Walter Rauscher*, *Karl Renner. Ein österreichischer Mythos*, Wien 1995, S. 69.

69 *Jaksch*, *Unser geschichtlicher Auftrag*, 1956, S. 5.

70 *Schwartz*, *Funktionäre mit Vergangenheit*, 2013, S. 165, mit Zitat von *Dr. W.[olfgang] Bretholz*: *Sind Vertriebene Scharfmacher?*, in: *Welt am Sonntag* v. 15.5.1966.

Wo der Unterschied liegt, macht exemplarisch Jakschs Aufruf als DSAP-Vorsitzender an seine sudetendeutschen »Mitbürger« vom September 1938 deutlich, mitten in der von Hitler zugespitzten »Sudetenkrise« und angesichts eines drohenden Zweiten Weltkrieges, der mit den schicksalhaften Worten beginnt: »Es geht um alles! [...] Es geht um Leben oder Tod unseres Volkes.«⁷¹ Jaksch warnte seine Landsleute eindringlich davor, dem Rattenfänger Hitler zu folgen: »Wir haben die Möglichkeit in der Hand, auf dem heißumkämpften Boden Böhmens und Mährens ein Friedenswerk zu vollbringen und damit einen entscheidenden Beitrag zur friedlichen Neuordnung Europas zu leisten.«⁷² Ein »Deutschtum« hingegen, »welches wieder« – wie schon im Ersten Weltkrieg – »die verhängnisvolle Bahn der imperialistischen Gewaltpolitik einschlägt, das Gleichberechtigung ablehnt und nach Vorherrschaft über andere Völker strebt«, werde unweigerlich in einen neuen Völkerkrieg verwickelt werden, deren erstes Opfer die Sudetendeutschen werden würden: »Ihr alle steht nunmehr vor der Wahl: Gleichberechtigung durch Frieden oder Untergang durch Krieg.«⁷³

Auch in seinen letzten Lebensjahren blieb Jaksch diesem Ansatz eines gewissermaßen zivilisierten, auch andere Völker gleichachtenden Nationalbewusstseins treu. Er sah im Rückblick von 1963 die Entwicklung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als einen einzigen tragischen »Akt der Selbstzerstörung« multinationaler Lebenswelten durch konkurrierende aggressive Nationalismen. Jene »übernationalen« Gesellschaftsstrukturen an Moldau und Donau, die eigentlich zukunftsweisend für die westeuropäische Einigungsbewegung der Zeit nach 1945 gewesen wären, seien damals »einem Staatsnationalismus« ausgeliefert worden, »der die Geschichte und die Struktur seiner Bevölkerungen verneinte.«⁷⁴ Jaksch setzte nach diesen Zerstörungen dezidiert auf eine gemeinsame Kultur des Rechts als Bollwerk gegen ein machtpolitisches Denken, das letztlich auch den Stärkeren immer einem noch Stärkeren auszuliefern drohte: Die jeweils führenden Völker der habsburgischen »Nachfolgestaaten« von 1918 könnten vielleicht angesichts

71 Zitiert nach *Bachstein*, Wenzel Jaksch, 1974, S. 169.

72 Ebd.

73 Ebd., S. 169 f.

74 *Wenzel Jaksch*, Die Nationalitätenfrage in den Nachfolgestaaten. Vortrag gehalten vor einer Tagung der Südosteuropa-Gesellschaft in Feldafing b. München, in: *Ders.*, Von der Vorherrschaft zur Partnerschaft, 1963, S. 21–32, hier S. 32.

ihrer aktuellen Lage als unfreie sowjetische Protektorate noch »rechtzeitig erkennen, daß sie im gesamteuropäischen Kräftespiel selbst ›Minderheiten‹ sind, die den Schutz eines lebendigen Rechtsbewußtseins brauchen.«⁷⁵ Sie könnten »sich nicht auf das Recht des Stärkeren verlassen, weil sie – auf sich allein gestellt – immer wieder unter die Stiefel [noch] stärkerer Nachbarn geraten« würden.⁷⁶ Die Alternative sei »ein föderiertes Europa«, dass das »Selbstbestimmungsrecht aller beteiligten Völker« ebenso sicherstelle wie das »durch ein positives Volksgruppenrecht« abgesicherte »ungeschmälerte Eigenleben schwächerer Volkspartner.«⁷⁷ Für Jaksch war die Lehre der jüngeren Geschichte eindeutig: »Historisch und geographisch gesehen sind Ostmitteleuropa und Südosteuropa Zonen des ständig bedrohten Friedens, in denen nur übernationale Gruppierungen Frieden und Wohlstand verbürgen können.«⁷⁸

Jakschs genuin sozialdemokratische Perspektive verbot jede nostalgische Verklärung Alt-Habsburgs im Stile der harmlos-verharmlosenden Sissi-Filmtrilogie der 1950er-Jahre.⁷⁹ Zwar war die »österreichische« oder »cisleithanische« Reichshälfte der habsburgischen Doppelmonarchie Österreich-Ungarn bis 1914 ein regelrechtes Labor für die Entwicklung rechtlicher und administrativer Strukturen, um Konflikte um nationale oder religiöse Differenz zu »managen«. Aber diese politischen Kompromisslösungen hielten nationale Gegensätze nicht nur weitgehend friedlich, sondern trugen ebenso dazu bei, solche Gegensätze zu institutionalisieren und dadurch in immer größeren Teilen der Bevölkerung zu verankern.⁸⁰ Nicht zuletzt deshalb wurde das habsburgische Länderkonglomerat auch zum Nährboden für radikale Nationalisten und Rassisten. Nicht zufällig war der spätere Völkermörder Adolf Hitler ein Kind der Habsburgermonarchie, die er wegen ihrer (aus seiner Sicht antideutschen) politischen Kompromisse zutiefst verabscheute. Auch weitere nachmalige Protagonisten ethnischer »Säuberung«

75 Ebd.

76 Ebd.

77 Ebd.

78 Ebd.

79 Zum Geschichtsbild der Sissi-Filme und ähnlicher Althabsburg-Spielfilme im Österreich der 1950er-Jahre: *Michaela Vocelka/Karl Vocelka*, Franz Joseph I. Kaiser von Österreich und König von Ungarn 1830–1916. Eine Biographie, München 2015, S. 11 f.

80 Vgl. *Pieter M. Judson*, The Habsburg Empire. A New History, Cambridge/Mass./London 2016, S. 9–15 und S. 272.

entlang nationaler Trennlinien wie der ursprünglich gemäßigte tschechische bzw. tschechoslowakische Nationalist Edvard Beneš und der kroatische bzw. jugoslawische Kommunist Josip Broz Tito wurden durch ihre Jugend im Habsburgerreich mitgeprägt.⁸¹ Allerdings muss man sehen, dass sich diese drei späteren Spitzenpolitiker – zusammen mit etlichen anderen – vor allem durch die zwischen 1914 und 1945 folgenden zwei Weltkriege und deren Unkultur entfesselter Gewalt radikalisierten.

Vor diesem Hintergrund war Jakschs Ideal von Österreich jedenfalls nicht die ideenlose »Politik des Fortwurstelns« oder »Durchfretens« der meisten Regierungen unter dem greisen Kaiser Franz Joseph, deren kleinschrittige »Politik der Kompromisse [...] den Staat zusehends destabilisierte«,⁸² sondern ein grundlegend reformiertes Österreich, wie es schon 1899 das Brüner Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokraten umrissen hatte und wie es durch die föderalistischen Autonomiepläne der Sozialistenführer Karl Renner und Otto Bauer im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts eindrucksvoll entworfen worden war.⁸³ Nicht ohne Stolz auf diese weit über Österreich hinaus ausstrahlende Parteitradition⁸⁴ erinnerte Jaksch noch 1940 in der »Deklaration der sudetendeutschen Sozialdemokratie« im Londoner Exil daran, dass die »Sozialdemokraten Alt-Österreichs« die Vorteile eines großen habsburgischen Wirtschaftsraumes für alle darin lebenden Völker erhalten wollten.⁸⁵ Daher hätten sie »hartnäckig für den Umbau der Doppelmonarchie in einen demokratischen Nationalitäten-Bundesstaat« gekämpft: »Zwei ihrer führenden Männer, Dr. Karl Renner und Dr. Otto Bauer«, seien zu »wissenschaftlichen Pioniere[n] eines modernen Nationalitä-

81 Vgl. *Arnold Suppan*, Hitler – Beneš – Tito. Konflikt, Krieg und Völkermord in Ostmittel- und Südosteuropa, 3 Bde., Wien 2014.

82 *Helmut Rumpler*, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie, Wien 1997, S. 486 f. Der Begriff des »Fortwurstelns« wurde dem am längsten regierenden österreichischen Ministerpräsidenten Graf Eduard Taaffe (im Amt 1879–1893) fälschlich zugeschrieben, den des »Durchfretens« hatte dieser selbst im Abgeordnetenhaus verwendet; vgl. ebd., S. 486 und S. 599, Anm. 225.

83 Vgl. *Michael Schwartz*, Ethnische »Säuberungen« in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, München 2013, S. 364 f.

84 Vgl. ausführlich ebd., S. 370–392.

85 Vgl. Deklaration der sudetendeutschen Sozialdemokratie vom 10. März 1940 in Holmhurst (London), in: *Prinz*, Wenzel Jaksch, Edvard Beneš, 1973, S. 83–90, hier S. 83.

tenrechts« geworden.⁸⁶ Aus dieser reformistischen statt revolutionären und zugleich nationalitätenföderalistischen statt homogen-nationalistischen »österreichischen Schule«, so betonte Jaksch noch in seinem Todesjahr 1966, »kommen wir sudetendeutschen Sozialdemokraten«.⁸⁷

Keineswegs zufällig also erinnerte die DSAP auf jenem Parteitag von 1935, der ihre schwere Wahniederlage gegen die rechtsnationalistische und alsbald vollends nationalsozialistische »Sudetendeutsche Partei« (SdP) zu verarbeiten hatte und der eben deshalb Wenzel Jaksch als Wortführer einer kämpferischen jüngeren Generation zum stellvertretenden Parteivorsitzenden wählte,⁸⁸ an das Brünner Nationalitätenprogramm von 1899: Damals hätten sich Sozialdemokraten unterschiedlichster Nationalität auf »Grundsätze einer Lösung der nationalen Frage« im habsburgischen Vielvölkerstaat geeinigt, »während sich die Bourgeoisie dieser Nationen wegen derselben Frage bis aufs Messer bekämpfte«.⁸⁹ Freilich wurde die spätere nationale Spaltung dieser Sozialdemokratie in den letzten Jahren vor 1914, die sich auch in der Parteienstruktur der Tschechoslowakei zwischen 1918 und 1938 fortschreiben sollte, nicht miterwähnt. Sie hätte die idyllische Erinnerung an das ältere Brünner Parteiprogramm allzu sehr gestört.

Nur wer jene grundsätzlich kritische und reformorientierte Haltung der österreichischen Sozialdemokratie zum Habsburger-Vielvölkerstaat kennt, vermag auch das Verhältnis der sudetendeutschen Sozialdemokratie und ihres Repräsentanten Wenzel Jaksch zum Nachfolgestaat dieser Habsburgermonarchie zu begreifen. Die Tschechoslowakische Republik (ČSR), die zwischen 1918/19 und 1938/39 existierte, war der zweite Staat im Leben Wenzel Jakschs, in dem seine böhmische Heimat lag und in dem er zusammen mit seinen deutsch-böhmischen Genossen lernen musste, anfängliche großdeutsche Anschlussziele (via Österreich an Deutschland) ad acta zu legen, um stattdessen loyal als Vertreter eines Teils einer nationalen Minderheit im Parlament der Prager Demokratie mitzuarbeiten. Kein Zweifel: Ähnlich wie sein DSAP-Parteichef, der 1920 verstorbene Josef Seliger, dürfte

86 Ebd.

87 *Wenzel Jaksch*, Gedanken zur Ostpolitik, München 1966, S. 4 f., Vorbemerkung vom März 1966.

88 Vgl. *Kern*, Heimat und Exil, 1980, S. 56 f.; der in diesen Wahlen eklatant gescheiterte Parteivorsitzende Dr. Ludwig Czech blieb dennoch bis 1938 im Amt – ebenso wie als Minister der Prager Regierung.

89 *Langkau-Alex*, Internationaler Sozialismus oder Volkssozialismus?, 2000, S. 351 f.

auch Wenzel Jaksch nach dem Zusammenbruch des Vielvölker-Imperiums der Habsburger zunächst die Diagnose geteilt haben: In einer Zeit, in der sich alle Völker – gemäß den konkurrierenden nationalen Selbstbestimmungsparolen des US-Präsidenten Woodrow Wilson und des Sowjetführers Vladimir Lenin – in eigenen Nationalstaaten organisieren wollten, sollte dies auch den Deutschen nicht verwehrt bleiben.

Das war natürlich – ähnlich wie Jakschs spätere Revisionshoffnungen in Bezug auf die Vertreibung der Deutschen nach 1945 – realpolitisch naiv. Und doch imponiert bei Jaksch das lebenslange Beharren auf Rechtsstandpunkten – eine Beharrlichkeit, hinter der nicht nur die altösterreichische Erfahrung der Konfliktberuhigung durch Verrechtlichung steht, sondern auch die humane weltbürgerliche Utopie einer gerechten Welt, die das reformorientierte linke Engagement stets beflügelt hat. Schon Ende 1933 widersprach Wenzel Jaksch als Mitglied des Abgeordnetenhauses der tschechoslowakischen Nationalversammlung freundlich, aber grundsätzlich seinem Koalitionspartner, dem damaligen Außenminister Edvard Beneš, der – durchaus wohlmeinend – die gleichberechtigte Einbeziehung von Deutschen in den öffentlichen Dienst der Tschechoslowakei als lobbyistisch zu regelnde »Frage des Parteieinflusses, des Durchsetzens innerhalb der Regierungsgewalt« betrachtet hatte.⁹⁰ Jaksch reagierte mit der Bemerkung, »dass man diese ernste Frage nicht dem Zufall des politischen Kräftespiels überlassen« dürfe. Denn es handle sich »im Wesentlichen nicht um eine Machtfrage, sondern um eine Rechtsfrage, und ich sage mehr: es geht um eine Frage der Staatsraison, die durch eine grundsätzliche Entscheidung gelöst werden muss. [...] So kristallisiert sich heraus, dass eine dauernde Zusammenarbeit der Nationen dieses Staates auf dem Boden der vertraglichen Lösung angestrebt werden muss.«⁹¹

Weit schärfer kritisierte Jaksch rückblickend den Einsatz tödlicher Waffengewalt durch tschechisches Militär und Polizeikräfte vier Jahrzehnte zuvor: Deren Ziel »bewaffnete[r] Gebietssicherung« mündete in ein »Massaker«, als im März 1919

90 Rede Wenzel Jakschs im Abgeordnetenhaus der tschechoslowakischen Nationalversammlung, 29.11.1933; vgl.: <http://www.psp.cz/eknih/1929ns/ps/stenprot/301schuz/s301007.htm> [abgerufen 14.03.2017]. Für den Hinweis auf diese Quelle und die Zurverfügungstellung der Übersetzung dankt der Verfasser herzlich Herrn Dr. Thomas Oellermann, Prag, und Herrn Ulrich Miksch, Berlin.

91 Ebd.

friedliche sudetendeutsche Demonstrantinnen und Demonstranten gegen die umstrittene Staatsgründung auseinandergetrieben wurden, wobei 54 Menschen (darunter Frauen und Kinder) getötet und über 1.000 weitere verletzt wurden.⁹² Die nationalen Konflikte zwischen deutschösterreichischen und tschechischen Nationalisten in Böhmen waren zu diesem Zeitpunkt schon jahrzehntealt und hatten sich – anders als in Mähren 1905 – trotz wiederholter Bemühungen nicht durch rechtlich vereinbarte, alle Seiten befriedigende Kompromisse lösen lassen.⁹³ Als die Habsburgermonarchie 1918 infolge ihrer Weltkriegsniederlage zerfiel, proklamierten die Tschechen in Prag eine unabhängige »Tschechoslowakische Republik« unter ihrer Führung, während die Deutsch-Böhmen – für die sich später der Sammelbegriff »Sudetendeutsche« einbürgern sollte – sich dieser Republik nicht zugehörig fühlten und versuchten, die mehrheitlich von ihnen bewohnten Grenzgebiete mit der neuen Republik »Deutsch-Österreich« und letztlich mit Deutschland zu vereinen. Dass die besiegten Deutschen und Österreicher das »Selbstbestimmungsrecht der Völker«, das US-Präsident Woodrow Wilson als Grundprinzip für eine gerechte Neuordnung in Europa verheißen hatte, auch für sich selbst in Anspruch zu nehmen versuchten, wurde von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges aber nur in wenigen Ausnahmefällen (durch Volksabstimmungen in manchen umstrittenen Grenzgebieten) akzeptiert. Erst recht abgelehnt wurde ein solches Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen von den tschechischen Politikern in Prag, die zum Teil aus Gründen der historischen Zugehörigkeit der deutschen Siedlungsgebiete zu Böhmen und Mähren (die nun den westlichen Schwerpunkt der neuen Republik bildeten), zum Teil aus wirtschaftlichen und militärstrategischen Motiven nicht auf die Sudetengebiete verzichten zu können glaubten. Auf diese Weise wurden die Sudetendeutschen gegen ihren Willen und durch eine Kombination außenpolitischer und innenpolitischer Machtverhältnisse in die neue Tschechoslowakische Republik hineingezwungen.

Das war kein Einzelfall, sondern in der staatlichen Neuordnungsphase Ost- und Mitteleuropas nach 1918 eher die Regel: Nicht nur die Tschechoslowakei, auch ihre Nachbarstaaten Rumänien und Polen hatten jeweils Millionen von Bürgern mit anderen nationalen Zugehörigkeiten, weil all diese neugegründeten oder

92 Robert Gerwarth, *Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs*, München 2017, S. 249 f.

93 Vgl. Jörg K. Hoensch, *Geschichte Böhmens. Von der slavischen Landnahme bis zur Gegenwart*, München ³1997, S. 360–377 und S. 392–425.

massiv erweiterten Staaten aus der Konkursmasse der osteuropäischen Imperien deren Wohngebiete besetzt und erfolgreich für sich reklamiert hatten – aus historischen und/oder aus ethnonationalen Gründen. Aus offen geostrategischen Motiven hatte die Tschechoslowakei etwa einen kleinen westlichen Teil der heutigen Ukraine (die bis dahin zu Ungarn gehörige sog. »Karpatho-Ukraine« um Uschgorod/Uschhorod) an sich gezogen. Auch zwischen Tschechen und Slowaken – den beiden ungleichen Bestandteilen der »tschechoslowakischen« Hegemonialnation des neuen Staates – gab es Spannungen. Auch wenn die neue Republik ihren nationalen »Minderheiten« deutlich größere Rechte einräumte als vergleichbare Nachbarstaaten, blieb es doch ein massives Gleichberechtigungsproblem, dass sich die Tschechoslowakei trotz ihrer Vielvölkerstruktur als *Nationalstaat* definierte. Alle, die nicht zu dessen führender Nation gehörten, sahen sich dadurch zwangsläufig rechtlich und kulturell benachteiligt.⁹⁴

An den Verfassungsberatungen der neuen Tschechoslowakischen Republik wollten und konnten die Sudetendeutschen aus all diesen Gründen nicht mitwirken, denn diese wurde zwischen 1918 und 1920 allein von einer aus Tschechen und Slowaken bestehenden »Revolutionären Nationalversammlung« umgesetzt. Erst 1920 kam es zu einer parlamentarischen Vertretung der Sudetendeutschen (und anderer nationaler Minderheiten) im neuen Prager Parlament, und erst schrittweise fanden die meisten sudetendeutschen Parteien im Laufe der 1920er-Jahre den Weg von der Negation des neuen Staates zur konstruktiven Zusammenarbeit (»Aktivismus«).⁹⁵ Auch in der Tschechoslowakei schuf die staatliche Neuordnung von 1918/19 somit klare »Gewinner und Verlierer«.⁹⁶ Zugleich aber war und blieb die Tschechoslowakei für zwei Jahrzehnte – trotz ihres Charakters einer unvollkommenen und gefährdeten Demokratie⁹⁷ – im Vergleich mit ihrer mittel- und osteuropäischen Umgebung am ehesten »Mitteleuropas demokratischer Ruhepol«, denn »im Unterschied zu den Nachbarn wurden in der Tschechoslowakei Republik und Demokratie nicht in Frage gestellt, angegriffen oder gar gestürzt«.⁹⁸ Bis

94 Vgl. *Judson*, *The Habsburg Empire*, 2016, S. 447.

95 Vgl. *Schwartz*, *Funktionäre mit Vergangenheit*, 2013, S. 133–148, mit weiterführender Literatur.

96 *Włodzimierz Borodziej/Maciej Gorny*, *Der vergessene Weltkrieg. Europas Osten 1912–1923*, Bd. 2: *Nationen 1917–1923*, Darmstadt 2018, S. 451.

97 Vgl. die kritische Skizze einer »troubled Democracy« bei *Mary Heimann*, *Czechoslovakia. The State that failed*, New Haven/London 2009, S. 48–86.

98 *Walter Rauscher*, *Das Scheitern Mitteleuropas. 1918–1939*, Wien 2016, S. 69f.

Hitlers Aggressionspolitik den tschechoslowakischen Staat 1938/39 zerstörte, war dieser trotz aller strukturellen Schwächen die einzige überlebende Demokratie im Zentrum Europas – umringt von Diktaturen unterschiedlichster Prägung.⁹⁹

Für tschechische Ohren mochte es – zumal nach der brutalen NS-Besatzungspolitik in Tschechien zwischen 1939 und 1945 – kaum akzeptabel klingen, was Jaksch 1965 in mahnender Retrospektive feststellte: »Die Schüsse des 4. März 1919« seien »der Ausgangspunkt des Münchner Abkommens vom 29. September 1938« gewesen.¹⁰⁰ Denn: »Wer Gebiete mit Gewalt erwirbt, der muß damit rechnen, daß sie ihm wieder mit Gewalt abgenommen werden.«¹⁰¹ Aus Jakschs Werthaltung heraus war diese bittere Feststellung nur logisch. Zugleich muss man sehen, dass er Gewaltherrschaft von jeglicher Seite stets scharf verurteilt hat – allen voran die Verbrechen des NS-Regimes. Als nach dem tschechischen Attentat auf Hitlers Prager Statthalter Reinhard Heydrich (zugleich einer der wichtigsten Organisatoren des millionenfachen Völkermords an den europäischen Juden) Mitte 1942 die SS das Dorf Lidice dem Erdboden gleichmachte und dessen Einwohner überwiegend massakrierte,¹⁰² versicherte Jaksch seinem Verhandlungspartner im Londoner Exil, Edvard Beneš, namens der sudetendeutschen Sozialdemokraten, »dass uns die jüngsten schrecklichen Vorgänge in der Heimat nicht minder schmerzlich betroffen haben als unsere tschechischen Freunde«.¹⁰³ Seine Genossen und er hätten ihrer »Empörung über die neuesten Akte barbarischer Grausamkeit mehrfach« öffentlich »in Radio-Kundgebungen Ausdruck geben können«.¹⁰⁴ Tatsächlich nutzte Jaksch als bekannter Hitlergegner im Zweiten Weltkrieg immer wieder

99 Nach zwei Jahrzehnten hatten sich 1918 viele Demokratien in Ost- und Mitteleuropa sämtlich in Diktaturen verwandelt, einzig die CSR war eine stabile Demokratie geblieben; vgl. das Schaubild bei *Dieter Segert*, *Die Grenzen Osteuropas*. 1918, 1945, 1989 – Drei Versuche im Westen anzukommen, Frankfurt am Main/New York 2002, S. 36.

100 Vgl. dieses Zitat aus einer »Ansprache zur 4.-März-Gedenkfeier von Wenzel Jaksch« vom März 1965 in: *Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1916–1967*. Überarbeitete und ergänzte Neuauflage der »Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1918–1959«, hrsg. im Auftrag der Ackermann-Gemeinde von Ernst Nitter, München 1967, S. 503–504, hier S. 503; *Suppan*, *Hitler – Beneš – Tito*, 2014, Bd. 1, S. 355, Anm. 672, bringt ebenfalls dieses und leicht verändert auch das nächstfolgende Jaksch-Zitat, ordnet beide jedoch fälschlicherweise ohne Belegstelle Jakschs Hauptwerk »Europas Weg nach Potsdam« von 1958 zu.

101 Vgl. *Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1916–1967*, S. 503.

102 Vgl. *Robert Gerwarth*, *Reinhard Heydrich*. Biographie, München 2011, S. 17–31 und S. 339–342.

103 Zitiert nach *Suppan*, *Hitler – Beneš – Tito*, 2014, Bd. 2, S. 1234.

104 Ebd.

die Möglichkeit, sich über den britischen Rundfunk an seine in der Heimat verbliebenen Landsleute zu wenden.¹⁰⁵

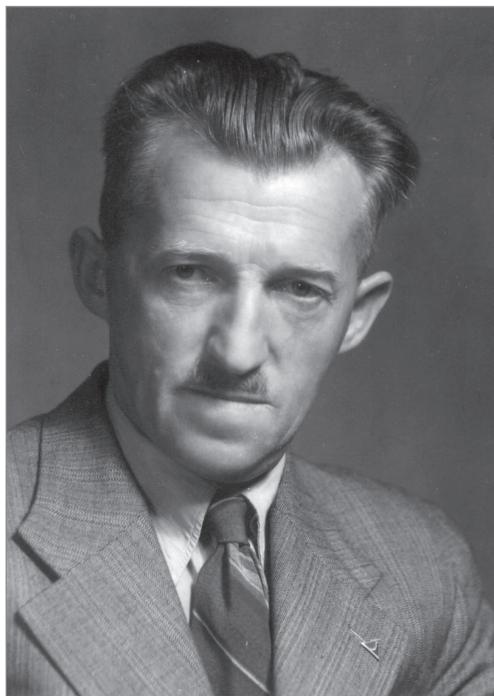
1944 hatte sich Jaksch in London öffentlich jedoch ebenso deutlich gegen den Plan einer kollektiven Vertreibung – »mass transfer« – der sudetendeutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei nach Deutschland ausgesprochen, den die von Beneš geführte tschechoslowakische Exilregierung mit den alliierten Großmächten für das bevorstehende Kriegsende vorbereitete. Das unter anderem von Jaksch geführte »Democratic Sudeten Committee« beharrte darauf, dass auch die drei Millionen Sudetendeutschen ein unbestreitbares Recht (»indisputable right«) hätten, wie ihre Vorfahren im Laufe von siebenhundert Jahren in ihrem Heimatland zu leben. Zugleich forderte Jakschs Komitee eine »Säuberung« des Sudetenlandes vom Nazi-Gangstertum und die Wiederherstellung demokratischer Institutionen. Alle sudetendeutschen Nazis, die Verbrechen am tschechischen Volk begangen hätten, sollten vor tschechische Gerichte gestellt werden; jene hingegen, die sich durch Verbrechen gegen ihr eigenes Volk – z. B. Verfolgung sudetendeutscher Antifaschisten – schuldig gemacht hätten, sollten von den Opfern der Nazi-Unterdrückung gerichtet werden. Wogegen sich aber das Rechtsgefühl Jakschs und seiner Mitstreiter entschieden sträubte, war eine »wholesale nationalist revenge which is bound to be indiscriminate« – also eine unterschiedslose nationalistische Rachepolitik.¹⁰⁶

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs hatte der 1938 in der Sudetenkrise zurückgetretene tschechoslowakische Staatspräsident Edvard Beneš, nunmehr Präsident der neu konstituierten Exilregierung in London, seinem Exilverhandlungspartner Jaksch versichert, die von manchen diskutierten Pläne zu Massenvertreibungen seien geradezu verrückt. Dabei hatte Beneš selbst im September 1938 eine teilweise Zwangsaussiedlung von Sudetendeutschen – im Gegenzug zu Gebietsabtretungen an Deutschland – durchaus erwogen (wofür Jaksch dann ebenfalls nach dem März 1939 im Exil plädierte), und Beneš sollte sich in der Folgezeit solchen Vertreibungsplänen erneut umso mehr öffnen, je stärker diese von Vertretern des tschechischen Widerstands favorisiert wurden.¹⁰⁷ Zugleich musste Beneš

105 Vgl. *Chad Bryant*, *Prague in Black. Nazi Rule and Czech Nationalism*, Cambridge/London 2007, S. 204.

106 Zitiert nach *Suppan*, *Hitler – Beneš – Tito*, 2014, Bd. 2, S. 1240.

107 Vgl. *Bryant*, *Prague in Black*, 2007, S. 99.



Wenzel Jaksch, etwa 1946. Quelle: AdsD, 6/FOTA007040; Rechte: AdsD.

schon bei seiner ersten Begegnung mit Jaksch im Londoner Exil feststellen, dass diesem und anderen sudetendeutschen Hitlergegnern eine gleichberechtigte Föderalisierung der Tschechoslowakei – wie sie der tschechische Spitzenpolitiker auf der Höhe der Sudetenkrise 1938 selbst angeboten hatte – weiterhin wichtig war. Beneš selbst hatte sich davon schon wieder verabschiedet. Entgegen den Forderungen sudetendeutscher Exilpolitiker wie Jaksch oder ihres slowakischen Pendants Milan Hodža blieb er seinen tschechisch-nationalistischen und zentralistischen Grundüberzeugungen treu.¹⁰⁸

Die ČSR, die ihr Gründungspräsident Tomáš G. Masaryk (assistent von seinem Außenminister Beneš) 1918 ausdrücklich als Nationalstaat der Tschechen und Slowaken proklamiert hatte, womit allen übrigen dort lebenden Nationalitäten (Sudetendeutschen, Karpatho-Ukrainern, Ungarn etc.) eine Botschaft der Minder-

108 Vgl. *Heimann*, *Czechoslovakia*, 2009, S. 122.

berechtigung als bloße »Minderheiten« übermittelt worden war,¹⁰⁹ war durch die Friedensschlüsse nach dem Ersten Weltkrieg auch Wenzel Jakschs neues Heimatland geworden. Aber sie war ebenso wenig sein Idealstaat wie das zusammengebrochene habsburgische Österreich. Im Gegenteil: Gerade der bis 1918 eingeübte kritische Blick des Sozialdemokraten auf das real existierende Österreich ermöglichte nach 1918 auch die Kritik der real existierenden Tschechoslowakei, die aus Jakschs Sicht hinter ihren Möglichkeiten deutlich zurückblieb.

Im Falle der Sozialdemokraten musste solche Kritik nicht in hilf- und maßlosen Chauvinismus absinken, wie dies bei vielen bürgerlichen deutschen Nationalisten der Fall war, die sich durch die Kriegsniederlage und die seitherige Dominanz der Tschechen schlicht gedemütigt fühlten und auf eine erneute Umkehrung der Machtverhältnisse sann. Stattdessen dürfte Jaksch die luzide Analyse des SPÖ-Führers Karl Renner geteilt haben, die dieser bei einem Besuch in Prag seinen deutsch-böhmischen Genossen 1926 mit auf den Weg gab. Renner hatte bis 1918 ein reformiertes habsburgisches Vielvölkerreich für die beste Lösung gehalten, nach dem Zusammenbruch der Doppelmonarchie jedoch als Staatskanzler der Republik »Deutsch-Österreich« 1919 den Anschluss dieses Kleinstaates und auch der angrenzenden Sudetengebiete an das neue republikanische Deutschland gewünscht. Ähnlich wie Jaksch war Renner als Sozialdemokrat kein schlichter Nationalist geworden, sondern wollte im Nationalstaat »nur die Vorstufe zur großen Völkergemeinschaft« sehen. Die »Internationale« deutete Renner nach dem augenscheinlichen Sieg des Nationalstaatskonzepts zur »Gemeinschaft der Nationen« um, die »vorher in sich geeinigte Nationen« werden sollten. Für Tomáš G. Masaryk war Renner deshalb nur ein verächtlicher »pangermanistischer Agitator«.¹¹⁰ 1938 hätte dieses bittere Urteil des ein Jahr zuvor verstorbenen Masaryk zugetroffen, als Renner sich offen für den Anschluss Österreichs (und ein halbes Jahr später auch der Sudetengebiete) an Hitlers »Großdeutsches Reich« erklärte, darin den endgültigen Sieg des Nationalstaatsgedankens über die Vielvölkerstaatlichkeit erblickend.¹¹¹ Welch seltsame Ironie des Schicksals, dass derselbe Renner 1945 im kriegszerstörten Wien auf die Truppen des von ihm lebenslang bekämpf-

109 Vgl. *Jaroslav Kučera*, *Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918–1938*, München 1999, S. 9–12.

110 *Rauscher*, Karl Renner, 1995, S. 153.

111 Vgl. ebd., S. 297 und S. 300 f.

ten Sowjetführers Josef Stalin wartete, um einen demokratischen Neuanfang für Österreich jenseits des gescheiterten »Großdeutschen Reiches« zu versuchen. Auch Stalin fragte im Moskauer Hauptquartier damals nach Renner, der doch »viele Jahre zur Führung der österreichischen Sozialdemokratie« gehört habe. Nicht zuletzt aufgrund von Stalins bemerkenswerter Intervention wurde Renner zwischen 1945 und 1950 in der wiedererrichteten Republik Österreich erneut (zuerst als Staatskanzler, dann als Bundespräsident) an führender Stelle aktiv.¹¹²

1926 hatte der von Trotzki als »verwitwete[r] Theoretiker der österreichisch-ungarischen Monarchie«¹¹³ Verhöhnung bei seinem Besuch in Prag jedenfalls nicht ohne Humor festgestellt, »dass der Vielvölkerstaat Tschechoslowakei mit sechs Nationen, sechs Sprachen und unzähligen Parteien« das Habsburgerreich als »das interessanteste Staatswesen Europas« beerbt habe, sodass man sich dort »als Altösterreicher ganz zu Hause« fühlen könne.¹¹⁴ Zugleich aber hatte Renner kritisch hinzugefügt, leider habe die seit 1918 regierende tschechische Bourgeoisie »nichts anderes gelernt, als die Deutschen in ihren Irrtümern zu kopieren«¹¹⁵ – vor allem in der Benachteiligung anderer Nationen. Anders als von tschechoslowakischen Politikern gern behauptet, sei die Tschechoslowakei nämlich keine zweite Schweiz geworden, denn dort sei der Staat »Miteigentum aller Nationen«, die darin lebten, während die ČSR – wie ihr Name schon zeige – nur zwei Staatsnationen kenne und die übrigen Einwohner zu Minderheiten herabdrücke.¹¹⁶ Stalin hatte dasselbe 1925 noch sehr viel brutaler ausgedrückt, als er konstatierte: »Der tschechoslowakische Staat stellt einen Staat des nationalen Sieges der Tschechen dar.«¹¹⁷ Karl Renner kritisierte jedoch nicht nur den tschechischen Nationalismus, sondern richtete auch an die Sudetendeutschen – die damals teilweise noch in Abwehrhaltung zum tschechisch dominierten Staat verharreten – die klare Forderung zur Umorientierung: Man könne das Miteigentum an der Tschechoslowakei nur dann einfordern, wenn man anerkenne, dass die »Anderen« in diesem Staat die Mehr-

112 Vgl. Saage, *Der erste Präsident*, 2016, S. 303–307.

113 Ebd., S. 100.

114 *Karl Renner*, *Das nationale und das ökonomische Problem der Tschechoslowakei*, Prag 1926, S. 1.

115 Ebd., S. 9.

116 Ebd., S. 13.

117 *J. W. Stalin*, *Werke*, 13 Bde., hrsg. vom *Marx-Engels-Lenin-Institut* bzw. *Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut* beim Parteivorstand bzw. ZK der SED, Berlin [Ost] 1950–1955, Bd. 7, S. 52.

heit stellten.¹¹⁸ Diese Lektion hat Wenzel Jaksch, wie sein langjähriges Wirken als Abgeordneter in tschechisch geführten Koalitionsregierungen zeigt, deutlich verinnerlicht. Zugleich aber war er zutiefst von der Berechtigung einer Äußerung des tschechoslowakischen Präsidenten Masaryk aus dem Jahre 1928 überzeugt, die er noch 1958 zitierte und lobte. Masaryk hatte damals alle tschechischen Nationalisten ermahnt, es sei die »Aufgabe der Majorität, die Minorität für den Staat zu gewinnen«.¹¹⁹

Das war der Hintergrund für Wenzel Jakschs politische Synthese, seine loyale Mitarbeit in der Tschechoslowakei mit deutlicher Kritik an ihrer nationalistischen Überformung zu verbinden. Mit Blick auf großdeutsche »Sirenenklänge« aus Hitler-Deutschland forderte Jaksch im November 1933 im Prager Abgeordnetenhaus eine »weise tschechische Staatspolitik«, um auch unter den deutschen »Mitsbürgern« der Republik »der Vernunft zum Siege über das Gefühl zu verhelfen«.¹²⁰ Denn »Verständigungspolitik, zu der wir uns bekennen, verlangt Einsicht auf beiden Seiten, verlangt Verzicht auf billige agitatorische Erfolge eines überheblichen krankhaften Nationalismus, verlangt, dass auch in den kleinen Entscheidungen des Tages der Grundsatz ›leben und leben lassen‹ respektiert wird.«¹²¹ Bei der notwendigen Annäherung von Tschechen und Deutschen ging es laut Jaksch um nichts Geringeres als »um die gegenseitige innere Loyalität [...] und um die Eringung eines solchen Maßes von Nächstenachtung, wie sie zwischen den deutschen, französischen und italienischen Bewohnern der Schweiz schon längst erungen ist«.¹²²

Mit dem Ideal der Schweiz im Hinterkopf sprach Jaksch später von den Sudeten-deutschen als einem »verhinderten Staatsvolk« der Tschechoslowakei – eine Negativerfahrung infolge beidseitigen nationalistischen Denkens und Handelns, die Jaksch dazu brachte, 1959 die Forderung nach einem internationalen »Volksgruppenrecht [...] im Einklang mit den von den Vereinten Nationen verkündeten

118 Vgl. Renner, Das nationale und das ökonomische Problem der Tschechoslowakei, 1926, S. 14.

119 Zitiert nach Schwartz, Funktionäre mit Vergangenheit, 2013, S. 143.

120 Rede Wenzel Jakschs im Abgeordnetenhaus der tschechoslowakischen Nationalversammlung, 29.11.1933; vgl. URL: <http://www.psp.cz/eknih/1929ns/ps/stenprot/301schuz/s301007.htm> [abgerufen am 14.03.2017].

121 Ebd.

122 Ebd.

Menschenrechten« im neuen Godesberger Programm der deutschen Sozialdemokratie zu verankern.¹²³ Schon in der Zwischenkriegszeit hatte Jaksch dem tschechoslowakischen Staatspräsidenten Masaryk vorgeworfen, seine zu Habsburgerzeiten völlig zu Recht erhobenen Gleichberechtigungsforderungen nach 1918 plötzlich der Sicherung tschechischer Vorherrschaft geopfert zu haben, und forderte 1937 »die Änderung der Rechtsposition der Sudetendeutschen von einer sogenannten Minderheit zum ›Zweiten Staatsvolk‹« ein.¹²⁴ 1936 konstatierte Jaksch in seiner Programmschrift über »Volk und Arbeiter«, dass die Versailler Grenzziehungen »nicht das letzte Wort der Geschichte« sein könnten, wolle man nicht der NS-Diktatur den »unerhörte[n] taktische[n] Vorteil« überlassen, alle daraus resultierenden Probleme zu instrumentalisieren.¹²⁵ Für die Sudetendeutschen schwebte Jaksch damals kein Anschluss an Deutschland vor, sondern Gleichberechtigung innerhalb einer zu reformierenden tschechoslowakischen Demokratie: Europa könne »bei einem Minderheitenschutz nicht gedeihen, der in einer ganzen Reihe von Staaten nur auf dem Papier steht« – womit Jaksch die Realität der damaligen Minderheitenschutzpolitik des Völkerbundes treffend auf den Punkt brachte.¹²⁶ Mit Blick auf die Tschechoslowakei fügte Jaksch kritisch hinzu: »Auch das tschechisch-deutsche Zusammenleben harrt noch einer positiven Sinngebung und organischen Gestaltung. Entweder wird ein wirklicher Minderheitenschutz geschaffen, der von Volk zu Volk verbürgt und durch besondere Schiedsgerichte gesichert ist, oder Europa wird weiter von eiternden Wunden bedeckt bleiben, die zur nationalistischen Vergiftung seines ganzen Körpers führen.«¹²⁷

Ihre Nationalitätenkonflikte jedoch schleppte die Prager Demokratie mit ähnlich mutlosem »Fortwursteln« durch zwei Jahrzehnte wie zuvor die späte Habsburger-

123 Zitiert nach *Myriam Goinard*, Nationsverständnis der sudetendeutschen Sozialdemokraten im 20. Jahrhundert, in: *Rainer Hudemann/Manfred Schmeling* (Hrsg.), *Die ›Nation‹ auf dem Prüfstand – La ›Nation‹ en question – Questioning the ›Nation‹*, Berlin 2009, S. 33–45, hier S. 40 f.

124 Ebd., S. 15 und S. 25; dieses Gleichberechtigungsziel versuchte Jaksch bereits 1929 beim Regierungseintritt seiner Partei zu verankern; vgl. *Bachstein*, Wenzel Jaksch, 1974, S. 40.

125 *Jaksch*, Volk und Arbeiter, 1936, S. 33 f.

126 Ebd., S. 43 f.; zum europäischen Minderheitenschutz-System *Martin Scheuermann*, Minderheitenschutz kontra Konfliktverhütung? Die Minderheitenpolitik des Völkerbundes in den zwanziger Jahren, Marburg 2000; zum Kontext *Arno Barth*, »Störfaktoren entfernen?« Minderheitenpolitik als Risikoabwägung im Langen Ersten Weltkrieg, Frankfurt am Main 2021.

127 *Jaksch*, Volk und Arbeiter, 1936, S. 44.

monarchie, in der viele ältere Prager Politiker sozialisiert worden waren.¹²⁸ Ähnlich wie den Habsburgern gelangen der ČSR dabei durchaus kleinere Kompromisse: Was in Alt-Österreich der Mährische Ausgleich von 1905 gewesen war, hätte in der ČSR 1937 die tschechische »Zusage der sprachlich-kulturellen Gleichberechtigung und der *Proportionalität* im öffentlichen Dienst und bei öffentlichen Arbeiten« sein können, an die Jaksch noch Jahrzehnte später gern erinnerte.¹²⁹ Der große Reformwurf jedoch blieb aus: Der viel zu spät im September 1938 unter Nutzung sudetendeutsch-sozialdemokratischer Vorschläge entwickelte »Vier-*te Plan*« zur föderalistischen Staatsreform der Tschechoslowakei, der in vielem an das erinnerte, was einst »Karl Renner und Otto Bauer für die Habsburgermonarchie entwickelt hatten und der heute etwa in Südtirol verwirklicht ist«,¹³⁰ vermochte nichts mehr zu wenden. Jaksch kommentierte rückblickend: »In einem Zustand gleichberechtigter Partnerschaft zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken hätte es im Sudetenland kaum jemals eine Anschlußmehrheit [der Sudetendeutschen zugunsten Hitler-Deutschlands] gegeben, vorausgesetzt, daß der übernationale Staat seiner Bevölkerung auch die wirtschaftlich-soziale Aufstiegsmöglichkeit geboten hätte.«¹³¹ Dass dies nicht hinreichend geschah, war umso verheerender, als sich seit der Weltwirtschaftskrise ab 1929 nationale Konflikte mit ökonomischen verschränkten.¹³² Zudem blieben neben dem sudetendeutschen auch das slowakische und das karpatho-ukrainische Partizipationsproblem ungelöst. Alle drei Konflikte konnten daher von Hitler 1938/39 leicht zur schrittweisen Zerstörung der tschechoslowakischen Demokratie instrumentalisiert werden.¹³³

128 Vgl. die Kritik eines sudetendeutschen Wirtschaftsvertreters am wirtschaftspolitischen »Fortwursteln der Regierung« vom März 1931, die auch auf tschechischer Seite – etwa beim früheren Handelsminister Hotowetz – auf Zustimmung gestoßen sei, bei *Christoph Boyer*, Nationale Kontrahenten oder Partner? Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der CSR (1918–1938), München 1999, S. 107.

129 *Jaksch*, Unser geschichtlicher Auftrag, 1956, S. 25.

130 *Suppan*, Hitler – Beneš – Tito, 2014, Bd. 1, S. 504 f.

131 *Jaksch*, Deutsch-Tschechische Partnerschaft in europäischer Sicht, 1963, S. 18.

132 Vgl. *Rauscher*, Das Scheitern Mitteleuropas, 2016.

133 Vgl. *Schwartz*, Ethnische »Säuberungen« in der Moderne, 2013, S. 335–337.

Der Europäer: Nationalitätenföderalismus und wirtschaftliche Integration

Im März 1939 mit knapper Not den einmarschierenden Schergen Hitlers aus Prag entkommen, stellte Wenzel Jakschs im Exil verfasste Programmschrift »Was kommt nach Hitler?« letztendlich die Kernfrage: Wie kann man Mittel- und Osteuropa neu und dauerhaft friedlich gestalten? Zum einen in Abgrenzung von der 1938/39 gescheiterten Friedensordnung von Versailles, die – nicht nur in der Tschechoslowakei – vermeintliche Nationalstaaten geschaffen hatte, welche eigentlich Vielvölkerstaaten gewesen waren – und daher auch als solche hätten organisiert werden müssen. Zum anderen in noch schärferer Distanzierung vom damals zwar triumphierenden, aufgrund seiner rücksichtslosen Gewaltorientierung jedoch letztendlich zum Scheitern verurteilten NS-Imperium.

Jakschs 1939 formulierte Überzeugung, dass eine gerechte Neuordnung Europas zwischen den Völkern »nur durch einen Kompromiß entschieden werden« könne, der auf Menschenrechten und Völkerrecht basieren müsse,¹³⁴ knüpfte an seine Reformüberzeugungen aus zehnjähriger tschechoslowakischer Parlamentsarbeit an. Sie sollte sein weiteres Leben begleiten und kehrte 1963 in Jakschs Forderung wieder, man müsse in Mitteleuropa nach einer Geschichte wechselnder Dominanz und Unterdrückung endlich »von der Vorherrschaft zur Partnerschaft« fortschreiten.¹³⁵ Das war die *Europäisierung* der alten habsburgischen Erfahrung, trotz kompromissloser Nationalisten auf allen Seiten immer wieder (wenn auch leider nicht immer) gemäßigte gemeinsame Kompromisse gefunden zu haben – Kompromisse, die rechtsstaatlich ausformuliert und gerade deshalb langfristig tragfähig gemacht worden waren. Noch in den 1960er-Jahren gab der Sudeten-deutsche Wenzel Jaksch der Bundesrepublik Deutschland den Rat, man möge im Hinblick auf eine neue Ostpolitik aus dem »Erfahrungsgut der österreichischen Nationalitätenpolitik« lernen.¹³⁶ Solche Lernfähigkeit war allerdings von einer

134 Prinz, Wenzel Jaksch – Edvard Beneš, 1973, S. 69.

135 Vgl. Jaksch, Von der Vorherrschaft zur Partnerschaft, 1963.

136 Eva Hahn/Hans Henning Hahn, Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte, Paderborn 2010, S. 108.

politischen Kultur, die entweder von traditioneller »reichsdeutscher« Geringschätzung österreichischer Erfahrungen¹³⁷ oder von schlichter Unwissenheit geprägt war, kaum zu erhoffen.

Verkürzend wird häufig aus Jakschs Antwort auf die Frage »Was kommt nach Hitler?« vom Frühjahr 1939 nur ein einziger Punkt zitiert, dass nämlich Jaksch in dieser Exilschrift die Zwangsumsiedlung nationaler Minderheiten befürwortet habe,¹³⁸ wovon er erst später, als es ab 1945 seine Sudetendeutschen treffen sollte, plötzlich nichts mehr habe wissen wollen. Tatsächlich taucht ein »organisierter Bevölkerungsaustausch« in dieser Schrift auf. Verschwiegen wird aber häufig, dass dieser Austausch nur ein Mittel unter mehreren sein sollte, um eine »definitive Bereinigung der offenen Grenzen« im Rahmen einer übernationalen staatlichen Föderation zu erreichen. Zusätzlich dachte Jaksch alternativ an »reziproke Minderheitenschutzabkommen«. Sein Reformprogramm für die europäische Krisenregion enthielt außerdem Überlegungen über wirtschaftliche, finanzielle und militärische Strukturen der anzustrebenden »innereuropäischen Föderation«, die sich an bereits existierenden Vorbildern wie der Schweiz oder den USA orientieren sollte: »Als Entwicklungsschema ist der Werdegang der [Schweizerischen] Eidgenossenschaft vom Staatenbund zum Bundesstaat von anregendster Bedeutung.«¹³⁹ Es ging um »eine gesamteuropäische Neuordnung [...] durch einen Kompromiss zwischen dem abstrakten Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes und der Zusammenfassung nach Wirtschaftsräumen [...], ergänzt durch das Unionsprinzip.«¹⁴⁰

Dieser föderativ-demokratische Rahmen gibt Jakschs Umsiedlungsvorschlag einen ganz anderen Kontext als das Modell einer separaten nationalstaatlichen Homogenisierung, das etwa den griechisch-türkischen Zwangstransfer von Lausanne

137 Im Ersten Weltkrieg hatte Friedrich Naumann in seinem programmatischen Buch über »Mitteleuropa« gegen die reichsdeutsche Verachtung Österreichs anzuschreiben versucht und dazu aufgefordert, von Österreich und vor allem von dessen Nationalitätenpolitik zu lernen. Vgl. *Michael Schwartz*, Zwei Visionen von Mitteleuropa. Paul de Lagarde versus Friedrich Naumann, in: *Tobias Sarx, Rajah Scheepers/Michael Stahl* (Hrsg.), Protestantismus und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte von Kirche und Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Jochen-Christoph Kaiser zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2013, S. 217–232.

138 Vgl. *Hahn/Hahn*, Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 178.

139 Zitiert nach *Prinz*, Wenzel Jaksch – Edvard Beneš, 1973, S. 76–78.

140 Zitiert nach *Suppan*, Hitler – Beneš – Tito, 2014, Bd. 2, S. 1391.

1923 prägte, ganz zu schweigen von den Zwangsumsiedlungen Hitlers, die dieser just zur selben Zeit wie Jaksch – aber vor dem »Großdeutschen Reichstag« nach seinem Sieg über Polen im Oktober 1939 – mit der triumphalen Ankündigung einer umfassenden »neue[n] Ordnung der ethnographischen Verhältnisse« in Osteuropa verband.¹⁴¹ Im Grunde verharrte Jaksch mit seinem – an sich durchaus problematischen – Umsiedlungsvorschlag auf dem Boden der Versailler Politik der Siegermächte des Ersten Weltkrieges. Diese hatten um 1920 nicht nur eine Zwangsumsiedlung von Reichsdeutschen aus dem an Frankreich gelangten Elsass-Lothringen toleriert, sondern zur selben Zeit exakt jene später von Jaksch übernommene Kombination von Minderheitenumsiedlung und Minderheitenschutz für südosteuropäische Staaten in unterschiedlicher Gewichtung verbindlich zu machen versucht.¹⁴²

Im Kern erinnert Jakschs Föderationsplan von 1939 an einen weiteren altösterreichischen Reformvorschlag der Jahre nach 1900, als der ungarische Rumäne Aurel Popovici eine Reorganisation der Habsburgermonarchie als »Vereinigte Staaten von Groß-Österreich« propagierte und zu diesem Zwecke die Bildung von ethnisch möglichst homogenen Bundesstaaten vorgeschlagen hatte.¹⁴³ Trotz seiner begrenzten (problematischen) Einbeziehung der Umsiedlungspolitik erscheint Jakschs Konzept von 1939 insgesamt eher als modernisierte Variante der habsburgischen Reformdiskussionen nach 1900. Zudem könnte man Jakschs Pläne als demokratische Variante des Nationalitätenföderalismus der Sowjetunion deuten, der (freilich von einer totalitären Parteidiktatur domestizierte) nationale Republiken mit Hegemonialnationen und Minderheitsnationen nebeneinandergestellt hatte. Nicht zuletzt präsentierte Jaksch damit eine deutsch-böhmische Variante dessen, was der slowakische Reformpolitiker Milan Hodža parallel zu Jaksch während des Zweiten Weltkrieges als »Donauföderation« propagierte – jener tschechoslowakische Ministerpräsident der Jahre 1935 bis 1938, dessen Koalition Jaksch loyal mitgetragen hatte. Dieser Koalition konnte er die minderheitenpolitischen Zugeständnisse des Jahres 1937 abringen. Ähnlich wie Jakschs Vorbilder

141 Schwartz, *Ethnische »Säuberungen« in der Moderne*, S. 396–424 (zu Lausanne) und S. 429–444 (zu Hitler).

142 Vgl. Philipp Ther, *Die dunkle Seite der Nationalstaaten. »Ethnische Säuberungen« im modernen Europa*, Göttingen 2011, S. 86–89 und S. 91–95.

143 Schwartz, *Ethnische »Säuberungen« in der Moderne*, 2013, S. 371.

Renner und Bauer hatte auch Hodža zu den reformorientierten Nachwuchspolitikern der späten Habsburgermonarchie gehört, welche die ungerechten Nationalitätenverhältnisse hatten beheben wollen. Nicht zufällig stammte Hodža, ebenso wie Popovici, aus dem multinationalen Beraterkreis des in diesen Fragen reformorientierten österreichisch-ungarischen Thronfolgers Franz Ferdinand, der jedoch 1914 jenem Attentat serbischer Nationalisten zum Opfer gefallen war, dessen Folgewirkungen dann den Ersten Weltkrieg auslösten.¹⁴⁴

Der sudetendeutsche Kommunist Karl Kreibich warf Wenzel Jaksch 1946 öffentlich vor, dieser habe die Flagge des »Pangermanismus«, des »Alldeutschtums«, das letztlich alle deutschen Bevölkerungsgruppen unterschiedlichster Staaten zu einem einheitlichen Großreich zusammenschließen wollte und dabei eine ebenso antiwestliche wie antislawische Stoßrichtung aufwies,¹⁴⁵ von Henlein, dem SdP-Führer und nachmaligen Statthalter Hitlers im Sudetenland, übernommen und ins Londoner Exil eingeschleppt. Ähnlich wie auch einige sozialdemokratische Kritiker attackierte Kreibich den Umstand, dass Jaksch seine schon in Prag geschlossene Freundschaft mit dem Ex-Nazi (und Ex-Sozialdemokraten) Otto Strasser – dem 1933 aus Deutschland emigrierten Bruder des von Hitler 1934 ermordeten NS-Führers Gregor Strasser – in London fortgesetzt habe. Jaksch hatte laut Kreibich sogar ein Vorwort für ein alldeutsches Buch Strassers geschrieben, das sich von Hitlers Anschauungen nur geringfügig unterschieden habe. Tatsächlich war Jaksch mit Strasser lange befreundet, aber politisch keineswegs immer einer Meinung mit ihm.¹⁴⁶ Und statt eines großdeutschen Pamphlets im Sinne jener rechtsgerichteten »Alldeutschen«, die schon Kaiser Wilhelm II. als zu lasch befunden hatten und deren Verbandschef Heinrich Claß von 1933 bis 1945 in Hitlers gleichgeschaltetem Reichstag saß,¹⁴⁷ hatte Strasser 1939 ein Buch über »Das Europa

144 Vgl. zu Hodža: Ebd., S. 331, 336, 371 und 377; ferner *Alma Hannig*, Franz Ferdinand. Die Biographie, Wien 2013, S. 92 f.; *Jean-Paul Bled*, Franz Ferdinand. Der eigensinnige Thronfolger, Wien/Köln 2013, S. 144 und 146; allerdings gehörte kein Tscheche zum multinationalen Beraterkreis um den Thronfolger (ebd., S. 225), obschon dieser mit einer Tschechin verheiratet war.

145 Vgl. *Florian Ruttner*, Pangermanismus. Edvard Beneš und die Kritik des Nationalsozialismus, Freiburg 2019, der außerdem die kritische Position Masaryks behandelt.

146 Vgl. *Hans-Werner Martin*, »...nicht spurlos aus der Geschichte verschwinden«. Wenzel Jaksch und die Integration der sudetendeutschen Sozialdemokraten in die SPD nach dem II. Weltkrieg (1945–1949), Frankfurt am Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1996, S. 252 f.

147 Vgl. *Johannes Leicht*, Heinrich Claß (1868–1953). Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn/Berlin, 2012, S. 389–410 und S. 420 f.

von morgen« herausgebracht. Darin nahm dieser Bezug auf das Denken des 1937 verstorbenen früheren tschechoslowakischen Präsidenten Masaryk, der seinerseits 1920 ein dezidiert anti-alldeutsches Buch über »Das neue Europa« herausgebracht hatte. Jakschs Vorwort, das offensichtlich nicht jeder Kritiker gelesen oder begriffen hatte, betonte nicht nur, dass die »deutsche Frage [...] von der Aufgabe der europäischen Neuordnung nicht zu trennen« sei,¹⁴⁸ sondern hob zugleich die große Bedeutung des Denkens Masaryks für eine solche Neuordnung hervor: »Aus Masaryk spricht ein kämpferischer Humanismus und ein demokratischer Realismus. Ohne daß wir uns dieser Methoden bedienen lernen, ist kein Ausweg aus dem Zeitalter der Rechtlosigkeit zu sehen. Man muß Masaryk lesen, um dem Angsttraum zu entrinnen, daß die heutigen Diktaturen nur von neuen Schreckensherrschaften abgelöst werden könnten.«¹⁴⁹ Das schrieb Jaksch mitten in der von Hitler entfachten »Sudetenkrise« am 19. September 1938. Otto Strasser lobte er bei dieser Gelegenheit als einen Deutschen, »der aus dem Kriegserlebnis [von 1914/18] als Sozialist und Nationalist hervorgegangen ist, ohne dann später diese Gesinnung in den Dienst eines ungeistigen und zutiefst amoralischen Cäsarrentums zu stellen, wie so viele andere.«¹⁵⁰ Das war alles andere als alldeutsch – und denkbar weit von Hitler entfernt.

Anstatt, wie seine kommunistischen Gegner insinuierten, vom Naziführer Henlein den alldeutschen Nationalismus ins linke Lager eingeschleppt zu haben, war Wenzel Jaksch, damals schon »einer der prominentesten sudetendeutschen Sozialdemokraten, 1937 zweimal im Auftrag der Prager Regierung nach London« gereist, um gegenüber der britischen Regierung »Henleins Behauptung zu widersprechen, es gebe keinen Platz für Deutsche in einem tschechoslowakisch dominierten Staat«.¹⁵¹ Das war absolut staatsloyal, aber Jaksch hoffte zugleich auf eine innere Föderalisierung der CSR durch die demokratischen Kräfte innerhalb aller dort lebenden Völker. Die Chancen dafür sanken im Schlüsseljahr 1938 drastisch: »Wieviel Boden Jakschs Partei [...] schon gegenüber Henlein verloren hatte«, dessen »Sudetendeutsche Partei« damals alle alten bürgerlichen Parteien aufzog, kann man dem Historiker Ray M. Douglas zufolge daran ermessen, dass die su-

148 Zitiert nach *Otto Strasser*, *Europa von morgen*. Das Ziel Masaryks, Zürich 1939, S. 7.

149 Zitiert nach ebd., S. 7 f.

150 Zitiert nach ebd., S. 9.

151 *Douglas*, »Ordnungsgemäße Überführung«, 2012, S. 28.

detendeutsche Sozialdemokratie »ihre frühere Forderung nach einer autonomen deutschen Region innerhalb der Tschechoslowakei aufgeben musste, weil sie befürchtete, deren Erfüllung werde das Sudetenland dem Reich [Hitlers] ausliefern«. ¹⁵²

Im Falle Jakschs überlebte die Hoffnung auf eine demokratisch-föderative Neuordnung Europas sogar die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges. Seine moralische Integrität als Antifaschist wird manchmal mit Unterstellungen vermischt – wenn etwa wider alle Evidenz behauptet wird, Jaksch sei »schon vor dem Krieg der ethnonationalistischen großdeutschen Ideologie verpflichtet gewesen« ¹⁵³ und habe auf dieser Basis nach dem Zweiten Weltkrieg als einer der ersten Sudetendeutschen »Anklagen gegen die Alliierten« erhoben, »als die besiegten Nazis noch zur Zurückhaltung gezwungen waren«. ¹⁵⁴ Ähnlich wie deutsche Konzepte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts hinsichtlich einer Neuordnung von »Mitteleuropa« eine denkbar unterschiedliche Ausrichtung nehmen konnten, ¹⁵⁵ bedeuteten der Nationalismus eines Adolf Hitler, eines Konrad Henlein, eines Heinrich Claß und eines Wenzel Jaksch nicht dasselbe. Anstatt einen großdeutschen Ethnonationalismus (oder gar Rassismus) zu verabsolutieren, hat Jaksch mit seiner moralischen Autorität als Hitlergegner kontinuierlich eine föderative Lösung der Verhältnisse der Völker Europas propagiert. Wenn daran etwas »großdeutsch« war, so war dies ein die Rechte auch anderer Völker gleichrangig achtendes demokratisches Großdeutschtum, gewiss keines vom Schlage der Alldeutschen oder gar Hitlers. Außerdem wurde dies eingebettet in eine demokratisch-föderative Gesamtlösung für Europa. Damit war Jakschs nationales Denken wiederum etwas völlig anderes als das rassistische NS-Imperium Hitlers, das zwar zeitweilig weite Teile Europas umfasste, aber an seinem Übermaß an Gewalttätigkeit und Despotismus ebenso scheiterte wie an seiner mangelhaften Integrationsfähigkeit anderer Nationen und Nationalismen. ¹⁵⁶

1940 forderte Jaksch für die Sudetendeutschen im Londoner Exil nicht die rücksichtslose Beibehaltung des Münchner Abkommens, er brandmarkte vielmehr

152 Ebd.

153 *Hahn/Hahn*, Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 417.

154 Ebd.

155 Vgl. *Schwartz*, Zwei Visionen von Mitteleuropa, 2013.

156 Vgl. *Mark Mazower*, Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, München 2009, S. 509–554.

beide einseitigen Diktate der jüngeren Vergangenheit – den Vertrag von St. Germain 1919 zulasten der Sudetendeutschen ebenso wie jenen von München 1938 zulasten der Tschechen, die jeweils einem der beteiligten Völker aufgezwungen worden seien. Für die Zukunft forderte Jaksch »eine definitive Entscheidung über das staatliche Schicksal der Sudetengebiete vorzubereiten, welche unter freier und gleichberechtigter Mitwirkung der sudetendeutschen Bevölkerung erfolgt«. ¹⁵⁷ Zweifellos reklamierte Jaksch damit ein Selbstbestimmungsrecht für die Sudetendeutschen über ihre künftige staatliche Zugehörigkeit, aber er forderte dieses Recht »im Geiste der europäischen Solidarität« und im Bewusstsein der tiefen wirtschaftlichen und geografischen Verbundenheit der Sudetengebiete mit Böhmen, Mähren und Schlesien. ¹⁵⁸ Letztlich hoffte er wohl auf ein überwölbendes friedliches Miteinander im Rahmen einer europäischen Föderation. Für Tschechen wie Präsident Beneš allerdings war eben diese Tatsache, dass die Führung der sudetendeutschen Exil-Sozialdemokratie 1939/40 »nicht zu einem Widerruf von München bereit« war, obwohl dieses von Hitler erzwungene internationale Abkommen für die Tschechen ein Trauma darstellte, der »Kern seines Bruches mit Jaksch«. ¹⁵⁹

Das »Scheitern Mitteleuropas« zwischen 1918 und 1939 hatte wesentlich damit zu tun, dass »der Zerfall des gemeinsamen Wirtschaftsgebiets der Habsburgermonarchie [...] zu einer ökonomischen Kleinstaaterei« geführt hatte, bei der »alle Ansätze für eine mitteleuropäische Wirtschaftsunion scheiterten« ¹⁶⁰ – und zwar »vor allem am nationalpolitischen Aspekt am Dogma uneingeschränkter staatlicher Souveränität, das eine Abgabe von Kompetenzen im Dienste einer funktionierenden Zusammenarbeit praktisch untersagte«. ¹⁶¹ Der britische Ökonom John M. Keynes hatte schon 1919 scharfsichtig kritisiert, dass die Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg die ökonomische Erholung Europas nicht förderten, sondern behinderten und namentlich in Mittel- und Osteuropa bisherige große Wirtschaftsräume multinationaler Imperien in feindselige Kleinstaaten zerteilt hatten: Nationale Rivalitäten statt kontinentaler Kooperation waren die fatale Folge. ¹⁶²

157 *Prinz*, Wenzel Jaksch – Edvard Beneš, 1973, S. 86 und S. 89.

158 Ebd.

159 *Suppan*, Hitler – Beneš – Tito, 2014, Bd. 2, S. 1405.

160 *Rauscher*, Das Scheitern Mitteleuropas, 2016, S. 181.

161 Ebd., S. 181 f.

162 Vgl. *Richard Davenport-Hines*, *Universal Man. The Lives of John Maynard Keynes*, New York 2015, S. 112.



Wenzel Jaksch im Londoner Exil,
1938.

Quelle: AdsD, 6/FOTA065722;
Rechteinhaber nicht ermittelbar.

In »Was kommt nach Hitler?« hatte 1939 auch Wenzel Jaksch diese (durch die schwere Weltwirtschaftskrise ab 1929 noch gesteigerte) Notwendigkeit großräumiger wirtschaftlicher Kooperation im Rahmen einer künftigen europäischen Föderation als Ziel hervorgehoben. Noch als »Ostpolitiker« in der Bundesrepublik Deutschland um 1960 glaubte Jaksch, eine Verständigung der europäischen Völker durch die Förderung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen zwischen West und Ost vorantreiben zu können. Als Willy Brandt als frischgebackener Vizekanzler und Außenminister der Bundesrepublik am Sarge Jakschs Ende 1966 dessen große Bedeutung für die Erarbeitung einer »konstruktiven deutschen Ostpolitik« würdigte,¹⁶³ war dies nicht nur dahingesagt. Bereits 1965 hatte Brandt – damals noch als Oppositionsführer – in einem Gespräch mit dem französischen Präsidenten Charles de Gaulle »die Vorschläge von Wenzel Jaksch als Präsidenten des

¹⁶³ Zitiert nach Seliger-Gemeinde, Landesverband Hessen, Wegbereiter, 1998, S. 22.

Bundes der Vertriebenen über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Osteuropa« ausdrücklich als zukunftsweisend hervorgehoben.¹⁶⁴

Noch sein Nach-Nachfolger als BdV-Präsident, der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Czaja, konnte sich 1974 bei seinem Eintreten für Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ostblock »gegenüber kritischen Stimmen beim BdV« explizit »auf Wenzel Jaksch berufen«.¹⁶⁵ Tatsächlich war es Ende der 1950er-Jahre eine von Jaksch geleitete »Arbeitsgruppe für die Beziehungen zu den Ostblockstaaten« im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages gewesen, die mit ihren »Empfehlungen für eine flexiblere Ostpolitik« der Ostpolitik der Bundesrepublik »wichtige Impulse« gegeben hatte, an die ein CDU-Bundesaußenminister der 1960er-Jahre »mit der Einrichtung von Handelsmissionen in osteuropäischen Staaten später anknüpfte«.¹⁶⁶ Bei Jaksch trug diese durchaus rest-marxistische Hoffnung auf Wandel durch Wirtschaft wiederum ein habsburgisches Erbe in sich: Schon um 1900 hatte ein österreichischer Ministerpräsident zeitweilig erfolgreich versucht, Nationalitätenkonflikte wie den deutsch-tschechischen durch Konzentration auf gemeinsame Wirtschaftsprojekte zu entschärfen.¹⁶⁷ Dieses »begabten und fähigen Bürokraten« Ernest von Koerber¹⁶⁸ erinnerte sich Jaksch, im Unterschied zu vielen anderen Politikern der Habsburgerzeit, noch nach Jahrzehnten mit Wertschätzung. Ausdrücklich erwähnte Jaksch 1958 in seinem historiografischen Hauptwerk »Europas Weg nach Potsdam« die Bestrebungen des damals von vielen längst vergessenen Wiener Ministerpräsidenten, die widerstreitenden Nationalismen durch gemeinsame Wirtschaftsprojekte zu zähmen und zur Kooperation zu bewegen. Auch Koerbers Versuch, nationale Gerechtigkeit im Bildungswesen herzustellen, hatte Jaksch nach all den Jahrzehnten nicht vergessen. Ausdrücklich lobte er die »Vernunft der Regierung« unter Koerber, die er offenbar als wegweisend

164 Vermerk des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, über ein Gespräch mit dem französischen Präsidenten, de Gaulle, 2. Juni 1965, in: Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Bd. 3, Bonn 2004, S. 480–486, hier S. 483.

165 Herbert Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland? Mangel an Solidarität mit den Vertriebenen. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik, Frankfurt am Main 1996, S. 496.

166 Stephan Bierling, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen, München/Wien 2005, S. 33 f.

167 Vgl. Ian D. Armour, A History of Eastern Europe 1740–1918. Empires, Nations and Modernization, London/New York 2012, S. 205.

168 Robert A. Kann, Geschichte des Habsburgerreiches 1526 bis 1918, Wien/Köln/Graz, 1993, S. 387 f.

empfund.¹⁶⁹ Das gemeinsame Interesse an wirtschaftlicher Verflechtung hatte freilich weder den Ersten Weltkrieg noch den Zerfall der Habsburgermonarchie verhindert.

Vor dem Hintergrund solcher Kontinuitätslinien war der Ansatz der »neuen Ostpolitik« Willy Brandts in den 1960er- und 1970er-Jahren, die gefährliche Konfrontation des Kalten Krieges dadurch zu mildern, dass man mit der kommunistischen Gegenseite zu wirtschaftlicher Kooperation und politisch-militärischer »Entspannung« gelangte, weit weniger sinnlos, als dies Jaksch zuletzt scheinen wollte. Jaksch bekämpfte die kommunistischen Regierungen ebenso scharf wie diese ihn.¹⁷⁰ Entsprechend schmerzlich war für ihn die sich gegen Mitte der 1960er-Jahre vollziehende Veränderung der sozialdemokratischen Ostpolitik: Aus einem anfänglichen Brückenbauer dieser neuen Politik wurde er zusehends zu deren Bremser und Gegner. Jaksch beanspruchte für die Vertriebenen ein »Mitspracherecht bei der Ostpolitik der Bundesregierung« und namentlich für die Sudetendeutsche Landsmannschaft »ein Vetorecht bei den außenpolitischen Beziehungen mit Prag.«¹⁷¹ Gegen Ende seines Lebens blieb dies nicht mehr unwidersprochen: Die ARD thematisierte im August 1966 diese als unangemessen betrachtete »Widerstandspolitik der Vertriebenen«,¹⁷² und Kritik an Jaksch kam immer stärker gerade aus den Reihen seiner eigenen Partei, der SPD.¹⁷³

Besonders empfindlich reagierte Jaksch, wenn allzu große realpolitische Offenheit gegenüber den kommunistischen Diktaturen Osteuropas mit historischer Unwissenheit einherging, begriff doch Jaksch »Ostpolitik« nicht zuletzt »als Bildungsaufgabe«, bei der sich Deutsche bemühen müssten, die Sprachen, Geschichten, Mentalitäten der osteuropäischen Völker ernsthaft kennenzulernen.¹⁷⁴ Als der

169 Vgl. *Jaksch*, Europas Weg nach Potsdam, 1958, S. 93 f., wobei Koerbers Vorname fälschlich »Ernst« lautet.

170 Vgl. *Michael Schwartz*, Antikommunismus und Vertriebenenverbände. Ein differenzierter Blick auf scheinbar Eindeutiges in der frühen Bundesrepublik Deutschland, in: *Stefan Kreuzberger/Dierk Hoffmann* (Hrsg.), »Geistige Gefahr« und »Immunsierung der Gesellschaft«. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 161–176.

171 *Heike Amos*, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949–1989, München 2011, S. 142.

172 Ebd., S. 142, Anm. 275.

173 Ebd., S. 142.

174 *Wenzel Jaksch*, Gedanken zur Ostpolitik, hrsg. von der Seliger-Gemeinde, München o. J. [1967], S. 23–25.

aufstrebende Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete Helmut Schmidt 1966 in einem Parlamentsausschuss über seine kurz zuvor erfolgte aufsehenerregende Ostblockreise berichtete, zog die dabei zur Schau getragene Mischung aus Selbstgewissheit und Uninformiertheit den geballten Zorn seines sudetendeutschen Genossen auf sich.¹⁷⁵ Schmidt – der wenig später zum Fraktionschef der SPD im Bundestag und einige Jahre darauf zum Bundesminister und schließlich zum Bundeskanzler aufsteigen sollte – hatte auch die Tschechoslowakei besucht. In seinem Reisebericht ließ er nicht nur Wertschätzung für Kommunisten wie Gustáv Husák erkennen¹⁷⁶ – den späteren Generalsekretär und Staatspräsidenten der ČSSR, der als Opfer des Stalinismus zuerst zu den »bedeutende[n] Akteuren des Erneuerungsprozesses« der 1960er-Jahre gehörte,¹⁷⁷ bevor er nach dem sowjetischen Einmarsch von 1968 diesen »Prager Frühling« zu liquidieren half.¹⁷⁸ Außerdem beging Helmut Schmidt den Fehler, gegenüber Jaksch schlicht von einem »tschechoslowakischen Volk« zu sprechen, ohne zwischen Tschechen und Slowaken zu differenzieren.¹⁷⁹ Ganz anders der Slowake Husák, der im Herbst 1968 pünktlich zum 50. Gründungstag der Tschechoslowakei seinem slowakischen Volk eine autonome Republik zum autoritären Geschenk machte.¹⁸⁰

Der christdemokratische Bundestagsabgeordnete Herbert Czaja erlebte 1966 in besagtem Bundestagsausschuss einen »Eklat zwischen Wenzel Jaksch und Helmut Schmidt«, wie er einen solchen zwischen Parteifreunden in seinem langen politischen Leben weder zuvor noch danach je beobachtet habe.¹⁸¹ Jaksch warf demnach Schmidt vor, sich naiv von kommunistischen Funktionären hereingelegt haben zu lassen, worauf Schmidt »angesichts dieses heftigen Angriffs [...] mit der ihm üblichen Arroganz« reagiert habe.¹⁸² Laut Czaja wurde der Streit »zusehends unsachlicher und ging ins Persönliche über«.¹⁸³ Die DDR-Propagandamaschinerie bemerkte von alledem nichts: Das »Neue Deutschland«, dem es offenbar darum

175 Czaja, *Unterwegs zum kleinsten Deutschland?*, 1996, S. 290.

176 Ebd., S. 383.

177 Martin Schulze Wessel, *Der Prager Frühling. Aufbruch in eine neue Welt*, Stuttgart 2018, S. 28.

178 Ebd., S. 29.

179 Hartmut Soell, *Helmut Schmidt*, Bd. 1: 1918–1969 – Vernunft und Leidenschaft, München 2003, S. 528.

180 Vgl. Tom Nairn, *Faces of Nationalism. Janus revisited*, London/New York 1997, S. 152.

181 Czaja, *Unterwegs zum kleinsten Deutschland?*, 1996, S. 290.

182 Ebd.

183 Ebd.

ging, den SPD-Entspannungspolitiker bei den allzu empfangsbereiten kommunistischen Genossen in Prag zu diskreditieren, brachte stattdessen heftige Angriffe auf »Major Schmidt« (den ehemaligen Wehrmachtsoberleutnant damit befördernd) und warf diesem unsinnigerweise vor, einen »Präventivkrieg« gegen den Ostblock zu propagieren. Zudem wurde Schmidt angelastet, »enge Kontakte mit seinem berüchtigten Parteifreund Wenzel Jaksch« zu unterhalten.¹⁸⁴ Das war von der Wahrheit denkbar weit entfernt, doch Jaksch galt in der Propaganda des Ostblocks als Gottseibeius schlechthin, gegen den jahrzehntelang alle noch so »absurden Vorwürfe« gerichtet werden konnten.¹⁸⁵

Der Zusammenstoß zwischen Jaksch und Schmidt von 1966 signalisierte eine »tiefer werdende Kluft« zwischen Jaksch und der SPD.¹⁸⁶ Das bedeutete eine Wiederabwertung für die zuvor zeitweilig von der SPD-Führung heftig umworbenen Vertriebenenfunktionäre: Herbert Czaja hatte 1966 den Eindruck, Schmidt habe Jaksch und auch ihn schlicht für »nationalistische Vertriebenenpolitiker« gehalten¹⁸⁷ – also für lästige, unbelehrbare Hindernisse der neuen Entspannungspolitik. Schmidts zusätzlich geäußerte Meinung, eigentlich hätten Leute wie Czaja oder Jaksch nach 1945 doch besser nach Österreich statt nach Westdeutschland gehen sollen, zeugte nicht nur von »Unkenntnis der tatsächlichen Vertreibungsvorgänge und der Lage Österreichs«.¹⁸⁸ Zudem kam unterschwellig ein Ressentiment gegen die ungebetenen Zwangszuwanderer zum Ausdruck, das sich an aktuellen Konflikten über die Ostpolitik neu entfachte. Auf Czajas vermittelnde Frage im Bundestagsausschuss von 1966, ob sich Schmidt »mit Jaksch nicht auf der Linie des Godesberger Programms und dem dort postulierten Recht auf die Heimat sowie dem Volksgruppenschutz« würde »einigen« können, reagierte Schmidt laut Czaja mit schroffer Ablehnung.¹⁸⁹ Damit verwarf der Exponent einer jüngeren SPD-Politikergeneration just jene politischen Festlegungen, die für Jaksch essenziell waren.

184 Soell, Helmut Schmidt, Bd. 1, 2003, S. 528 f.

185 Vgl. Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, München 2009, S. 201.

186 Wolfgang Fischer, Heimat-Politiker? Selbstverständnis und politisches Handeln von Vertriebenen als Abgeordnete im Deutschen Bundestag 1949–1974, Düsseldorf 2010, S. 324.

187 Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland?, 1996, S. 383.

188 Ebd., S. 383, wobei Czaja Schmidt nur bis ins Jahr 1918 zurückreichende mitteleuropäische Geschichtskennntnisse attestierte – »und das in tschechischer Auslegung«.

189 Ebd., S. 290.

Die »neuen Ostpolitiker« der Ära Brandt/Schmidt gingen in der Folgezeit über das differenzierte mitteleuropäische Wissen und über die weniger differenzierten ostpolitischen Einwände der organisierten Vertriebenen hinweg. Mit ihrer Form der Entspannungspolitik sicherten sie in den 1970er-Jahren den Frieden eines beständigen Kalten Krieges zumindest für Europa (was nicht wenig ist) – zugleich aber trugen sie auch zum Fortbestand der kriselnden kommunistischen Diktaturen bei. Als das polnische Volk 1981 aufbegehrte und per Kriegsrecht unterdrückt wurde, traf der damalige SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt ungerührt den SED-Generalsekretär Erich Honecker in der DDR. Was hätte Wenzel Jaksch dazu gesagt?

Der Sudetendeutsche in der SPD: Vertriebenenpolitik und Neue Ostpolitik

Wäre Wenzel Jaksch, hätte er damals noch gelebt, 1981 überhaupt noch Sozialdemokrat gewesen? In einer seit 1966 sehr veränderten deutschen Sozialdemokratie, in der bereits sein einstiger Gegner Helmut Schmidt im Zuge der Nachrüstungsdebatten zum Rechtsaußen abgestempelt und vom linken Parteiflügel offen alleingelassen wurde? Herbert Czaja zumindest zeigte sich überzeugt: »Jaksch wäre es wie Rehs ergangen, wenn er noch gelebt hätte.«¹⁹⁰ Reinhold Rehs, jener SPD-Bundestagsabgeordnete und ostpreußische Vertriebenenpolitiker, der 1967 kurz nach Jakschs Unfalltod dessen Nachfolger als Präsident des »Bundes der Vertriebenen« (BdV) geworden war, hatte 1969 – von Willy Brandts Ostpolitik tief enttäuscht – die SPD demonstrativ verlassen und war zur CDU übergetreten.¹⁹¹

Aber Rehs und Jaksch waren sehr unterschiedliche Persönlichkeiten. Der bürgerliche Rechtsanwalt mit adliger Ehefrau gegen den sozialdemokratischen Landarbeitersohn und vom Maurer zum Ehrendoktor aufgestiegenen Autodidakten; der Ostpreuße mit völkischer und NSDAP-Vergangenheit und einem Beitritt erst zur Nachkriegs-SPD gegen den lebenslangen Sozialdemokraten, für den die Partei innere Heimat war; der trockene Jurist gegen den intellektuell brillanten, aber aufbrausenden Parteisoldaten.¹⁹² Zweifellos hing Wenzel Jaksch an seiner Partei – primär gewiss an der deutsch-böhmischen, aber mit Vorbehalten auch an der SPD. Gemeinsame Exilvergangenheiten, wie sie Jaksch, Brandt und dessen Vorgänger als SPD-Chef Erich Ollenhauer zusammenführten, stärkten diese sekundäre Parteibindung. Ähnlich wie kommunistische Dissidenten, die unter einem Parteiausschluss regelrecht litten, hätte Wenzel Jaksch den eigenen Parteiaustritt zweifellos als schmerzenden Heimatverlust empfunden. Auch war er zeitlebens ein Kämpfer: »Nie ließ er nach im Kampf um das, was er als richtig erkannte«,

190 Ebd., S. 331.

191 Vgl. *Matthias Stickler*, »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzung der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972, Düsseldorf 2003, S. 269–271.

192 Vgl. zu Rehs: *Schwartz*, Funktionäre mit Vergangenheit, 2013, S. 108–110 und S. 175–177.

wie sein Parteichef Brandt 1966 treffend erinnerte.¹⁹³ Jaksch hätte in der SPD eher lautstark gekämpft, statt resigniert zu weichen. Erfolgreich aber – so viel steht fest – wäre er in diesem Kampf ebenso wenig gewesen wie in etlichen anderen seines Lebens. Auch daran gemahnte Brandt in seiner Gedenkrede, als er mit Blick auf Jakschs vergeblichen Kampf gegen die Vertreibung der Sudetendeutschen erklärte: »Dieser aufrechte Mann mußte erleben, daß die Ereignisse stärker waren als er. Und wenn wir heute auf sein Leben zurückschauen, so drängt sich die Frage auf, wie oft er dieses hat erleben müssen.«¹⁹⁴ Hätte er länger gelebt, hätte Jaksch mit seiner Sozialdemokratie wohl stärker hadern müssen als je zuvor – und Willy Brandt wäre vermutlich auch persönlich ein Teil dieser Kette von Enttäuschungen geworden. Aber gegen einen Austritt stand der Begriff der Treue, der schon im Namen der von Jaksch 1939 gegründeten »Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten« im Exil einen hohen Stellenwert hatte¹⁹⁵ – und den Brandt am Sarge Jakschs auch im Hinblick auf die SPD beschwor, als er »die Treue der Partei für einen treuen Mann« bezeugte.¹⁹⁶ Für Sozialdemokraten dieser Generationen waren das nicht nur Worthülsen – auch wenn Brandt vor langer Zeit einmal einen Austritt aus der SPD vollzogen hatte; auch wenn Jaksch vor gar nicht so langer Zeit einen solchen Austritt zumindest beinahe vollzogen hätte.

1972 – auf dem Höhepunkt des erbitterten Parteienstreits um die neue Ostpolitik der sozialliberalen Regierung unter Brandt – machte der frühere CDU-Bundesvertriebenenminister Heinrich Windelen zielgerichtet öffentlich, was bis dahin »nur sehr wenige« wussten – nämlich Jakschs »1958 erklärten Austritt aus der Partei« und dessen Begründung.¹⁹⁷ Tatsächlich hatte Wenzel Jaksch im Oktober 1958, nach einem ausführlichen kritischen »Tatsachenbericht« über die Marginalisierung von Vertriebenenvertretern und Vertriebeneninteressen in der SPD, gegenüber Parteichef Ollenhauer seinen Parteiaustritt erklärt. Er hatte diesen Schritt jedoch nie öffentlich gemacht und Anfang 1959 – nach hektischen innerparteilichen Bemühungen zum Kitten dieses Bruchs – auch wieder zurückgenommen.¹⁹⁸ Wie sich zeigen sollte, hatte Jaksch mit dieser nichtöffentlichen Eskalation die

193 Zitiert nach *Seligler-Gemeinde, Landesverband Hessen, Wegbereiter*, 1998, S. 21.

194 Ebd.

195 *Prinz, Wenzel Jaksch – Edvard Beneš*, 1973, S. 24.

196 Zitiert nach *Seligler-Gemeinde, Landesverband Hessen, Wegbereiter*, 1998, S. 21.

197 *Heinrich Windelen, SOS für Europa*, Stuttgart 1972, S. 82–87.

198 Vgl. *Müller, Die SPD und die Vertriebenenverbände*, 2012, S. 94–97.

SPD-Führung erfolgreich genötigt, den Vertriebeneninteressen weit größere Beachtung zu schenken als bisher. 1960/61 berief der neue erstmalige SPD-Kanzlerkandidat Brandt Jaksch sogar in sein »Schattenkabinett« – ausgerechnet für jenes Amt des Bundesvertriebenenministers, das Brandt als neugewählter Bundeskanzler weniger als ein Jahrzehnt später (1969) für immer abschaffen sollte. Jakschs Nominierung war das sichtbare Zeichen für eine massive »Charme-Offensive« der Sozialdemokratie um die Gunst der Vertriebenen¹⁹⁹ und namentlich um die Gunst der Vertriebenenorganisationen, die 1959 eingesetzt hatte und »auch gegen innerparteiliche Widerstände« durchgehalten wurde.²⁰⁰ Im Gegenzug vermochten im 1957/58 gegründeten »Bund der Vertriebenen« zwischen 1964 und 1970 Sozialdemokraten zu dessen Präsidenten aufzusteigen – zuerst Wenzel Jaksch, dann Reinhold Rehs. Jaksch, der sudetendeutsche Fremde in der deutschen Sozialdemokratie, gelangte quasi vom Rand ins Herrschaftszentrum – ebenso wie derselbe sozialdemokratische Fremde im damals wesentlich rechtsnational geprägten Führungszirkel des BdV. Beides war nicht selbstverständlich, beides blieb prekär. Vor allem in der deutschen Sozialdemokratie blieb der um Einfluss und Gestaltungsmacht kämpfende Jaksch letztlich ein Fremder.

Immerhin: Wenzel Jakschs »Abtritt vom Austritt«,²⁰¹ sein kritischer und fordernder Verbleib in der SPD, hatte ihm zwischen 1960 und 1966 zum Höhepunkt seines politischen Einflusses in der Bundesrepublik und auch in der SPD verholfen. Hatte Jaksch 1958 noch befürchtet, dass sozialdemokratische Ostpolitik in »Gegnerschaft« zu den Vertriebenenverbänden geraten und dadurch die Selbstisolation und »Ohnmacht des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik« bewirken würde,²⁰² versuchte die SPD seit »1959 mit ihrer parteipolitischen Umgestaltung im Godesberger Programm auch die Vertriebenen stärker anzusprechen«,²⁰³ Seit der Zäsur des Volkspartei-Parteitags von Godesberg schien Jaksch die Festigung eines Bündnisses zwischen SPD und BdV zu gelingen, das seinem alten Ideal vom klassenübergreifenden Volkssozialismus bestens entsprochen haben dürfte.

199 Ebd., S. 109 f. und S. 118.

200 *Fischer*, Heimat-Politiker?, 2010, S. 322.

201 *Müller*, Die SPD und die Vertriebenenverbände, 2012, S. 91.

202 Ebd., S. 94.

203 *Gerhard Hopp*, Machtfaktor auch ohne Machtbasis? Die Sudetendeutsche Landsmannschaft und die CSU, Wiesbaden 2010, S. 115.



Wenzel Jaksch, Herbert Wehner und Willy Brandt auf der SPD-Tagung »Sozialdemokratie und Nation«, 26. Juni 1965. Quelle: AdsD, 6/FOTA007045; Rechteinhaber nicht ermittelbar.

Die von Jaksch durch seine Austrittsdrohung erzwungene Annäherung der SPD an die Vertriebenen ging mit Treuebekundungen zur in den 1950er-Jahren formulierten »Heimatpolitik« einher – bis hin zur schnittigen Parole »Verzicht ist Verrat« im Grußwort der SPD-Führer Ollenhauer, Brandt und Wehner beim Deutschlandtreffen der Schlesier von 1963.²⁰⁴ Folgerichtig schmückte auf dem Karlsruher SPD-Parteitag von 1964 unter dem Motto »Erbe und Auftrag« eine große Karte Deutschlands in den Grenzen von 1937 den Tagungssaal.²⁰⁵ Die Reichsgrenzen von 1937 – der offizielle Bezugspunkt für bundesdeutsche Revisionsansprüche – enthielten bekanntlich nicht die Sudetengebiete, die erst 1938 infolge

204 Fischer, *Heimat-Politiker?*, 2010, S. 322f.; zur bundesrepublikanischen Vertriebenenpolitik im Vergleich zur DDR: Michael Schwartz, *Assimilation versus Incorporation. Expellee Integration Policies in East and West Germany after 1945*, in: Manuel Borutta/Jan C. Jansen (Hrsg.), *Vertriebene and Pieds-Noirs in Postwar Germany and France. Comparative Perspectives*, Houndmills/New York 2016, S. 73–94.

205 Soell, *Helmut Schmidt 1918–1969*, 2003, S. 524.

des Münchner Abkommens an Deutschland gelangt waren. Doch für viele sudetendeutsche Vertriebenenfunktionäre – für Rechte wie den langjährigen Bundesverkehrsminister Hans-Christoph Seebohm ebenso wie für den Linken Wenzel Jaksch – war das Münchner Abkommen noch keineswegs »gestorben«. Jenseits von Sonntagsreden, wie namentlich Seebohm sie riskierte, dachte Jaksch dabei aber auch an eine Politik der kleinen Schritte: Bereits 1961 vermochte er den Vertriebenen zu einem großen Erfolg im Bundestag zu verhelfen, als zwei SPD-Anträge zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten auf sein Betreiben hin »völlig umgestaltet« wurden – in Entschliefungen, die dortige Lage genau zu beobachten, einschließlich der Lage der dort noch lebenden deutschen Minderheiten.²⁰⁶

Im Juni 1964 trat Jaksch – damals frischgekürter Verbandschef des BdV – direkt an Bundeskanzler Ludwig Erhard heran, um für den damals national wie international massiv in die Kritik geratenen Bundesminister Seebohm eine Lanze zu brechen.²⁰⁷ Kurz zuvor hatte dieser, zugleich Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, im Mai 1964 auf ihrer Jahrestagung die Ostpolitik jener Bundesregierung kritisiert, der er selbst angehörte. Dabei hatte Seebohm das ominöse Münchner Abkommen von 1938 als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts der Sudetendeutschen ausdrücklich hervorgehoben. Diese Äußerung wiederum hatte Bundeskanzler Erhard, damals gerade auf Staatsbesuch in den USA, als »absolut unmöglich« verurteilt. Nicht nur die Sudetendeutsche Landsmannschaft, sondern auch der neue BdV-Präsident und SPD-Oppositionspolitiker Jaksch überzogen Erhard daraufhin mit »massive[r] Kritik«, zumal der Kanzler hatte deutlich werden lassen, dass er Seebohm nur aus Rücksicht auf vertriebene Wähler nicht sofort entlassen habe.²⁰⁸

206 Czaja, *Unterwegs zum kleinsten Deutschland?*, 1996, S. 231 f.

207 Vgl. Bund der Vertriebenen, Präsident Dr. Jaksch MdB, an Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard, 5.6.1964, in: Bundesarchiv Koblenz, B 234/737.

208 *Manfred Kittel*, *Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961–1982)*, München 2007, S. 78 f. Czaja verweist darauf, dass Seebohm 1963 allerdings auch – freilich mit weit geringerem Medienecho – auf einem Treffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft feierlich um »*Verzeihung für die deutschen Untaten* gebeten und ein Zusammenwirken mit Tschechen und Slowaken angeregt« hatte, das wechselseitige »Verdrängung und Vertreibung ausschließen sollte«. Vgl. Czaja, *Unterwegs zum kleinsten Deutschland?*, 1996, S. 275 (Hervorhebung im Original).

Gegenüber dem Bundeskanzler attackierte der sudetendeutsche SPD-Politiker namens des BdV auch noch die führende liberale US-Zeitung »New York Times« wegen deren Kritik an Seebohms Rede zum Münchner Abkommen. Hier wurde eine sehr alte Rechnung beglichen, denn mit dem Autor des NYT-Artikels fokussierte Jaksch den prominenten US-Journalisten Cyrus L. Sulzberger jr., ein Mitglied der jüdischen Eigentümerfamilie der »NYT«, der nicht nur in den politischen Eliten der USA und Europas, sondern auch der Bundesrepublik bestens vernetzt war. Jaksch teilte dem zweifellos verblüfften Erhard mit, durch Sulzbergers Attacke werde die Souveränität der Bundesrepublik auf eine Weise missachtet, die sich die USA nicht einmal gegenüber Panama oder Sansibar erlauben würden. Außerdem müsse man wissen, dass derselbe US-Journalist schon 1943 dem tschechoslowakischen Exilpräsidenten Beneš »in einem großen Interview die Möglichkeit verschaffte, seine Vertreibungspläne vor der amerikanischen Öffentlichkeit zu popularisieren«. ²⁰⁹ Das war sachlich zutreffend, ²¹⁰ wurde aber von Jaksch, der seinerzeit im Londoner Exil vergeblich versucht hatte, diese Vertreibungspolitik zu verhindern, hochemotional kommentiert: »Gegenüber diesen ausländischen Lehrmeistern der Bundesrepublik wäre gelegentlich die Feststellung am Platze, daß auch Massenvertreibungen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind, und genauso verdammenswert wie Hitlers Unmenschlichkeiten.« ²¹¹

Als der sudetendeutsche Sozialdemokrat 1964 zum Präsidenten des »Bundes der Vertriebenen« gewählt wurde, kommentierte die »Süddeutsche Zeitung« hellsichtig, diese Wahl lasse »wichtige Rückschlüsse sowohl auf die Position der SPD innerhalb der bundesrepublikanischen Gesellschaft als auch auf die Sinnesart der organisierten Vertriebenen in Westdeutschland« zu. ²¹² Zwar stehe Jaksch mit »manchmal eigensinnige[n]« Ansichten quer zu üblichen Schablonen; gleichwohl beweise sein Aufstieg zum BdV-Präsidenten, dass große Teile der Vertriebenen

209 Bund der Vertriebenen, Präsident Dr. Jaksch MdB, an Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard, 5.6.1964, in: Bundesarchiv Koblenz, B 234/737, Bd V, S. 2.

210 Vgl. zum Beneš-Interview Sulzbergers von 1943: *Cyrus L. Sulzberger, A Long Row of Candles. Memoirs and Diaries (1934–1954)*. New York 1969, S. 203 f.; zu Sulzbergers internationaler Vernetzung, auch mit deutschen Spitzenpolitikern vgl. *C.[yrus] L. Sulzberger, An Age of Mediocrity. Memoirs and Diaries 1963–1972*. New York 1973, S. 63 f., S. 110 und S. 156.

211 Bund der Vertriebenen, Präsident Dr. Jaksch MdB, an Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard, 5.6.1964, in: Bundesarchiv Koblenz, B 234/737, Bd V, S. 2.

212 Die SPD und die Vertriebenen, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 3.3.1964.

nicht mehr davon ausgingen, dass nur rechtsgerichtete Politiker ihre Interessen vertreten könnten. Freilich sei Jakschs Aufstieg im BdV für die SPD zweischneidig. Sie vertiefe einerseits das gute Verhältnis zwischen beiden Großorganisationen, gebe andererseits jedoch Jaksch innerhalb der SPD ein ungleich größeres Gewicht als zuvor, was ihn zu einem »lästigen Frondeur« machen könnte. Künftig würden »falsche politische Zungenschläge der Vertriebenen« auch die SPD tangieren – »eine Last, die bisher nur die CDU zu tragen hatte«. ²¹³

Das war gut prognostiziert. Bald schon sollte die Presse mit Blick auf öffentliche Fehlritte von Vertriebenenpolitikern der CDU und der SPD sarkastisch feststellen: »Was den einen ihr Seebohm, ist den anderen ihr Wenzel Jaksch.« ²¹⁴ Die »Stuttgarter Zeitung« zog anlässlich des Todes von Jaksch 1966 das treffende Fazit, seit dieser 1964 BdV-Präsident geworden sei, sei er für die SPD »noch unbequemer« und »zugleich noch wertvoller geworden«. ²¹⁵ Für seinen Parteichef Willy Brandt war »Jaksch« eingestandenermaßen »kein einfacher Partner, zumal in Fragen der Vertriebenenpolitik, doch er blieb bis zu seinem Tod Ende 1966 ein leidenschaftlicher deutscher Sozialdemokrat, in seinem Verständnis ein Gesamt-europäer von freiheitlicher Gesinnung«. ²¹⁶ Das war sicher richtig – und verdeckte doch eine relativ große Eigenständigkeit und geistige Unabhängigkeit des Sudenteutschen, der in der deutschen Sozialdemokratie ein Neuling war und trotz seines Aufstiegs immer ein kooptierter Fremder blieb. Als 1969 Jakschs langjähriger SPD-Fraktionskollege und Nachfolger als BdV-Präsident Reinhold Rehs zur CDU übertrat und seither die SPD im Wahlkampf massiv attackierte, bemerkte ein gut informierter Beobachter, dieses vorbehaltlose Engagement erkläre sich aus der Vorgeschichte, »denn seinerzeit ist Rehs sehr viel entschiedener als Präsident Jaksch (der ja auch SPD-Abgeordneter war) für die SPD eingetreten«. ²¹⁷ Jaksch hatte sich offenbar stets einen mentalen Vorbehalt bewahrt – Treue um Treue, aber auch nur dann.

213 Alle Zitate ebd.

214 *Gerhard Schoenberger*, Zwischen Jaksch und Oder-Neiße, in: Spandauer Volksblatt v. 6.11.1964.

215 Zum Tode von Wenzel Jaksch: Vorkämpfer des Rechts, in: Stuttgarter Zeitung v. 28.11.1966.

216 *Brandt*, Links und frei, 1982, S. 209.

217 Friedrich v. Wilpert an Bundespresseamt, »vertraulich«, 10.7.1969, in: Bundesarchiv Koblenz, B 145/9873.

Die vollständige »ost- und deutschlandpolitische Neuorientierung seiner Partei«, die auf dem Nürnberger Parteitag von 1968 mit der »Anerkennung und Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung« erfolgte, erlebte Jaksch nicht mehr.²¹⁸ Insofern muss offenbleiben, wie viel Wahrheitsgehalt in der 1972 vom christdemokratischen SPD-Konkurrenten Windelen verbreiteten Behauptung steckt, Jaksch habe sich nicht nur 1958/59, sondern auch in den 1960er-Jahren »immer wieder [...] mit Austrittsgedanken« sowie mit der »Idee« getragen, »eine neue Partei oder ›Patriotische Mitte‹ zu gründen«.²¹⁹ Hätte der lebenslange Parteisoldat seiner Partei untreu werden können? Oder war diese Partei – die reichsdeutsch geprägte westdeutsche Sozialdemokratie – aus Jakschs Sicht seiner eigentlichen Sache, der Sache der sudetendeutschen Sozialdemokratie, untreu geworden? Dann wäre sein Parteiaustritt nur eine folgerichtige Reaktion darauf gewesen, dass das vertriebenenpolitische Credo »Verzicht ist Verrat« für die SPD nicht mehr unbedingt gelten sollte, sondern schrittweise zurückgenommen wurde.

Es gibt Indizien, dass Jaksch gegen Ende seines Lebens die Gründung einer eigenständigen neuen Partei zumindest ernsthaft in Erwägung gezogen hat. Der Historiker und Politologe Günter Reichert, geboren 1941 in Mährisch Ostrau (Ost-rava) und später unter CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl von 1992 bis 2000 Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung, berichtet als glaubwürdiger Zeitzeuge darüber, dass Jaksch Mitte der 1960er-Jahre mit einigen Studenten – darunter auch ihm – die Chancen einer von ihm zu gründenden neuen politischen Bewegung oder Partei diskutiert habe: »Der Zeitraum des Gesprächs müsste zwischen dem Beginn des Sommersemesters 1965 und dem Tod von WJ gelegen haben. Es fand in Bonn statt. [...] WJ hatte – trotz seines persönlich engen Kontakts mit Willy Brandt aus der Prager Zeit 1938/39 – Rückhalt in der SPD verloren, er war ja bereits von Hessen nach Nordrhein-Westfalen auf die dortige SPD-Liste gewechselt. [...] Inhaltlich – wieder in vager Erinnerung – ging es nicht expressis verbis um die Idee der Gründung einer neuen Partei, sondern darum, dass die damals staatstragenden Parteien Defizite in den Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen erkennen ließen und dass darüber gesprochen werden müsse, ob ein Raum für eine neue nationalbewusste (aber mit dem Auftrag des Brücken-

218 Fischer, *Heimat-Politiker?*, 2010, S. 323 f.

219 Windelen, *SOS für Europa*, 1972, S. 87.

baus zu den östlichen Nachbarn versehene) und sozial ausgerichtete bestünde. Das Gespräch endete – zumindestens für mich – ohne irgendwelche Vereinbarungen. Es gab diesbezüglich auch keine weiteren Kontakte.«²²⁰

Diese Zeitzeugenbekundung bestätigt im Kern die Behauptung Windelens von 1972, auch wenn dieser den Sachverhalt im politischen Parteienstreit gezielt zugespitzt haben mag (»immer wieder«). Zugleich wissen wir, dass derlei Gedankenspiele von Jaksch nie in die Tat umgesetzt worden sind. Jaksch hat unter dem ostpolitischen Kurswechsel der SPD zweifellos gelitten und diesen bekämpft – aber er hat dies faktisch bis zuletzt *als SPD-Politiker* getan, nicht jenseits der Sozialdemokratie. Im Übrigen betrachtete Jaksch das schrittweise Abrücken vom Revisionismus mit Blick auf die verlorenen Vertreibungsgebiete keineswegs als Sonderproblem der SPD, sondern – durchaus zutreffend – als übergreifenden Trend in der westdeutschen Gesellschaft. Im Dezember 1965 rief er die organisierten Vertriebenen dazu auf, »der moralischen Müdigkeit Widerstand [zu] leisten«, welche »die geistigen Führungsschichten unseres Volkes ergriffen« habe, und der »Kapitulationsbereitschaft« und den »Versuchungen der Resignation« entgegenzuwirken.²²¹

Im März 1966 organisierte Jaksch eine gemeinsame Sitzung der Präsidien von SPD und BdV, auf der Willy Brandt für die Sozialdemokratie den »Grundsatz« bekräftigte, »so viel wie möglich von Deutschland für die Deutschen zu erringen«.²²² Das war immer noch ein Ja zum (friedlichen) Grenz-Revisionismus, klang aber nicht mehr so bedingungslos und kämpferisch wie früher (»Verzicht ist Verat«). Zuvor waren auf demselben Treffen erhebliche Meinungsunterschiede deutlich geworden. Einerseits hatte Jaksch »auf die verständliche Erregung unter den Vertriebenen über alle jene Erklärungen hin[gewiesen], die die nationale Substanz unseres Volkes in Frage stellen wollen«²²³ – womit er die damals allenthalben kontrovers diskutierte Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutsch-

220 Freundliche E-Mail-Mitteilungen von Herrn Dr. Günter Reichert, Bad Honnef, an den Verfasser vom 23. und 24. Februar 2017, für die ich sehr herzlich danke.

221 *Anna Jakubowska*, Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen (1957–2004). Selbst- und Fremddarstellung eines Vertriebenenverbandes, Marburg 2012, S. 77 und S. 44, Anm. 34.

222 Protokoll der Gemeinsamen Sitzung des Präsidiums des BdV und des Präsidiums der SPD am 11.3.1966, in: Bundesarchiv Koblenz, B 234/738, S. 2.

223 Ebd., S. 1.

land mit ihrer Akzeptanz der Oder-Neiße-Grenze (und damit des endgültigen Verlusts der Vertreibungsgebiete) gemeint haben dürfte, die er im Oktober 1965 öffentlich scharf verurteilt hatte.²²⁴ Demgegenüber betonte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Fritz Erler auf der gemeinsamen Sitzung der BdV- und SPD-Führungen »ausdrücklich [...], daß es nicht angehe, Probleme der deutschen Ostpolitik [...] den Vertriebenen allein zu überlassen.«²²⁵ Damit bestritt ein führender Sozialdemokrat das ostpolitische Vetorecht des BdV.²²⁶

Im Juli 1966 konstatierte Wenzel Jaksch in einer internen Lagebeurteilung vor dem BdV-Präsidium offen einen deutlichen »Rückschritt« in der ostpolitischen Haltung der SPD seit dem Parteitag von 1964. Gleichwohl signalisierte er nicht die Möglichkeit seines Parteiaustritts, sondern im Gegenteil sein Bestreben nach größtmöglicher Mobilisierung aller vertriebenenfreundlichen Kräfte in der SPD, wobei er neben Druck auf Parteichef Brandt vor allem auf Unterstützung durch Herbert Wehner setzte. Ausdrücklich warnte Jaksch »vor jedem Pessimismus«: Man könne nicht nur den Patriotismus unter Einheimischen für den BdV »nutzbar machen«, sondern verfüge auch über Gleichgesinnte im ostpolitischen Beirat der SPD. Wenn Jaksch die Stärke des BdV bei Wahlen stärker spürbar werden lassen wollte, sollte dies zweifellos die SPD auf Kurs halten bzw. zurückzwingen: »Die Verhandlungskunst des BdV sei am Ende. Für die Vertriebenen sei nunmehr der Stimmzettel die einzige Waffe, um ihre berechtigten Interessen wahrzunehmen.«²²⁷ So klang ein besorgter, aber keineswegs resignierter Sozialdemokrat, der den Kampf um den ostpolitischen Kurs der SPD kurz vor seinem Tode nicht etwa aufgegeben hatte, sondern erst richtig beginnen wollte.

224 Vgl. zu Jakschs Verurteilung der EKD-Denkschrift: *Felix Teuchert*, Die verlorene Gemeinschaft. Der Protestantismus und die Integration der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft (1945–1972), Göttingen 2018, S. 460, auch Anm. 694; *Jakubowska*, Der Bund der Vertriebenen, 2012, S. 51 f.

225 Protokoll der Gemeinsamen Sitzung des Präsidiums des BdV und des Präsidiums der SPD am 11.3.1966, in: Bundesarchiv Koblenz, B 234/738, S. 2.

226 Vgl. zur »Vetomacht« der organisierten Vertriebenen in der Ostpolitik *Paul Noack*, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz, 1981, S. 102; zum Veto-Politiker Jaksch *Amos*, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, 2011, S. 142.

227 Bund der Vertriebenen, Niederschrift über die Sitzung des Präsidiums am 8./9.7.1966, S. 3–5 und S. 7, in: Bundesarchiv Koblenz, B 234/738, BdV; vgl. zu Wehners Bedeutung für die SPD-Vertriebenenpolitik der 1960er-Jahre auch *Müller*, Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949–1977, 2012, passim.

Sudetendeutscher – Sozialdemokrat – BdV-Präsident: Zwischen Vertriebenenpolitik und NS-Vergangenheitspolitik

Ein Heimatloser zu sein – dieses Schicksal voll auskosten zu müssen, blieb Wenzel Jaksch mit Blick auf die Sozialdemokratie durch seinen plötzlichen Unfalltod erspart. Bis zur Neige auskosten musste er hingegen den Verlust seiner Heimat. Anders als die meisten Deutsch-Böhmen oder Sudetendeutschen, die erst zwischen 1945 und 1948 durch die alliierte Vertreibungspolitik ihre Heimat verloren, hatte Jaksch – damals 42 Jahre alt – bereits im März 1939 vor Hitler fliehen müssen. Er blieb ein Jahrzehnt lang im Londoner Exil, das ihm das Leben rettete, ihm die politische Weiterarbeit gestattete, aber auch schwerste Enttäuschungen bereitete – nicht nur, als er dort die Vertreibungspolitik der alliierten Sieger über Hitler-Deutschland nicht zu verhindern vermochte, sondern auch, als er dort nach Kriegsende gegen seinen Willen jahrelang weiterhin festgehalten wurde, weil man ihm die Rückkehr in die Tschechoslowakei ebenso verwehrte wie die Einreise nach Westdeutschland. Dem lupenreinen »Antifaschisten«, der selbst nach den Kategorien der im Sommer 1945 erlassenen Beneš-Dekrete zu jenen Ausnahmen unter den Sudetendeutschen gehörte, die in der ČSR hätten verbleiben dürfen, sollte die Rückkehr in seine Heimat für immer verwehrt bleiben, weil die Regierenden der Nachkriegs-Tschechoslowakei ihn als Feind betrachteten und in London gegen ihn intrigierten.²²⁸ Auch ins besetzte Vierzonen-Deutschland durfte er lange nicht. Erst aus dem Exil nach Westdeutschland zurückgekehrte Sozialdemokraten wie Erich Ollenhauer und Willy Brandt erzeugten hinreichenden politischen Druck auf die Westalliierten, um 1949 schließlich auch Jaksch – nunmehr bereits 52 Jahre alt – aus der unfreiwillig verlängerten Emigration zu holen. Laut Ollenhauer war es »doch ein unmöglicher Zustand, daß einem so einwandfreien Antinazi, wie es Jaksch ist, aus irgendwelchen undurchsichtigen Gründen die Möglichkeit genommen wird, in Deutschland für eine demokratische und sozialistische

228 Vgl. Weger, Volkstumskampf ohne Ende?, 2008, S. 207 und S. 212 zum internationalen diplomatischen »Fall Jaksch«.

Politik zu wirken«. ²²⁹ Tatsächlich waren infolge dieser langen Verzögerung fast alle Ex-Nationalsozialisten, denen Jaksch 1958 im Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen begegnen sollte, deutlich früher am Wiederaufbau und Wiederaufstieg in der Bundesrepublik Deutschland und damit auch am persönlichen Neueinstieg in Elitepositionen beteiligt worden als dieser prominente Hitlergegner. ²³⁰



Wenzel Jaksch auf einer Kundgebung der Vertriebenenverbände auf dem Bonner Marktplatz, 14. Mai 1966. Quelle: AdsD, 6/FJHD008590; Rechte: J. H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung.

Wenzel Jaksch, der langjährige einstige Parlamentsabgeordnete in Prag und letzte Vorsitzende seiner sudetendeutsch-sozialdemokratischen Partei DSAP, ließ sich durch diesen ihm lange verwehrt Neuanfang keineswegs entmutigen. 1949 schon wurde er Chef einer regionalen Landesbehörde, 1953 erneut Parlamentarier und in den letzten Lebensjahren führungsstarker Präsident des damals noch recht bedeutenden Vertriebenenverbandes der Bundesrepublik Deutschland. Es wirkt, als habe der Ferngehaltene aus seinem Handicap, eigentlich fast schon zu spät ge-

²²⁹ Martin, »...nicht spurlos aus der Geschichte verschwinden«, 1996, S. 250–254, 276f. und 287.

²³⁰ Vgl. Schwartz, Funktionäre mit Vergangenheit, 2013, passim.

kommen zu sein, um in Westdeutschland politisch mitarbeiten zu können, erst recht neue Energie zu gewinnen vermocht.

Ab 1949 arbeitete Jaksch zunächst in der hessischen Flüchtlingspolitik als Leiter des Landesamtes für Vertriebene im Rang eines Ministerialdirektors, wo er unter einer SPD-geführten Landesregierung mit dem »Hessenplan« eine große integrationspolitische Leistung mitgestaltete,²³¹ bevor er 1953 als SPD-Abgeordneter in den Bundestag einzog, dem er bis zu seinem Tode 1966 angehören sollte. Trotz oder gerade wegen dieser eindrucksvollen Biografie gab es sudetendeutsche Landsleute, die Jaksch absprachen, ein »echter Vertriebener« zu sein.²³² Hier wurde aus seinem Schicksal des *politischen Flüchtlings* (dem ja Verfolgung und Lebensbedrohung vorangegangen waren) und langjährigen *Emigranten* der Vorwurf gezimmert, weit weg in Sicherheit gewesen zu sein und daher die Vertreibung der Sudetendeutschen am eigenen Leibe nicht miterlebt und miterlitten zu haben. Bezeichnenderweise wurde ein vergleichbarer Vorwurf gegen die vielen Vertriebenenfunktionäre, denen als vormalige Wehrmachtssoldaten in Kriegsgefangenschaft das Miterleben der Vertreibung ebenfalls erspart geblieben war, niemals erhoben.

Als sich SPD-Kanzlerkandidat Brandt im Wahlkampf von 1965 solcher Diffamierungskampagnen hatte erwehren müssen, die nicht nur seine (uneheliche) Herkunft und seinen (angeblich allzu lockeren) Lebenswandel, sondern eben auch seine Exilvergangenheit betrafen (bis hin zur Behauptung, er habe als »Rotfrontkämpfer« im Spanischen Bürgerkrieg gegen deutsche NS-Landsleute gekämpft),²³³ wandte sich am 22. September 1965 im SPD-Parteivorstand einzig Wenzel Jaksch gegen solche »Flüsterpropaganda gegen bestimmte Personen« und die damit betriebene »Geschichtsklitterung«. Jaksch forderte, »dass man dagegen aggressiv

231 Neben dem Ministerialrat im hessischen Innenministerium und späteren Staatssekretär im Bundesvertriebenenministerium Peter Paul nahm war Jaksch der Urheber der Grundgedanken des als »Hessenplan« bekannt gewordenen integrationspolitischen Programms. Vgl. *Rolf Messerschmidt*, Aufnahme und Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in Hessen 1945–1950. Zur Geschichte der hessischen Flüchtlingsverwaltung, Wiesbaden 1994, S. 271; ferner auch *Wenzel Jaksch*, Sozialpolitik und Nationalpolitik in unserer Zeit, in: *Seliger-Gemeinde*, Wenzel Jaksch, 1967, S. 62–71, hier S. 65.

232 *Strothmann*, Der k.u.k. Sozialdemokrat, 1964, S. 2.

233 *Daniela Münkel*, Einleitung. »Sozialdemokratie auf dem Weg nach vorn«. Willy Brandt und die SPD 1947–1972, in: Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Bd. 4, Bonn 2000, S. 19–65, hier S. 43.

vorgehen müsse«. ²³⁴ Der Mainzer Oberbürgermeister Jockel Fuchs – selbst ein früheres NSDAP-Mitglied ²³⁵ – widersprach: »Man solle über die Vergangenheit keine groß angelegte Auseinandersetzung führen«, sondern müsse »den inneren Frieden anstreben«. ²³⁶ Auch Herbert Wehner, als ehemaliger Kommunist selbst schwer umstritten, wollte vor Jakschs Bereitschaft zum Streit über deutsche Vergangenheiten nur »warnen«. ²³⁷ Helmut Schmidt, ein einstiger Oberleutnant der Wehrmacht, ignorierte die von Jaksch angestoßene Debatte, unterstützte aber den Parteichef durch die fatalistische Feststellung: »Es wäre auch falsch zu glauben, dass andere Personen an der Spitze mehr Erfolg gebracht hätten. Es wäre jeder diffamiert worden.« ²³⁸

Mit seiner Forderung nach kämpferischer Vergangenheitspolitik in einer vielfach NS-belasteten Nachkriegsgesellschaft hatte sich Jaksch somit zwanzig Jahre nach dem Ende der Hitlerdiktatur im SPD-Parteivorstand sichtlich isoliert. 1946 hatte Jaksch noch deutlich geschmeidiger reagiert, als die damalige SPD-Führung ihn in dieser Frage um Zurückhaltung bat. »Wir dürfen aus unserer antifaschistischen Vergangenheit nicht zu viel Kapital schlagen«, schrieb er aus London an Genossen in Niedersachsen. ²³⁹ Man müsse Verständnis für den »Wunsch nach einer Stillhalte-Periode« aufbringen; wenn später »einmal alles ausgepackt werden könne«, dann würden sich viele Deutsche zur Sozialdemokratie bekennen, die deren antifaschistisches Verhalten während der NS-Zeit noch nicht verstanden hätten. ²⁴⁰ Unverdrossen hoffte Jaksch auf eine sozialdemokratische Zukunft als Volkspartei – 1938 noch im antifaschistischen Sinne, in Westdeutschland nach 1945 eben postfaschistisch – im »Kampf um den nachfaschistischen Menschen«. ²⁴¹ Offensichtlich aber war auch 1965 weder für die Mehrheit der SPD-Führung noch für

234 Aus dem Protokoll der Sitzung des Parteivorstands der SPD, 22. September 1965, in: Willy Brandt. Berliner Ausgabe, 2000, Bd. 4, S. 344–354, hier S. 350.

235 Vgl. »Fuchs, Jockel«, in: Rheinland-Pfälzische Personendatenbank, zit. nach URL: <https://rpb.lbz-rlp.de/cgi-bin/wwwalleg/srchrnam.pl?db=rnam&recnums=0008876> [abgerufen am 16.06.22].

236 Aus dem Protokoll der Sitzung des Parteivorstands der SPD, 22. September 1965, in: Willy Brandt. Berliner Ausgabe, 2000, Bd. 4, S. 344–354, hier S. 351.

237 Ebd., S. 351.

238 Ebd., S. 352.

239 *Kristina Meyer*, *Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945–1990*, Göttingen 2015, S. 76.

240 Ebd.

241 Vgl. *N. N.*, *Sozialistische Möglichkeiten in unserer Zeit. Eine Studie*, mit einem Vorwort von Wenzel Jaksch, Offenbach 1947, S. 40.

die Majorität der westdeutschen Gesellschaft der Zeitpunkt gekommen, dass endlich »einmal alles« hätte »ausgepackt« werden können.²⁴²

Wenzel Jaksch war und blieb in der Bundesrepublik in mehrfacher Hinsicht ein Fremder. Der Sudetendeutsche unter Reichsdeutschen, der Exilant unter Dagebliebenen, der Hitlergegner unter Ex-Nazis und Mitläufern. Half dem Fremden seine eingeübte Parteidisziplin bei der Integration in die SPD (wobei vertrauensvolle Exilkontakte den Weg bereiteten),²⁴³ so halfen alte sudetendeutsche Vernetzungen bei der Formulierung und Vertretung von Vertriebeneninteressen. Dabei dachte Jaksch – ähnlich wie beim »Volkssozialismus« der 1930er-Jahre – immer noch lagerübergreifend, um strategische Ziele erreichen zu können. Im ersten Präsidium des Bundes der Vertriebenen, in das er gewählt wurde, traf Jaksch 1958 den deutschnationalen Politiker Rudolf Lodgman von Auen wieder, mit dem er 1938 über eine sudetendeutsche Einheitsfront gegen die SdP verhandelt hatte.²⁴⁴ Lodgman war nie NSDAP-Mitglied gewesen, aber hatte sich der NS-Diktatur angepasst und anfangs sogar aktive Mitarbeit erwogen. Die beiden übrigen Sude-tendeutschen im ersten BdV-Präsidium waren frühere Mitglieder der NSDAP oder gar der SS. Ehemalige Nationalsozialisten – mit teilweise noch weitergehenden persönlichen Belastungen, namentlich aus der Weltkriegszeit – waren in der Führung des Vertriebenenverbandes klar in der Mehrheit. Selbst der einzige weitere Sozialdemokrat im ersten BdV-Präsidium neben Jaksch, der Ostpreuße Reinhold Rehs, war ein früheres NSDAP-Mitglied, was er aber nach 1945 so geschickt zu leugnen und zu verbergen verstanden hatte, dass er einen unverdienten Mythos des Nicht-Nationalsozialisten bis zu seinem Lebensende aufrechterhielt.²⁴⁵

Wenn somit Wenzel Jaksch als Mitglied der Bundesführung und zuletzt als Vorsitzender des einheitlichen westdeutschen Vertriebenen-Dachverbandes nicht exakt wissen konnte, ob und worin die konkreten persönlichen Belastungen seiner BdV-Kollegen während der NS-Zeit bestanden, so wusste er doch nur zu gut

242 In Anspielung auf das vorangegangene Zitat nach Meyer, *Die SPD und die NS-Vergangenheit*, 2015, S. 76.

243 Vgl. Schwartz, *Funktionäre mit Vergangenheit*, 2013, S. 373.

244 Vgl. Jaksch, *Europas Weg nach Potsdam*, 1958, S. 312; ferner Schwartz, *Funktionäre mit Vergangenheit*, 2013, S. 140.

245 Vgl. Schwartz, *Funktionäre mit Vergangenheit*, 2013, S. 559–584; zu Rehs' Umgang mit seiner NSDAP-Mitgliedschaft vgl. ebd., S. 287 f.

darum, dass deren Mehrheit tendenzielle Unterstützer und nicht Gegner des Hitlerregimes gewesen waren. Und er akzeptierte diese höchst unterschiedlichen biografischen Vergangenheiten als Grundlage gegenwartsbezogener Verbandsarbeit. Schon lange vor seinem Einzug ins BdV-Präsidium 1958 hatte er diese Grundsatzentscheidung für sich getroffen: Selbst dem Sohn eines 1947 verstorbenen Feindes, des SdP-Politikers und nachmaligen NSDAP-Kreisleiters von Pilsen Georg Wollner – der zwischen 1935 und 1938 als SdP-Abgeordneter im Prager Parlament ein persönlicher Kontrahent Jakschs gewesen war –,²⁴⁶ reichte Jaksch 1950 versöhnlich die Hand, obwohl der junge Rudolf Wollner selbst ein ehemaliger SS-Untersturmführer (Leutnant) war. Es ist unklar, ob Rudolf Wollner seine Vergangenheit als überzeugter SS-Weltanschauungskrieger gegenüber Jaksch ebenso als Irrtum eines harmlosen, verblendeten Jugendlichen relativierte, wie ihm dies nach 1945 erfolgreich in seinem Entnazifizierungsverfahren in Hessen gelungen war.²⁴⁷

Nachdem sich Rudolf Wollner, damals Landesvorsitzender der Vereinigten Landsmannschaften in Hessen, 1950 »in einer strittigen Sache vor Wenzel Jaksch gestellt« hatte,²⁴⁸ der damals Landesamtschef für Vertriebene war, bat Jaksch diesen Sohn eines NS-Gegners zu einem Treffen in den Wiesbadener Landtag. Jaksch, so erinnerte sich Wollner später an diese Begegnung, habe »bei diesem Gespräch die Notwendigkeit und Wichtigkeit des Zusammenhalts aller Sudetendeutschen und Vertriebenen« betont.²⁴⁹ Offensichtlich verblüffte er den jungen Ex-Nazi mit dem Geständnis, dass nicht nur sudetendeutsche Hitleranhänger wie Wollners Vater, der prominente NS-Politiker und höhere SS-Führer Georg Wollner, sondern auch Hitlergegner wie Jaksch selbst »in der Vergangenheit Fehler begangen hätten«.²⁵⁰ Wollner empfand dieses »Bekenntnis« als generöses Entgegenkommen, das seine vom Elternhaus geprägte negative Sicht auf Jaksch völlig verändert habe:

246 Vgl. *Detlef Brandes*, Die Sudetendeutschen im Krisenjahr 1938. München 2008, S. 47 und S. 151.

247 Vgl. *Schwartz*, Funktionäre mit Vergangenheit, 2013, S. 315–318 und S. 504–519.

248 *Rudolf Wollner*, Im Dienste der Verständigung. Wenzel Jaksch zum Gedächtnis, in: *Deutscher Ostdienst*, Nr. 47/1986, S. 5; vgl. zum Folgenden auch *Michael Schwartz*, Vertriebenenpolitiker in der Bundesrepublik Deutschland. NS-Vergangenheiten und politisches Engagement in der Demokratie, in: *Magnus Brechtken* (Hrsg.), Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium, Göttingen 2021, S. 335–370, hier S. 337.

249 *Wollner*, Im Dienste der Verständigung, 1986, S. 5.

250 Ebd.; vgl. zu Georg Wollner *Schwartz*, Funktionäre mit Vergangenheit, 2013, S. 119–122.

»Ich hatte hier einen ehrlichen und aufrechten Mann erlebt, der es mit der Veröhnung und Verständigung ernst meinte.«²⁵¹ Jaksch seinerseits wurde als BdV-Präsident Mitte der 1960er-Jahre ein wichtiger Förderer Wollners, der zu seinem geschäftsführenden Stellvertreter aufstieg – obwohl oder gerade, weil er »am weitesten rechts innerhalb des Präsidiums« des BdV stand²⁵² und in rechtskonservativen Kreisen zeitlebens bestens vernetzt war.²⁵³

Im Bundestag ab 1953 hatte Jaksch ebenso wenig Berührungsängste gegenüber ehemaligen Nationalsozialisten – etwa zum BHE-Abgeordneten Alfred Gille, mit dem er 1957 gemeinsam vom Auswärtigen Amt konkretes Engagement für die »Heimatpolitik« der Vertriebenen – also für das Rückkehrrecht in die verlorenen Heimatgebiete – einforderte.²⁵⁴ Jaksch sollte Gille, den langjährigen Sprecher der ostpreußischen Landsmannschaft, später im BdV-Präsidium als Duzfreund wieder treffen – und von dessen nach 1945 (durch Verallgemeinerung seines nur zeitweiligen Dienstes in der Wehrmacht) erfolgreich verheimlichter schwerer NS-Belastung als Gebietskommissar in der besetzten Ukraine und in Weißrussland zwischen 1942 und 1944 vermutlich nie etwas erfahren.²⁵⁵ Jakschs eigener Aufstieg in der Führung des BdV wurde jedoch – gegen durchaus vorhandene konservative Widerstände – ausgerechnet durch ein Netzwerk ehemaliger Nationalsozialisten um Gille, den ebenfalls schwer NS-belasteten Baltendeutschen Axel de Vries und den früheren ostpreußischen NS-Landesbauernführer Egbert Otto gefördert. Letzterer gab 1961 die Parole aus, an Jakschs Position im BdV dürfe man »unter keinen Umständen rühren lassen«.²⁵⁶

Diese Bündnispolitik in der Vertriebenenführung mochte aus Jakschs Perspektive als Neuaufgabe seiner Bündnispolitik der 1930er-Jahre erscheinen, als Bemühen um eine möglichst breite Koalition von Vertriebenen nach der Katastrophe

251 *Wollner*, Im Dienste der Verständigung, 1986, S. 5.

252 *Helmut Herles*, Um die Nachfolge von Wenzel Jaksch, in: FAZ v. 9.3.1967.

253 Vgl. *Schwartz*, Vertriebenenpolitiker in der Bundesrepublik Deutschland, S. 356–370; zur MfS-Sicht auf Wollner: *Amos*, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, 2011, S. 163 und S. 268; ein »in erkonservativen Kreisen bestens vernetzter« Wollner spielt auch bei *Hajo Schumacher*, Roland Koch. Verehrt und verachtet, Frankfurt am Main 2004, S. 239, eine Rolle.

254 *Fischer*, Heimat-Politiker?, 2010, S. 307 f.

255 Vgl. *Schwartz*, Funktionäre mit Vergangenheit, 2013, S. 376–411.

256 Egbert Otto an Axel de Vries, 17.4.1961, in: Bundesarchiv Koblenz, N 1412/17. Vgl. die Schilderung desselben Netzwerks bei *Schwartz*, Vertriebenenpolitiker in der Bundesrepublik Deutschland, 2011, S. 337 f.

der Vertreibung, für die man über frühere scharfe Gegensätze möglichst hinwegsehen musste. Dass in diesem stark rechtskonservativ geprägten und mit vielen NS-Vergangenheiten grundierten Bündnis ausgerechnet ein Sozialdemokrat die Führung übernehmen könnte, war anfangs sehr unwahrscheinlich, wurde jedoch 1964 plötzlich Wirklichkeit, als der langjährige erste BdV-Präsident und kurzzeitige CDU-Bundesvertriebenenminister Hans Krüger über seine persönliche NS-Belastung, aber auch über seinen öffentlichen Umgang damit stürzte.²⁵⁷ Daraufhin wurde der anerkannte Antifaschist Wenzel Jaksch – seit Herbst 1963 aufgrund der Ministerschaft Krügers bereits geschäftsführender Vizepräsident des BdV – endgültig zum Nachfolger gewählt.

Der SPD-Führung scheint Jaksch in diesem Amt eher unwillkommen gewesen zu sein, da er zu unbequem war. Dort bevorzugte man den weniger eigenwilligen Rehs, der aber erst kurz nach Jakschs Tod 1967 dessen Nachfolger werden sollte. Der BdV hingegen konnte sich glücklich schätzen, nach dem NS-Skandal um Krüger über einen Präsidenten »mit einer zweifelsfrei antifaschistischen Vergangenheit« zu verfügen.²⁵⁸ Krüger hatte im besetzten Westpreußen nicht nur als Amtsrichter, sondern auch als NSDAP-Ortsgruppenleiter und als Mitglied eines nationalsozialistischen Sondergerichts Karriere gemacht; insbesondere in letzterer Funktion wurden ihm von polnischer Seite Todesurteile angelastet. Für einen Teil der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit dürfte Krüger aufgrund solcher Vorgeschichte und Vorwürfe unhaltbar geworden sein. Für einen anderen Teil womöglich eher dadurch, dass herauskam, dass er unter der NS-Herrschaft erfolgreich behauptet und in seine Personalakte eingetragen hatte, schon 1923 als früherer Nazi-Aktivist am Hitlerputsch beteiligt gewesen zu sein, was aber nicht stimmte und was er dann 1964 auch unbekümmert öffentlich abtritt, womit er sich selbst der langjährigen Lüge und auch noch einer Urkundenfälschung überführte. Rehs hatte keine derart schwerwiegende NS-Belastung aufzuweisen wie der Gründungspräsident des BdV, und dennoch hatte er es nach 1945 erfolgreich vermocht, seine rechte politische Vergangenheit zu verschleiern. In den 1960er-

257 Vgl. Schwartz, Funktionäre mit Vergangenheit, 2013, S. 43–68 und S. 420–446.

258 Müller, Die SPD und die Vertriebenenverbände, 2012, S. 538.



Wenzel Jaksch mit Ernst Paul und Willy Brandt auf dem Bundestreffen der Seliger-Gemeinde am 5. Juli 1964. Quelle: AdsD, 6/FJHD017974; Rechte: J. H. Darching/Friedrich-Ebert-Stiftung.

Jahren wusste weder die bundesrepublikanische Öffentlichkeit noch die DDR-Propagandamaschinerie, dass der Nachkriegs-Sozialdemokrat in seiner ostpreussischen Heimat vor 1945 nicht nur ein Mitglied der NSDAP gewesen war, sondern in den 1920er-Jahren auch ein radikaler völkisch-antisemitischer Studentenfunktionär und Journalist.²⁵⁹

²⁵⁹ Zu Krüger und Rehs *Schwartz*, Funktionäre mit Vergangenheit, 2013, S. 187–190, S. 295–300 und S. 420–446 bzw. S. 174–187, S. 286–289 und S. 412–413.

Jakschs trotz aller linkssozialistischen und kommunistischen Verleumdungen vergangenheitspolitisch integre Vergangenheit sollte und konnte das durch Krügers NS-Skandal angeschlagene Renommee des BdV zwischen 1964 und 1966 wieder stabilisieren. Den größten anzunehmenden Unfall – einen weiteren NS-Skandal in der Verbandsspitze – konnte Jaksch verbandsintern zwar nicht verhindern, aber durch versiertes Krisenmanagement strikt nicht-öffentlich halten. Erst vor wenigen Jahren wurde diese Angelegenheit, die im Falle ihres öffentlichen Bekanntwerdens dem BdV zweifellos ernste Probleme bereitet hätte, aufgearbeitet.²⁶⁰ Im Frühjahr 1965 war BdV-Kulturreferent Jochen Brennecke ohne Zutun des Präsidenten Jaksch von einer Gruppe von BdV-Funktionären – mit dem geschäftsführenden Vizepräsidenten Wollner an der Spitze – entlassen worden. Einigen dieser Funktionäre hatte Brennecke zuvor vorgeworfen, sich in NS-apologetischer Weise in seine Arbeit (namentlich in historische Darstellungen der Endphase des Zweiten Weltkrieges im Zusammenhang mit Flucht und Vertreibung) zensierend einzumischen. Diese Gegner seiner Arbeit seien zudem persönlich durch NS-, SS- oder SD-Vergangenheiten schwer belastet. Der einstige SS-Führer Wollner habe ihm gegenüber sogar die (kriegsverbrecherische) Tötung sich ergebender sowjetischer Soldaten eingestanden. Daraufhin wurde dem Sozialdemokraten Brennecke – der jedoch erst nach Jakschs Wahl zum BdV-Präsidenten opportunistisch in die SPD eingetreten zu sein scheint – die eigene Vergangenheit als Propagandafunktionär einer NSDAP-Gauleitung vorgeworfen, die er gegenüber Jaksch mit wenig glaubwürdig klingenden Argumenten nicht zu beschönigen vermochte. In diesem Sumpf wechselseitiger Beschuldigungen scheint Jaksch die Wahrheitsfrage nach keiner Seite hin gestellt zu haben. Ihm ging es organisationspatriotisch darum, den BdV und das ihn tragende Elitenbündnis zu retten, und dies gelang ihm. Auch wenn Brenneckes Ehefrau einmal kaum verhohlen mit der Einschaltung des Nachrichtenmagazins »Der Spiegel« drohte, wies der entlassene Brennecke eine solche Flucht in die Öffentlichkeit aus Loyalität zum BdV weit von sich. Die übrigen Betroffenen wahrten ebenfalls striktes Stillschweigen; in den offiziellen Protokollen des BdV-Präsidiums finden sich keinerlei Hinweise

260 Vgl. *Schwartz*, Funktionäre mit Vergangenheit, 2013, S. 68–82 sowie unter Bezug auf diese Forschungsergebnisse *Klaus Wiegrefe*, »Träger des Regimes«. Das Institut für Zeitgeschichte hat die Vergangenheit des Bundes der Vertriebenen untersucht: An der Spitze des Verbands standen fast ausnahmslos NS-belastete Funktionäre, in: *Der Spiegel* 47/2012, S. 60–62, hier S. 60.

auf diesen Konflikt, der im Falle seines Bekanntwerdens das Ansehen des BdV vollends hätte ruinieren können.²⁶¹

Mit der Rückkehr früherer NS-Eliten in Führungspositionen der Bundesrepublik hatte sich Wenzel Jaksch – ähnlich wie die SPD insgesamt²⁶² – grundsätzlich abgefunden. Davon gibt nicht nur seine Mitarbeit im BdV-Präsidium zwischen 1958 und 1966 beredtes Zeugnis. Für Jaksch scheint die NS-Vergangenheit der meisten seiner BdV-Präsidiumskollegen kein Problem, sondern eher eine Selbstverständlichkeit gewesen zu sein, von der aus man gemeinsam zu neuer demokratischer Politik würde voranschreiten müssen. Als ein Duzfreund aus der Zeit des gemeinsamen Londoner Exils – der aus dem katholischen Milieu Oberschlesiens stammende Journalist Johannes Carl Maier-Hultschin, der nach Übersiedlung in die Bundesrepublik Regierungssprecher der CDU-geführten Landesregierung von Nordrhein-Westfalen unter Ministerpräsident Karl Arnold gewesen war²⁶³ – Jaksch mit Hinweisen auf Nachkriegskarrieren sudetendeutscher NS-Funktionäre zum Eingreifen zu bringen versuchte, reagierte dieser abwehrend. Maier-Hultschin informierte Jaksch 1958 darüber, dass der ehemalige NS-Schulrat des Kreises Hultschin nunmehr zum Schulrat in Heidelberg ernannt worden sei: »Die Hultschiner sind entsetzt, dass dieser Fackelträger des Nationalsozialismus [...] in seiner nazistischen Haltung gerechtfertigt erscheint. ›Also war die Einstellung der Nazis doch richtig, so heisst es in einem Schreiben an mich!«²⁶⁴ Maier-Hultschin bat den SPD-Bundestagsabgeordneten Jaksch um vertrauliche Überprüfung »bei den zuständigen Stellen des Kultusministeriums« in Stuttgart, »wie diese Beförderung möglich« geworden sei.²⁶⁵ Dabei gehe es ihm nicht um Rache, aber die ungebrochene Wiederkehr solcher Ex-Nazis in Führungspositionen sei

261 Vgl. *Schwartz*, Funktionäre mit Vergangenheit, 2013, S. 68–82; zu Wollners SS-Vergangenheit ebd. S. 315–318 und S. 504–520; *Schwartz*, Vertriebenenpolitiker in der Bundesrepublik Deutschland, 2021, S. 368.

262 Vgl. *Meyer*, Die SPD und die NS-Vergangenheit, 2015.

263 Zu Maier-Hultschin gibt es offenbar keine biografische Studie. Dieser katholische Hitlergegner wurde nach 1945 wichtig als Promotor der Nachkriegsmemoiren des früheren Zentrums-Reichskanzlers Heinrich Brüning. Vgl. *Peer Oliver Volkmann*, Heinrich Brüning (1885–1970): Nationalist ohne Heimat. Eine Teilbiographie, Düsseldorf 2007.

264 J. C. Maier-Hultschin an Jaksch, 27.4.1958, in: Bundesarchiv Koblenz, N 1043/48.

265 Ebd.

für ihn inakzeptabel: »Ich gönne allen alten Nazis alles Gute, aber wir wollen nicht vergessen, wer unser Volk wirklich politisch und moralisch verdorben hat.«²⁶⁶

In seiner Antwort konzedierte Jaksch seinem Duzfreund, dieser habe offenbar »noch immer Kummer« mit »[s]einen Hultschinern«, was darauf hindeutet, dass die Thematik der NS-Wiederaufsteiger zwischen beiden schon häufiger berührt worden sein dürfte. Zugleich enthielt diese Reaktion eine ironische Anspielung auf eine allzu kleinteilige, das große Ganze offenbar nicht überschauende Perspektive Maier-Hultschins. Dessen Bitte um vertrauliche Nachprüfung der Schularternennung lehnte Jaksch mit der Bemerkung ab, er habe »leider [...] gerade mit unseren Leuten in Stuttgart so wenig Verbindung, daß ich in der Angelegenheit [...] nicht eingreifen kann«.²⁶⁷ Zwar war Stuttgart neben Wiesbaden/Frankfurt und München das dritte wichtige Zentrum sudetendeutscher Sozialdemokraten in der frühen Bundesrepublik,²⁶⁸ und überdies war die dortige SPD damals an der Landesregierung Baden-Württembergs beteiligt, sodass Jaksch durchaus eine Intervention hätte versuchen können – auch wenn vermutet werden darf, dass die SPD auf das CDU-geführte Stuttgarter Kultusministerium nur geringen Einfluss zu nehmen vermocht hätte. Dass Jaksch an einem solchen Versuch jedoch nicht ernsthaft interessiert war, deutet sein abrupter Themenwechsel im Schreiben an Maier-Hultschin an, dem er übergangslos erklärte, ihm mache »derzeit [...] die Unterwanderungspolitik der SED in der Bundesrepublik große Sorgen«.²⁶⁹ Der Kampf gegen den staatlich, ja imperial organisierten Kommunismus war für ihn deutlich wichtiger als der Kampf gegen vereinzelte ehemalige Nazis. Die NS-Bedrohung als Ganzes war aus seiner Sicht lange vorbei. In einer Phase, in der Jaksch sich auf seine Zusammenarbeit mit etlichen NS-belasteten Vertriebenenfunktionären im Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen vorbereitete, das sich Ende 1958 konstituieren sollte, kam ihm der antifaschistische Furor seines Freundes aus dem Londoner Exil sichtlich ungelegen. Maier-Hultschin reagierte mit Bedauern, dass Jaksch in der Heidelberger Angelegenheit »nichts machen« könne, und kündigte an, die Sache »auf andere Weise« weiterverfolgen zu wollen: »Die Nazis sollen wissen, dass man nun nicht alles zu schlucken

266 Ebd.

267 Ebd., Jaksch an Maier-Hultschin, 8.5.1958, in: Bundesarchiv Koblenz, N 1043/48.

268 Vgl. Kern, Heimat und Exil, 1980, S. 154.

269 Jaksch an Maier-Hultschin, 8.5.1958, in: Bundesarchiv Koblenz, N 1043/48.

bereit ist.«²⁷⁰ Doch verstarb Jakschs engagierter Korrespondenzpartner wenig später im Oktober 1958.²⁷¹

Gegen Ex-Nazis in Machtpositionen ging Wenzel Jaksch nur sehr dosiert vor – vor allem dann, wenn diese seine aktuellen politischen Ziele zu konterkarieren wagten. Dies musste 1965 der Osteuroparedakteur der »Deutschen Welle«, der 1900 im nordböhmischen Komotau (Chomutov) geborene und am 1. September 1939 der NSDAP beigetretene Edmund Iwan Kirchner,²⁷² mit dem Verlust seiner Stellung bezahlen.²⁷³ Die SPD legte damals großen Wert darauf, dass die von Jaksch ab 1961 entworfene neue Ostpolitik durch die nach Osteuropa wirkenden Rundfunkanstalten »Deutschlandfunk« und »Deutsche Welle« unterstützt würde.²⁷⁴ In der Deutschen Welle stieß Jakschs Position jedoch keineswegs auf Zustimmung. Osteuropachef Kirchner, der generell als »engster Berater« seines Intendanten galt,²⁷⁵ stellte sich vielmehr kritisch gegen Jaksch, nachdem dieser den in Kirchners Redaktion für die ČSSR zuständigen Vladimír Pekelský »als ehemaligen Faschisten und Verräter an seiner Nation zu brandmarken« versucht hatte.²⁷⁶

Tatsächlich war Pekelský als Siebzehnjähriger 1937 einer tschechischen faschistischen Organisation beigetreten, hatte während des Zweiten Weltkrieges in Deutschland studiert und war 1945/46 in der Tschechoslowakei wegen Kollaboration inhaftiert worden, bevor ihm die Flucht nach Österreich gelungen war. 1950 wurde dieser rechtslastige Exilant ein Mitunterzeichner des »Wiesbadener Abkommens« zwischen Vertretern der sudetendeutschen Vertriebenen um Rudolf Lodgman

270 Ebd., Maier-Hultschin an Jaksch, 19.5.1958. Auf dieses weitere Schreiben des im Oktober 1958 verstorbenen Maier-Hultschin, in dem es auch um dessen Protest gegen die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an einen anderen sudetendeutschen Ex-Nationalsozialisten ging, scheint Jaksch nicht reagiert zu haben; jedenfalls ist im Nachlass Maier-Hultschin keine Antwort zu finden.

271 Vgl. auch die Schilderung dieser Episode bei *Schwartz*, Vertriebenenpolitiker in der Bundesrepublik Deutschland, 2021, S. 338 f.

272 NSDAP-Mitgliedschaftskarte Edmund Iwan Kirchner, in: Bundesarchiv Berlin, R 9361-IX Kartei/20261676.

273 Personalakte Edmund Kirchner, in: Bundesarchiv Koblenz, B 187/291; vgl. die Schilderung dieses Konflikts bei *Schwartz*, Vertriebenenpolitiker in der Bundesrepublik Deutschland, 2021, S. 339–342.

274 Vgl. *Müller*, Die SPD und die Vertriebenenverbände, 2012, S. 217.

275 *Botho Kirsch*, Ein Faß Honig und ein Löffel Gift. Kalter Krieg auf kurzer Welle, Overath 2006, S. 112–114.

276 Deutsche Welle, Zonenredaktion Osteuropa, Kirchner, an Intendant Dr. Wesemann, 11.6.1965, S. 1., in: Bundesarchiv Koblenz, B 187/291.

von Auen und Repräsentanten des antikommunistischen tschechischen Exils um den nationalistischen General Lev Prchala.²⁷⁷ Auf diese kooperative Vorgeschichte spielte Kirchner 1965 an, wenn er feststellte, dass sowohl die Sudetendeutschen als auch Jaksch persönlich »in Zeiten, in denen sie dieses Herrn Pekelský dringend bedurften«, sich durch Bedenken wegen dessen faschistischer Vergangenheit »keineswegs gehemmt« gefühlt hätten: »Solange Herr Pekelský mit den Landsmannschaften gleichzog, war er tragbar. Als die politische Linie der Landsmannschaften radikalisiert wurde, und Herr Pekelský nicht mitmachte, sondern auf der Linie blieb, die zu einer Versöhnung zwischen Deutschen und Tschechen, entsprechend dem damaligen Abkommen, führen sollte, wurde er untragbar. Nunmehr soll die Deutsche Welle sich von ihm distanzieren, um radikaleren Elementen Platz zu machen. Das ist der Hintergrund der gegenwärtigen Angriffe des Herrn Jaksch.«²⁷⁸

Jakschs Angriffe richteten sich zu diesem Zeitpunkt aber schon längst nicht mehr gegen den untergeordneten Journalisten Pekelský, von dessen damaliger Agententätigkeit für das kommunistische Regime der ČSSR er nichts ahnte,²⁷⁹ sondern gegen Kirchner selbst. Im Mai 1965 übermittelte Jaksch ein ausführliches Dossier über »Die Zustände in der Osteuropa-Abteilung der Deutschen Welle« an die Bundesregierung, die Vorsitzenden sämtlicher Bundestagsfraktionen und die Bundestagsausschüsse für Auswärtige Angelegenheiten und gesamtdeutsche Fragen. Darin ging es wesentlich um die NS-Vergangenheit Kirchners,²⁸⁰ der zum Zeitpunkt seines NSDAP-Beitritts 1939 als Redakteur (»Schriftleiter«) tätig gewesen war und zugleich damals seinen Auslandswohnsitz von Kairo nach Athen verlegt hatte.²⁸¹ Eine hauptberufliche Tätigkeit Kirchners in Athen für die Auslandsabteilung des SD – also den Sicherheitsdienst der SS, der dem Reichssicher-

277 Vgl. *Weger*, »Volkstumskampf«, 2008, S. 618.

278 Deutsche Welle, Zonenredaktion Osteuropa, Kirchner, an Intendant Dr. Wesemann, 11.6.1965, S. 1–3., in: Bundesarchiv Koblenz, B 187/291.

279 Pekelský war offenbar von 1953–1972 als tschechoslowakischer Agent in der Bundesrepublik tätig, ebenso seine Ehefrau; vgl. *Tomek Prokop*, *Život a doba ministra Rudolfa Baráka*, Praha 2009, S. 57 f.

280 Dr. h. c. Jaksch MdB an Bundesregierung, Vorsitzende der Bundestagsfraktionen und Vorsitzende der Bundestagsausschüsse für Auswärtige Angelegenheiten und gesamtdeutsche Fragen über, »Die Zustände in der Osteuropa-Abteilung der Deutschen Welle«, 4.5.1965, in: ebd.

281 NSDAP-Mitgliedschaftskarte Edmund Iwan Kirchner, Bundesarchiv Berlin, R 9361-IX Kartei/20261676.

heitshauptamt im Reichsministerium des Innern untergeordnet war –, lässt sich mittels deutscher Quellen aus der Endphase des Zweiten Weltkrieges belegen.²⁸² Im Verlauf der Affäre wucherten in Journalistenkreisen noch gravierendere Gerüchte um Kirchners angebliche »Vergangenheit als SS-Mann in Russland und Gestapochof in Athen.«²⁸³ Mitte 1965 meldete das SED-Zentralorgan »Neues Deutschland«, der DW-Redakteur Kirchner sei ein früherer NS-Propagandist, der die Judenvernichtung publizistisch unterstützt und enge Verbindungen zu Gestapo und SD besessen habe. Außerdem liege gegen ihn ein griechischer Haftbefehl wegen seiner NS-Vergangenheit vor: »In Bonn wurde geäußert, die Vorwürfe gegen Kirchner seien bekannt gewesen, als er zum Redaktionsleiter ernannt wurde. Ein Verfahren gegen ihn würde jedoch im Stab der ›Deutschen Welle‹ eine Kettenreaktion auslösen, weil er nicht der einzige sei, der eine braune Vergangenheit habe.«²⁸⁴ Dieser ND-Vorwurf gegen ein braunes Netzwerk in der Deutschen Welle war offenbar nicht aus der Luft gegriffen, wie Kirchners Nachfolger als Osteuropa-Redaktionschef später bezeugte: »Tatsächlich waren unter Kirchner sämtliche Schlüsselstellungen in den Ostprogrammen mit Leuten besetzt, die schon mit den einschlägigen Behörden des Dritten Reiches kollaboriert hatten.«²⁸⁵ Der für Kroatien zuständige Mitarbeiter soll ein früherer Botschafter des faschistischen Ustascha-Staates gewesen sein.²⁸⁶

Ebenso wie das »Neue Deutschland« konzentrierte sich auch Wenzel Jaksch auf Kirchners Vergangenheit als NS-Propagandist und auf dessen Verurteilung durch die griechische Nachkriegsjustiz. Vor allem stieß sich Jaksch an Kirchners Antisemitismus: »Wer mit 40 Jahren in einem umfangreichen Buch die nazistischen Thesen des Rassismus und Antisemitismus vertrat, der ist kein harmloser Mitläufer gewesen, der seine Existenz durch verbale Konzessionen an das Regime sicherte, sondern ein Wegbereiter der deutschen Katastrophe und ein Mitverantwortlicher an der ›Endlösung der Judenfrage‹, die zu den tragischen Hypotheken

282 Vgl. Bundesarchiv Berlin, R 103/99 fol. 1, insb. Reichsleiter für die Presse der NSDAP – Verwaltungsamt, Abt. Schriftleitungen, Dr. Bayer, an Reichsverband der Deutschen Presse, Dr. Hoffmann, 25.9.1944; eine SS-Personalakte Kirchners findet sich im Bundesarchiv nicht.

283 *Kirsch*, Ein Faß Honig, 2006, S. 112.

284 Antisemit als Redaktionsleiter, in: Neues Deutschland v. 30.6.1965.

285 *Kirsch*, Ein Faß Honig, 2006, S. 112.

286 Vgl. *Norbert Mappes-Niediek*, Kroatien. Ein Länderporträt, Berlin 2011, S. 140.

der deutschen Gegenwart gehört.«²⁸⁷ Das griechische Urteil gegen Kirchner²⁸⁸ schien aus Jakschs Sicht wiederum Gerüchte zu erhärten, wonach Kirchner Beziehungen zum Amt VI des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) – des Auslands-SD – gehabt habe. Aus beiden Gründen war Kirchner aus Sicht Jakschs für jede »Schlüsselstellung« im Dienst der westdeutschen Demokratie disqualifiziert. Bei dieser durchaus logischen Schlussfolgerung ließ es Jaksch allerdings nicht bewenden, sondern insinuierte ohne Belege zusätzlich eine mögliche Sowjethörigkeit, wenn nicht Schlimmeres: Wenn man bedenke, so Jaksch, dass »erfahrungsgemäß [...] die Propagandastellen der Zone und der Ostblockstaaten jede schwache Stelle von unbequemen Gegenspielern« ausnützen würden (was namentlich für NS-Vergangenheiten galt), sei es »ein schwerwiegendes Indiz, daß Kirchner von dieser Seite völlig verschont wird.«²⁸⁹ Zum Zeitpunkt, als Jaksch diese Mutmaßung anstellte, war der DDR-Artikel über Kirchners NS-Belastung im »Neuen Deutschland« noch nicht erschienen.

Bezeichnenderweise machte der sozialdemokratische Journalist Wenzel Jaksch seinem ehemals nationalsozialistischen Berufskollegen nicht nur dessen Vergangenheit, sondern mindestens ebenso sehr dessen politische Haltung in der Gegenwart zum Vorwurf. Ausdrücklich attackierte Jaksch nämlich Kirchners »negative Einstellung [...] zu den Vertriebenen und zu dem deutschen Rechtsstandpunkt hinsichtlich der Vertreibungen und der Vertreibungsgebiete.«²⁹⁰ Relevante Erklärungen der Bundesregierung oder Beschlüsse des Bundestages würden den osteuropäischen Hörern der Deutschen Welle überhaupt nicht vermittelt.²⁹¹ Außerdem müssten seit Beginn des Konflikts verantwortungsbewusste – sprich: der SPD

287 Dr. h. c. Jaksch MdB an Bundesregierung, Vorsitzende der Bundestagsfraktionen und Vorsitzende der Bundestagsausschüsse für Auswärtige Angelegenheiten und gesamtdeutsche Fragen über, »Die Zustände in der Osteuropa-Abteilung der Deutschen Welle«, 4.5.1965, S. 2, in: Bundesarchiv Koblenz, B 187/291.

288 Auf die Spionage-Aktivitäten einer von Kirchner geleiteten Geheimdienst-Gruppe in Griechenland und deren Zusammenarbeit mit dem italienischen Geheimdienst, dessen Mitarbeiter 1947 in Athen verurteilt wurden, verweist *Davide Conti*, *Criminali di guerra italiani. Accuse, processi e impunità nel secondo dopoguerra*, Milano 2011, insb. S. 39, 42 und 64.

289 Dr. h. c. Jaksch MdB an Bundesregierung, Vorsitzende der Bundestagsfraktionen und Vorsitzende der Bundestagsausschüsse für Auswärtige Angelegenheiten und gesamtdeutsche Fragen über, »Die Zustände in der Osteuropa-Abteilung der Deutschen Welle«, 4.5.1965, S. 2f., in: Bundesarchiv Koblenz, B 187/291.

290 Ebd., S. 3.

291 Ebd., S. 3 f.

nahestehende – Mitarbeiter des Senders »vor Betriebsterror und Existenzgefährdung geschützt werden«. So habe ein leitender Angestellter der Deutschen Welle gedroht: »Wer mit Jaksch in Verbindung steht, der fliegt raus.«²⁹² Aus all diesen Gründen forderte Jaksch die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Dieser kam tatsächlich zustande und scheint weitgehend der Argumentation des Anklägers gefolgt zu sein, denn der Abschlussbericht bezeichnete es als »unfassbar [...], dass die Selbstdarstellung der deutschen Demokratie gegenüber 100 Millionen Osteuropäern« einer derart belasteten Person anvertraut worden sei wie Kirchner. Auch Jakschs unguete Insinuation, es müsse Gründe haben, dass Kirchners NS-Vergangenheit vom Ostblock noch nicht attackiert worden sei, wurde im Bericht fast wörtlich wiederholt.²⁹³

Edmund Iwan Kirchner konnte nicht leugnen, zwischen 1941 und 1943 – also just in der Radikalisierungsphase der NS-Judenverfolgung zum gezielten Völkermord – im Rahmen einer Gesamtdarstellung zur Geschichte des Nahen Ostens massiv antisemitische Passagen verfasst zu haben. In Büchern namens »Sperrfeuer um Nahost«²⁹⁴ und »Der Nahe Osten«²⁹⁵ hatte der NS-Journalist nicht nur die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland und Großbritannien als Irrweg der jüngeren Geschichte dargestellt, der zu einer jüdischen Mit- oder Vorherrschaft in diesen Ländern geführt habe.²⁹⁶ Er hatte außerdem die Umformung des Zionismus von einer nationalen Alternative zum zusätzlichen Machtmittel jüdischen Weltherrschaftsstrebens diagnostiziert.²⁹⁷ Deutschland, das sich vor 1933 »fortschreitend in eine Domäne der jüdisch-freimaurerischen Weltplutokratie« verwandelt habe, »in der eine meist zugewanderte und rasch reich gewordene Schicht alle Mittel der Plünderung und Ausbeutung« angewandt habe, sei durch die »mit dem Willen des deutschen Volkes« erfolgte Machtergreifung Adolf Hitlers geret-

292 Ebd., S. 5 f.

293 Berichtszitat bei *Kirsch*, Ein Faß Honig, 2006, S. 112.

294 *Iwan Kirchner*, Sperrfeuer um Nahost. Der Kampf um Vorderasien und Ägypten vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Brünn/Wien/Leipzig 1941; dieses Buch umfasst 826 Druckseiten.

295 *Iwan Kirchner*, Der Nahe Osten. Der Kampf um Vorderasien und Ägypten vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Brünn/München/Wien 1943; dieses Buch stellte die zweite, erweiterte Auflage des ersten dar und umfasst 920 Druckseiten.

296 Vgl. *Kirchner*, Der Nahe Osten, 1943, S. 495 f., 551–553, 556–559 und 563.

297 Vgl. ebd., S. 653 f.

tet worden: »Das Deutsche Reich verwandelte sich aus einer Herrschaftsdomäne des internationalen Judentums wieder in das Reich aller Deutschen.«²⁹⁸

Auf die somit berechtigten Antisemitismuvorwürfe Jakschs antwortete Kirchner 1965 gegenüber seinem Intendanten, sein Ankläger habe nur einen »ein Vierteljahrhundert alten Ladenhüter« herangezogen, »um mir nachzuweisen, daß ich einmal in einem etwa tausend Seiten umfassenden Buch einige, nicht eben rühmenswerte Absätze über die Entwicklung des jüdischen Kapitalflusses in England und in der Palästina-Frage geschrieben habe.«²⁹⁹ Das war eine allzu saloppe Form der Vergangenheitsbewältigung – zumal die zweifache Auflage seines NS-Buches dagegen spricht, dass es sich um einen wirkungslosen »Ladenhüter« gehandelt hat.³⁰⁰ Größeres Gewicht mochte Kirchners Argument beanspruchen, dass sich Jaksch nicht die Mühe der Klärung gemacht habe, ob in den seitherigen fünfundzwanzig Jahren »nicht eine bemerkenswerte Gesinnungswandlung vor sich gegangen« sei.³⁰¹ Kirchner nahm für sich in Anspruch, dass dieser Wandel schon ab 1943 bei ihm eingetreten sei und spätestens mit einem 1949 veröffentlichten neuen Buch auch für Jaksch nachprüfbar gewesen wäre. Aber an unvoreingenommener Prüfung sei Jaksch gar nicht gelegen: »Er braucht die Sinekure« – gemeint war Kirchners Redakteursposition bei der DW – »für seine Leute, und dafür ist ihm jedes Mittel recht.«³⁰²

Wenzel Jaksch blieb Sieger in diesem Konflikt. Beinahe wortkarg machte er seinen Erfolg im Oktober 1965 öffentlich, als er dem Kulturkongress des BdV mitteilte: »In einer großen Bundesanstalt in Bonn« habe es eine »Patriotenverfolgung durch Nichtdemokraten« gegeben, »bis ein parlamentarisches Einschreiten erfolgte.«³⁰³ Zu diesem Zeitpunkt war Kirchner bereits mit Wirkung zum Jahresende

298 Ebd., S. 723 und S. 725.

299 Deutsche Welle, Zonenredaktion Osteuropa, Kirchner, an Intendant Dr. Wesemann, 11.5.1965, in: Bundesarchiv Koblenz, B 187/291.

300 Vgl. *Kirchner*, Sperrfeuer um Nahost, 1941, und ders., *Der Nahe Osten*, 1943.

301 Deutsche Welle, Zonenredaktion Osteuropa, Kirchner, an Intendant Dr. Wesemann, 11.5.1965, in: Bundesarchiv Koblenz, B 187/291.

302 Ebd. Tatsächlich hatte Kirchner 1949 ein Reportagebuch über Ägypten verfasst, das sich frei von Antisemitismus hielt und in einigen Passagen für eine demokratisch-pluralistische Zukunft plädierte, ja sogar positiv auf Masaryk verwies; vgl. *Edmund Iwan Kirchner-Demecini*, *Oasen der Glückseligkeit*, Wien/Graz/Frankfurt am Main, 1949, S. 135 f., 138, 141 und 144.

303 *Wenzel Jaksch*, *Kultur und Politik in der Vertriebenenwelt*, in: *Seliger-Gemeinde*, Wenzel Jaksch, 1967, S. 165–180, hier S. 177.

gekündigt worden, gleichzeitig musste er sich einem deutschen Ermittlungsverfahren wegen Beihilfe zum Mord stellen, das mit seiner mutmaßlichen SD-Vergangenheit zu tun gehabt haben dürfte, aber im Februar 1966 schon wieder eingestellt wurde.³⁰⁴ Zu Jahresbeginn 1966 nahm in der Osteuroparedaktion der Deutschen Welle Kirchners Nachfolger Botho Kirsch die Arbeit auf³⁰⁵ – ein gebürtiger Königsberger, der sich in der Folge als antisowjetischer »Kalter Krieger« profilierte: »Für die SPD begann er als Journalist«, bis ihn später sein Protest gegen die Brandt'sche Ostpolitik ins Lager der CDU trieb.³⁰⁶ Jaksch war es offenbar gelungen, in der Deutschen Welle einen ihm genehmen Nachfolger für Kirchner durchzusetzen.

Wenzel Jakschs geschicktes nicht-öffentliches Krisen- und Konfliktmanagement, das sich in der internen Brennecke-Affäre im BdV, aber auch im öffentlichen Konflikt mit dem Rundfunkredakteur Kirchner deutlich zeigte, steht in Kontrast zu der ihm nachgesagten Impulsivität. »Es war nicht leicht, mit Jaksch zusammenzuarbeiten«, erinnerte sich ein sudetendeutscher Sozialdemokrat, der ihn gut kannte, denn Jaksch sei »launisch« gewesen und habe »auch dann oft rein gefühlsmäßig« reagiert, »wenn nüchternes Nachdenken am Platze gewesen wäre.«³⁰⁷ Was bei Freunden und Mitarbeitern durch Bewunderung und Hochachtung vor »einer der größten politischen Begabungen, die das Sudetendeutschtum je hervorgebracht hat«,³⁰⁸ deutlich relativiert wurde, konnte einer zunehmend vertriebenen-kritischen Öffentlichkeit in den 1960er-Jahren sehr viel unangenehmer ins Auge fallen. Gerade in den letzten Jahren seines Lebens und Wirkens zog Jaksch wegen überzogener Verbalradikalität öffentliche Kritik auf sich. Zugleich geriet seine Bündnisbereitschaft mit rechtsgerichteten Kreisen immer stärker ins Kreuzfeuer.

1966 hatte Wenzel Jaksch als Präsident des BdV eine strategische Kooperation mit der L'ANFANOMA (Association Nationale des Français d'Afrique du Nord, d'Outre-Mer et de leurs Amis) etabliert, die sich zur bedeutendsten Interessen-

304 Vgl. Deutsche Welle, Personalakte Edmund Kirchner, in: Bundesarchiv Koblenz, B 187/291.

305 Vgl. *Kirsch*, Ein Faß Honig, 2006, S. 101.

306 *Gunter Hojutann*, Der Fall Kirsch. Wird der Leiter der Osteuropa-Redaktion gekillt?, in: Die Zeit v. 18.2.1977, URL: <http://www.zeit.de/1977/08/der-fall-kirsch> [abgerufen 13.2.2017].

307 *Kern*, Heimat und Exil, 1980, S. 58.

308 Ebd.

organisation der Repatriés in Frankreich entwickeln sollte.³⁰⁹ Als die »Münchener Abendzeitung« es im Herbst 1966 wagte, die von Jaksch betriebene Kooperation mit diesem Verband der geflüchteten Algerienfranzosen zu kritisieren und auch noch die Vichyvergangenheit eines prominenten französischen Gastredners des BdV aufzuspießen, fiel Jakschs Reaktion überaus heftig aus. Dabei konnte Jaksch durchaus mit sachlichen Argumenten aufwarten: Aus seiner Sicht waren die französischen »Repatriés« keineswegs rechtsradikal, sondern von Sozialisten bis zu christdemokratischen Zentristen fest im demokratischen Parteienspektrum verankert.³¹⁰ Dieser politische Pluralismus war tatsächlich gegeben, wie selbst die DDR-Staatssicherheit in einem Dossier über die »Politische Öffentlichkeitsarbeit des Bundes der Vertriebenen (BdV) im Ausland« festhielt. Zwar wusste der Ost-Berliner Geheimdienst, dass der Repatriierten-Verband »in Frankreich nicht überall gut angesehen« sei, was schon mit Blick auf die Kommunistische Partei wenig verwundert. Zugleich aber wurde korrekt beobachtet, dass es dem BdV gelungen sei, über die ANFANOMA Kontakte zu prominenten französischen Sozialisten wie dem ehemaligen Premierminister und Résistance-Kämpfer Guy Mollet aufzubauen, ferner mit dem »Centre Démocratique«, mit christlichen Intellektuellen und mit Unabhängigen um den Politiker und späteren Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing. Zu diesen breit angelegten Kontakten des BdV ins politische Spektrum Frankreichs zählten allerdings auch Rechtsextremisten um einen gewissen »Tixier Vignancour«, dessen Name im Stasi-Dossier falsch wiedergegeben wurde.³¹¹

Eben dieser Jean Louis Tixier-Vignancour war auch Gegenstand der Attacke der Münchener »Abendzeitung« auf Wenzel Jaksch und dessen Bündnispolitik. Jaksch nahm daraufhin in einer »Entgegnung« diesen BdV-Gastredner beredt gegen den Vorwurf des Rechtsextremismus in Schutz – und dies, obwohl Tixier 1940/41 Staatssekretär für Information in der mit Hitler-Deutschland kollaborierenden Vichy-Regierung gewesen war. Zu Beginn der 1960er-Jahre hatte er zudem als

309 Vgl. *Claire Eldridge*, *From Empire to Exile. History and Memory within the Pied-noir and Harki Communities, 1962–2012*, Manchester 2016.

310 Wenzel Jaksch, Entgegnung auf den Artikel »Hoch klingt das Lied auf der Heimerde« in der Münchener Abendzeitung vom 5.10.1966, in: Bundesarchiv Koblenz, B 234/738.

311 BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS ZAIG Nr. 9708 Teil 2. Bl. 306f., MfS DDR, »Politische Öffentlichkeitsarbeit des Bundes der Vertriebenen (BdV) im Ausland«, o.D. [1966].

Strafverteidiger von Angehörigen der rechtsradikalen Militär-Geheimorganisation OAS agiert und 1965 als Kandidat der äußersten Rechten (mit einem jungen Wahlkampfmanager namens Jean-Marie Le Pen) erfolglos die Wiederwahl von de Gaulle zum französischen Präsidenten zu verhindern versucht. Im zweiten Wahlgang hatte Tixier dann zur Wahl des sozialistischen Gegenkandidaten François Mitterrand aufgerufen.³¹² Mit diesem verband Tixier eine zeitweilige Vichy-Vergangenheit, doch trennte beide in der Algerienpolitik zugleich Erhebliches.³¹³

Aus Sicht Wenzel Jakschs hatte es sich die Münchner »Abendzeitung« jedenfalls viel zu leicht gemacht, Tixier-Vignancour durch den »Trick mit dem Vichy-Stigma« zum »französischen Hitler-Agenten« zu machen. Zwar sei der Franzose zeitweilig Staatssekretär der Vichyregierung gewesen, doch könne man »auch mit Halbwahrheiten verleunden«.³¹⁴ Aus Jakschs Sicht musste man »vom deutschen Standpunkt« aus vor allem würdigen, dass die durch Errichtung des Vichyregimes 1940 bewirkte »Ausklammerung eines Teiles Frankreichs von der militärischen Okkupation und der Machtausübung der Gestapo es den amerikanischen Gewerkschaften ermöglichte, Hunderte von deutschen Nazi-Verfolgten zu retten«.³¹⁵ Jaksch, der von den damaligen Vorgängen³¹⁶ zweifellos aus erster Hand wusste, nannte ein schlagendes Beispiel: »Ohne die anfängliche Tolerierung dieser Rettungsarbeit durch die Vichy-Behörden« hätten Hitlergegner wie der spätere SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer und dessen Frau nicht überlebt.³¹⁷ Das Ehepaar Ollenhauer hatte tatsächlich 1940 aus Vichy-Frankreich über Spanien und Portugal nach London fliehen können.³¹⁸ Allerdings, so schränkte Jaksch ein, habe das Vichyregime auf deutschen Druck hin die Fluchtwege sehr bald geschlossen,

312 Vgl. *James G. Shields*, *The Extreme Right in France. From Pétain to Le Pen*, London/New York 2007, hier S. 125 f. und S. 130.

313 Vgl. *Ronald Tiersky*, *Francois Mitterrand. A Very French President*, New York/Oxford 2003, S. 25 f.

314 Wenzel Jaksch, Entgegnung auf den Artikel »Hoch klingt das Lied auf der Heimerde« in der Münchner Abendzeitung vom 5.10.1966, S. 5, in: Bundesarchiv Koblenz, B 234/738.

315 Ebd.

316 Vgl. zur US-Fluchthilfe den Erlebnisbericht des Hauptorganisators *Varian Fry*, Auslieferung auf Verlangen. Die Rettung deutscher Emigranten in Marseille 1940/41, Frankfurt am Main 2009.

317 Wenzel Jaksch, Entgegnung auf den Artikel »Hoch klingt das Lied auf der Heimerde« in der Münchner Abendzeitung vom 5.10.1966, S. 5, in: Bundesarchiv Koblenz, B 234/738.

318 Vgl. zur Flucht der Ollenhauers: *Marianne Loring*, *Flucht aus Frankreich 1940. Die Vertreibung deutscher Sozialdemokraten aus dem Exil*, Frankfurt am Main 1996.

was zum Tod anderer prominenter Sozialdemokraten wie Rudolf Breitscheid oder Rudolf Hilferding geführt habe, die an die Gestapo ausgeliefert worden seien: »Die Wahrheit ist aber, daß Tixier-Vignancour gerade aus Protest gegen diese Auslieferungen als Staatssekretär demissionierte und deshalb nach dem Kriege in Frankreich als Mann von Ehre und Charakter respektiert worden ist.«³¹⁹

Das war, sofern es der Wahrheit entsprach, ein Argument von Gewicht. Freilich verhielt es sich mit der von Jaksch reklamierten Nachkriegsrespektabilität des von ihm Verteidigten nicht ganz so eindeutig: 1944 war Tixier-Vignancour für kurze Zeit verhaftet und dann jahrelang von allen politischen Ämtern ausgeschlossen worden, bevor er – erst 1953 amnestiert – in die Politik zurückkehren konnte.³²⁰ Auch der von Jaksch als honorig gezeichnete Abgang Tixiers als Vichystaatssekretär erscheint zweifelhaft: Der angebliche Rücktritt könnte womöglich eher eine Entlassung gewesen sein, die wenig mit Protest gegen die Auslieferung deutscher Emigranten, viel hingegen mit Tixiers Bereitschaft zur Produktion einer gemeinsamen deutsch-französischen Wochenschau zu tun gehabt haben könnte, die innerhalb der Vichyregierung bekämpft wurde.³²¹ Immerhin war Tixier-Vignancour nach seinem Ausscheiden aus der Regierung von derselben 1941 zeitweilig interniert worden,³²² man hatte ihn somit als gefährlich und möglicherweise oppositionsbereit eingestuft.

Im Konflikt mit der »Abendzeitung« beließ es Wenzel Jaksch nicht bei solchen sachlichen, mehr oder weniger guten Gegenargumenten. Vielmehr ging er zu wüster Polemik über. Der Zeitung, die ihm Verbrüderung mit französischen Rechtsradikalen unterstellt hatte, warf er seinerseits »publizistische Lumperei« und »Brunnenvergiftung« vor.³²³ Vor allem aber zog Jaksch den Vergleich mit einst gegen ihn gerichteten Verleumdungen der Goebbelspresse, und der fiel nicht

319 Wenzel Jaksch, Entgegnung auf den Artikel »Hoch klingt das Lied auf der Heimerde« in der Münchner Abendzeitung vom 5.10.1966, S. 6, in: Bundesarchiv Koblenz, B 234/738.

320 Vgl. *Shields*, *The Extreme Right in France*, 2007, S. 125.

321 Vgl. *Kathrin Engel*, *Deutsche Kulturpolitik im besetzten Paris 1940–1944: Film und Theater*, München 2003, S. 156–159.

322 Vgl. *Olivier Wieviorka*, *Orphans of the Republic. The Nation's Legislators in Vichy France*, Cambridge/Mass./London 2009, S. 116; Tixier war demnach zwischen Juli und Dezember 1941 interniert und konnte sich nach seiner Freilassung nach Tunesien absetzen.

323 Wenzel Jaksch, Entgegnung auf den Artikel »Hoch klingt das Lied auf der Heimerde« in der Münchner Abendzeitung vom 5.10.1966, S. 1, in: Bundesarchiv Koblenz, B 234/738.

zugunsten des demokratischen Nachkriegsblattes aus. Er sei in jungen Jahren Chefredakteur in Komotau gewesen, als Hitler 1923 in München geputsch habe, so Jaksch, und er müsse feststellen, dass ihm in all den Jahrzehnten seither »noch keine größere Lumperei begegnet« sei als der gegen ihn gerichtete Bericht der Münchner »Abendzeitung«. ³²⁴

Mit ähnlicher Vehemenz hatte Jaksch schon im Herbst 1964 den Rücktritt des Intendanten des Hessischen Rundfunks gefordert, weil der Sender einen Beitrag über Polen gebracht hatte, der – aus Jakschs Sicht höchst einseitig – über die Neu-besiedlung des einst deutschen Ostens sowie über die NS-Verbrechen im besetzten Polen berichtet hatte. In einer »barschen« Reaktion hatte Jaksch als BdV-Präsident dem Senderchef nicht nur vorgeworfen, »die Pflicht zur objektiven Berichterstattung gröblich verletzt« zu haben, sondern demselben ernsthaft attestiert, sich an die »Seite der Todfeinde der Demokratie gegen die Interessen des eigenen Landes« gestellt zu haben. ³²⁵ Damit brach Jaksch nicht nur einen Streit mit der Führung des hessischen SPD-Landesverbandes vom Zaun, ³²⁶ auch die West-Berliner SPD-Presse bemerkte kritisch, die angesprochenen »Fakten« seien offenbar »unerträglich für die Vertriebenenfunktionäre, deren Propaganda [...] auf der menschlichen Neigung basiert, selbstverschuldete Ursachen zu vergessen und vor deren bitteren Folgen die Augen zu schließen«. ³²⁷ Hatte Jaksch den HR-Intendanten in einem offenen Brief »des Amtsmißbrauchs und skrupelloser Meinungsfabrikation bezichtigt«, so wies der Intendant dies energisch zurück, um seinerseits den Vertriebenenverbänden »Meinungsterror« vorzuwerfen. ³²⁸

Das Meinungsklima polarisierte sich. Auf einer Präsidiumssitzung des BdV rechtfertigte sich Jaksch nachdrücklich für sein offensives Vorgehen, da er »keine andere wirkungsvolle Abwehr« gegen den Fernsehbeitrag »und gegen den Vorwurf des Meinungsterrors gesehen habe«. ³²⁹ Jaksch fühlte sich damals von diversen Rundfunkanstalten regelrecht verfolgt, denn er klagte zugleich über einen WDR-

324 Ebd., S. 7.

325 Müller, Die SPD und die Vertriebenenverbände, 2012, S. 189 f.

326 Vgl. ebd., S. 189.

327 Schoenberger, Zwischen Jaksch und Oder-Neiße, 1964.

328 Ebd.

329 Bund der Vertriebenen, Niederschrift über die Präsidialsitzung am 14.12.1964, S. 2 f., in: Bundesarchiv Koblenz, B 234/738.

Kommentar, in dem »ehrenrührige Behauptungen gegen ihn« aufgestellt worden seien. Dieser Medienkonflikt – obschon nicht der erste seiner Art³³⁰ – hatte derart weite Kreise gezogen, dass SPD-Parteichef Brandt seine Vermittlung anbot. Jaksch aber zog es vor, alle »drei Parteivorsitzenden« von SPD, CDU und FDP gleichzeitig anzuschreiben, um »sie um ihre Mithilfe in diesem Streit und um Berücksichtigung der besonderen Situation des BdV [zu] bitten«. ³³¹ Jaksch forderte ein entscheidendes Mitspracherecht der Vertriebenen in den Aufsichtsgremien der deutschen Sendeanstalten, und die Vertriebenenverbände drohten damit, das angeblich vertriebenenfeindliche Meinungsmonopol bestimmter Journalisten-Cliquen notfalls durch ein Volksbegehren zu brechen, die Sender zu demokratisieren und der Kontrolle von Hörer- oder Zuschauer-Parlamenten zu unterwerfen. ³³²

Aus Sicht der Berliner SPD-Presse hatte Wenzel Jaksch durch seine maßlose Wortwahl den Konflikt unnötig verschärft. ³³³ Und auch das Springer-Flaggschiff »Die Welt« kommentierte verwundert, eine derartige »Auffassung von Meinungsfreiheit« hätte man bei dem ausgewiesenen Hitlergegner nicht vermutet. Nun sei »auch er in den verhängnisvollen Fehler« manch anderer Vertriebenenpolitiker verfallen – nämlich »ohne Disziplin« und »ohne Bedenken« im Meinungskampf zu wüten und dabei »das Vokabular« jener Regimes zu benutzen, die man doch bekämpfen wolle. ³³⁴ Ob hier nur überschießendes Temperament das Problem war oder eine gezielte Einschüchterungsstrategie gegenüber unbotmäßig agierenden Medien, bleibt durch eine immer noch ausstehende Forschung zur Medienpolitik des Bundes der Vertriebenen zu klären. Auf jeden Fall aber erhielt der antifaschistische Nimbus der Biografie Wenzel Jakschs erhebliche Schrammen, sobald dieser daran ging, die Interessen des BdV vehement gegen einen grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Gezeitenwechsel zu verteidigen, den er nicht aufzuhalten vermochte.

330 Vgl. zu Jakschs Angriffen auf den Intendanten des NDR 1963: Müller, Die SPD und die Vertriebenenverbände, 2012, S. 140–142.

331 Bund der Vertriebenen, Niederschrift über die Präsidialsitzung am 14.12.1964, S. 2 f., in: Bundesarchiv Koblenz, B 234/738.

332 Vgl. Jakobowska, Der Bund der Vertriebenen, 2012, S. 64 f.

333 Vgl. Schoenberner, Zwischen Jaksch und Oder-Neiße, 1964.

334 Wenzel Jaksch, in: Die Welt v. 4.11.1964.

Ausblick

Nach 70 Jahren eines Lebens in politischen Kämpfen und nach über einem halben Jahrhundert auch posthum anhaltender Deutungskonflikte hat Wenzel Jaksch heute den ernsthaften Versuch verdient, aus dem Wust gewollter und versehentlicher Missverständnisse zu historisch fundierten Beurteilungen vorzustoßen. Dieses historische Verstehen soll durchaus nicht alles verzeihen, aber es wird neben der Feststellung von Schwächen und Irrtümern würdigen, was an diesem deutschen Sozialdemokraten aus Südböhmen wahrhaft groß war.

Der Christdemokrat Peter-Paul Nahm, der Jaksch seit dem gemeinsamen Wirken in der hessischen Landespolitik um 1950 gekannt und seither als langjähriger Staatssekretär im Bundesvertriebenenministerium bis zu dessen Tode eng begleitet hatte, rühmte in seiner Gedenkrede 1966, der Verstorbene habe »uns« – also den Deutschen – »echte Demokratie vorgelebt«. ³³⁵ Damit meinte der einst selbst vom NS-Regime mit Berufsverbot belegte Journalist und zeitweilige KZ-Häftling, ³³⁶ dass der Sozialdemokrat Jaksch »allen Anfängen der Radikalisierung gewehrt und das gute Wort von der patriotischen Mitte gefunden« habe – »also Liebe zum eigenen Volk und Vaterland, ohne Ausartung und ohne Abwertung anderer«. ³³⁷ Nahm erblickte in Jaksch »eine Gestalt von tragischer Größe«, einen mutigen Widerständigen, der »gegen das Unheil angegangen« sei, »woher und von wem er auch immer es kommen sah«. ³³⁸ Jaksch habe sich dem Unheil »entgegengeworfen, bis es ihn schließlich überflutete und in das bittere Boot der Emigration trieb«. ³³⁹

Die hier von Nahm verwendete fragwürdige Naturkatastrophenmetapher für die NS-Diktatur und deren Folgen leitet über zum Kernpunkt, der den Aufstieg des Volkssozialisten Jaksch in der Vertriebenenpolitik der deutschen Nachkriegsdemokratie erklärt: Denn »nun erst«, nach der Katastrophe von 1945, hatte sich laut

³³⁵ *Peter Paul Nahm*, Gedenkrede zum Tode Wenzel Jakschs, 1.12.1966, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik St. Augustin, I-518-016/1.

³³⁶ Vgl. *Hans-Joachim von Merkatz*, Völkerwanderung heute. Zum 70. Geburtstag von Peter Paul Nahm, Bielefeld 1971, S. 10.

³³⁷ *Peter Paul Nahm*, Gedenkrede zum Tode Wenzel Jakschs, 1.12.1966, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik St. Augustin, I-518-016/1.

³³⁸ Ebd.

³³⁹ Ebd.

Nahm Jakschs »ganze Größe« gezeigt: »Er verwechselte die Unheilbringer nicht mit seinem Volk. Diesem hielt er die Treue und suchte zu retten, was noch zu retten war. Als trotz aller seiner Mühen von dem Schiff nur noch Planken übrig blieben, bekannte er sich auch zu diesen und half[,] sie wieder zusammenzufügen.«³⁴⁰ In diesem Lob der patriotischen Bündnisfähigkeit in Zeiten der Not ging freilich unter, wie viele Kompromisse Jaksch mit ehemaligen Nationalsozialisten geschlossen hatte. Waren wirklich alle notwendig und unvermeidlich? Waren sie harmlos für den demokratischen Neubeginn?

Bei aller Kritikwürdigkeit dieser Nachkriegsstrategie ist an Wichtiges und Bleibendes zu erinnern: An Wenzel Jakschs unablässigen Kampf gegen Hitler, an seinen Beitrag zur Öffnung der Sozialdemokratie von einer Klassenkampf- zur Volkspartei, schließlich an sein stetes Bemühen um eine föderative Lösung nationaler Konflikte in Europa. Bereits in seiner 1935/36 verfassten Programmschrift über »Volk und Arbeiter« stellte er fest, der Nationalsozialismus sei »die Flucht der Nation vor ihrem besseren Ich«,³⁴¹ während der Sozialismus nicht die »Auflösung« der Nation, sondern deren eigentliche »Konstituierung« bedeute.³⁴² Das aber sollte ausdrücklich völkerverbindend, als »europäische Entscheidung« geschehen.³⁴³ Schon Jahre, bevor Hitler Europa und die Welt in den Abgrund des Zweiten Weltkrieges stürzte, verwies dieser sudetendeutsche Sozialdemokrat mit wachem Blick auf die Folgen des vorangegangenen Krieges von 1914 bis 1918: »Eine friedliche Zukunft unseres Erdteils ist nur zu sichern durch den Sieg des europäischen Solidaritätsbewußtseins über den Kriegsgedanken.«³⁴⁴

Genau diese zentrale Erkenntnis kehrte 1963 in Jakschs programmatischer Formel für eine neue Ostpolitik wieder: Man müsse in Mitteleuropa nach einer Geschichte wechselnder nationaler Unterdrückung »von der Vorherrschaft zur Partnerschaft« fortschreiten.³⁴⁵ Wenige Monate vor seinem Tode bekräftigte Jaksch seine lebenslange Überzeugung: »In einem künftigen Europa darf es keine Herrenvölker mehr geben, keine rechtlosen Minderheiten, sondern nur gleichberechtigte Europäer.«³⁴⁶

340 Ebd.

341 *Jaksch*, Volk und Arbeiter, 1936, S. 125.

342 Ebd., S. 130.

343 Ebd., S. 135.

344 Ebd., S. 137 f.

345 Vgl. *Jaksch*, Von der Vorherrschaft zur Partnerschaft, 1963.

346 *Jaksch*, Friede durch Menschlichkeit, 1967, S. 141.

Der Autor

Prof. Dr. Michael Schwartz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München – Berlin und apl. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Michael Schwartz war unter anderem von 2010 bis 2015 Mitglied des Wissenschaftlichen Beraterkreises der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, dem er seit Ende 2022 erneut angehört.

Bei der vorliegenden Publikation handelt es sich um die überarbeitete und leicht erweiterte Fassung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag herausgegebenen Publikation (Michael Schwartz: Wenzel Jaksch. Kapitoly ze života sociálního demokrata z českých zemí, Prag 2021).